



LEVIATHAN

BERLINER ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALWISSENSCHAFT



HERAUSGEGEBEN VON HELMUT K. ANHEIER, REINHARD BLOMERT, KATHARINA BLUHM, STEPHAN BRÖCHLER, CLAUDIA BRUNS, HUBERTUS BUCHSTEIN, DOROTHEA GÄDEKE, TATJANA HÖRNLE, MONIKA KRAUSE, DOROTHEA KÜBLER, BERND LADWIG, PHILIPP LEPENIES, PHILIP MANOW, STEFFEN MAU, MARTIN SAAR, DAGMAR SIMON, PHILIPP STAAB, UTE TELLMANN, LEON WANSLEBEN, MICHAEL ZÜRN

Tine Stein: Claus Offe (1940–2025). Würdigung des wissenschaftlichen Werks und seiner Rolle als politischer Intellektueller ■ *Max Strietholt: Systematisch verzerrt: Habermas und Geldpolitische Debatten* ■ *Roman Smirnov: Anpassungss egien russischer WissenschaftlerInnen unter den Bedingungen des modernen Autoritarismus* ■ *Wulf Hopf: Zurück in die 1950er Jahre. Die Abschaffung von affirmative action an Hochschulen durch den U.S. Supreme Court* ■ *Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker Jean-Baptiste Fressoz, Ute Tellmann und Guillaume Schweitzer: »Warum das Denken in Energiewenden falsch ist«* ■ *Daniela Ruß: Vom Nutzen und Nachteil einer materiellen Energiegeschichte*



Nomos

Inlibra

Leviathan

Jahrgang 54 · Heft 1 · 2026

Inhaltsübersicht

ZU DIESEM HEFT

Wissenschaft in unruhigen Zeiten 3

WÜRDIGUNG

Tine Stein

Claus Offe (1940–2025). Würdigung des wissenschaftlichen Werks und seiner Rolle als politischer Intellektueller 7

AUFSÄTZE

Max Strietholt

Systematisch verzerrt: Habermas und Geldpolitische Debatten 25

Roman Smirnov

Anpassungsstrategien russischer WissenschaftlerInnen unter den Bedingungen des modernen Autoritarismus: Dynamik 2022–2024 52

POSITIONEN UND DEBATTEN

Wulf Hopf

Zurück in die 1950er Jahre. Die Abschaffung von *affirmative action* an Hochschulen durch den U.S. Supreme Court 74

INTERVIEW

»Warum das Denken in Energiewenden falsch ist«

Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker *Jean-Baptiste Fressoz*, *Ute Tellmann* und *Guillaume Schweitzer* 94

Daniela Ruß

Vom Nutzen und Nachteil einer materiellen Energiegeschichte 107

Impressum

LEVIATHAN

www.leviathan.nomos.de

Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft

herausgegeben an der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Heft 1, 54. Jahrgang

Herausgeber: Helmut K. Anheier (Berlin), Reinhard Blomert (Berlin), Katharina Bluhm (Berlin), Stephan Bröchler (Berlin), Claudia Bruns (Berlin), Hubertus Buchstein (Greifswald), Dorothea Gädeke (Berlin), Tatjana Hörnle (Freiburg), Monika Krause (London), Dorothea Kübler (Berlin), Bernd Ladwig (Berlin), Philipp Lepenies (Berlin), Philip Manow (Siegen), Steffen Mau (Göttingen), Martin Saar (Frankfurt am Main), Dagmar Simon (Berlin), Philipp Staab (Berlin), Ute Tellmann (Darmstadt), Leon Wansleben (Köln), Michael Zürn (Berlin).

Beirat: Ulrich Bröckling, Roland Czada, Christoph Deutschmann, Anke Hassel, Hans Joas, Helmut König, Christoph Möllers, Friedbert W. Rüb, Dieter Senghaas.

Redaktion: Dipl.-Pol. Eva Deitert, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Tel.: 0 30 / 254 91 536, E-Mail: eva.deitert@wzb.eu; redaktionelle Zuschriften und Manuskripte bitte an diese Anschrift senden.

Informationsdienst: Der Leviathan wird in folgenden Nachweisen erfasst: Cambridge Scientific Abstracts (CSA), Sociological Abstracts, San Diego, California.

Manuskripte und andere Einsendungen: Alle Einsendungen sind an die o. g. Adresse zu richten. Es besteht keine Haftung für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss in Textform erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt die Autorin/der Autor der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co.KG an ihrem/seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das einfache, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht der Autorin/des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt. Eine eventuelle, dem einzelnen Beitrag oder der jeweiligen Ausgabe beigefügte Creative Commons-Lizenz hat im Zweifel Vorrang. Zum Urheberrecht vgl. auch die allgemeinen Hinweise unter www.nomos.de/urheberrecht. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnenstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Der Rechtsschutz gilt auch im Hinblick auf Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes oder über die Grenzen einer eventuellen, für diesen Teil anwendbaren Creative Commons-Lizenz hinaus ohne schriftliche Genehmigung des Verlags oder der Autor:innen in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Der Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

Anzeigen: Verlag C.H. Beck GmbH & Co. KG, Media Sales, Dr. Jiri Pavelka, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Tel. (089) 381 89-687, mediasales@beck.de

Verlag und Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldsee-str. 3–5, 76530 Baden-Baden, Telefon: 07221/2104-0, Telefax 07221/2104-899, www.nomos.de, Geschäftsführer: Thomas Gottlöber, HRA 200026, Mannheim

Bankverbindung: Sparkasse Baden-Baden Gaggenau, IBAN DE05662500300005002266 (BIC SOLADES1BAD)

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise: Individualkunden: Jahresabo Druckausgabe 122,50 €, Institutionen: Jahresabo 360,– €, Vorzugspreis für Studierende 58,– €, Einzelheft: 37,– €; Vertriebskostenanteil (Inland 20,80 €/Ausland 36,– €) und Direktbestellungsgebühr 3,50 € jeweils zuzüglich. Alle Preise verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Rechnungsstellung erfolgt nach Erscheinen des ersten Heftes des Jahrgangs.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

Kundenservice: Telefon: +49-7221-2104-222, E-Mail: service@nomos.de

Kündigung: Abbestellungen mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO: Bei Anschriftenänderung kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeauftrag gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch bei der Post AG eingelegt werden. In Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an. Hinweis gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO: Bei Anschriftenänderung kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeauftrag gestellt ist. Hiergegen kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft Widerspruch bei der Post AG eingelegt werden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.



EUROZINE

ISSN-Print: 0340-0425 | ISSN-Online: 1861-8588

Wissenschaft in unruhigen Zeiten

Im September 2025 hat der Leviathan sein Gründungsmitglied Claus Offe verloren, der der Zeitschrift unter anderem seinen Namen gab.¹ Als Grenzgänger zwischen Politikwissenschaft und Soziologie, der in scharfen Analysen nicht nur die *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*² freilegte, prägte er Charakter und Anspruch der Zeitschrift mit, eine interdisziplinäre, undogmatisch linke kritische Stimme zu sein. Sein Denken und sein umfassendes Werk war für viele »weichenstellend«.³ Zu ihnen gehört auch Tine Stein, die in diesem Heft an den Sozialwissenschaftler, sein Leben und sein außergewöhnliches Oeuvre erinnert, in dem er »intelligente empirische Beobachtungen mit theoretischer Analyse zu verknüpfen und daraus schließlich bei aller Skepsis gegenüber den Verhältnissen dann doch konkrete Veränderungsoptionen abzuleiten« verstand.⁴

Im März 2026 ging auch Jürgen Habermas, der nicht nur Claus Offe als sein Lehrer, sondern ganze Generationen von Wissenschaftler*innen sowie als öffentlicher Intellektueller politische Debatten der Bundesrepublik Deutschland wie kein anderer prägte. Max Strietholt wendet sich in seinem Beitrag Habermas Werk zu und untersucht, welche Ressourcen dieses bietet, geldpolitische Debatten kritisch zu analysieren. Zwar lägen Kritiker*innen nicht völlig falsch, wenn sie bemerkten, dass Habermas das Projekt einer Kritik der politischen Ökonomie aus den Augen verloren habe oder die Auffassung von Geld als einem neutralen Steuerungsmedium problematisch sei. Doch enthielte Habermas Gesellschaftstheorie mit der Idee der verzerrten Kommunikation nichtsdestotrotz Mittel zur Kritik von Geldpolitik. Unser Autor unterscheidet drei Dimensionen verzerrter Kommunikation und zeigt am Beispiel der Zinserhöhungen zur Bekämpfung der Inflation in den Jahren 2022 und 2023 auf, wie sich entlang dieser Dimensionen geldpolitische Debatten kritisch analysieren lassen.

- 1 Blomert, Reinhard 2024: »Warum Leviathan? Einblicke in Entstehung und Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Zeitschrift«, in Leviathan, 52, 1, S. 9 – 16.
- 2 Offe, Claus 1972: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*, Berlin: Suhrkamp.
- 3 Mau, Steffen; Zürn, Michael 2025: »Sogar der Staat artikuliert Bedarf an soziologischer Aufklärung. Selbsterkenntnis und Interesse an Strukturproblemen reflexiver Politik: Zum Tod von Claus Offe«, in F.A.Z. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 04.10.2026, Feuilleton, S. 14.
- 4 Stein, Tine 2026: »Claus Offe (1940–2025). Würdigung des wissenschaftlichen Werks und seiner Rolle als politischer Intellektueller«, in diesem Heft.

Die Inflation und die sie anheizenden hohen Energiepreise machten den Ukrainekrieg auch für Haushalte hierzulande deutlich spürbar. Unser Autor *Roman Smirnov* wendet sich in seinem Beitrag einer Gruppe zu, für die dieser Krieg noch wesentlich existentiellere Folgen hat, nämlich Wissenschaftler*innen in Russland. Seit Beginn des Krieges haben hunderte Forscher*innen das Land verlassen, weil sie dort keine Perspektive mehr sahen oder gar um ihre Freiheit fürchteten. Sanktionen haben die russische Wissenschaft international isoliert, Gelder für Forschungsprojekte fehlen und von Wissenschaftsfreiheit, die bereits in den Jahren vor dem Angriff auf die Ukraine immer stärker eingeschränkt wurde, ist nichts mehr zu spüren. Wer geblieben ist, arbeitet unter Bedingungen zunehmenden politischen Drucks, muss unter Umständen Propagandaveranstaltungen abhalten und beständig auf der Hut sein, vor möglichen Denunziant*innen im Kollegium oder auch unter Studierenden. Selbstzensur aber auch Rationalisierung sind Strategien, sich an diese Bedingungen anzupassen beziehungsweise in ihnen zu überleben. Auf Grundlage von narrativen Interviews, die er in zwei Wellen 2022 und 2023 führte, zeigt unser Autor auf, welche Strategien Forscher*innen wählen und wie sich dies über die Zeit auch verändert.

Nicht nur in Russland wird Wissenschaft immer mehr zur Zielscheibe autoritärer Bestrebungen. Das Erstarken rechtspopulistischer Kräfte geht in vielen Ländern mit vermehrten Angriffen auf Intellektuelle, Hochschulen und die Wissenschaftsfreiheit einher. Womit Universitäten in Deutschland zu rechnen hätten, wenn es zu einer Regierungsbeteiligung der AfD kommen sollte, darüber gibt der Entwurf eines Regierungsprogramms des Landesverbandes Sachsen-Anhalt Aufschluss, der Anfang 2026 durchsickerte. Genderstudies gehörten abgeschafft, da sie »politisches Programm und keine Wissenschaft« seien, ebenso Postkolonialismus, der die europäische Identität zerstöre und Wissenschaft vernichte. Stattdessen will die Partei ein »Landesinstitut für kritische Islamforschung« gründen und zur Erforschung des Geburtenrückgangs einen »Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft« einführen. Der Bologna-Prozess soll rückabgewickelt, Mitbestimmung an Universitäten beendet, insbesondere der »Einfluss der Studentenräte zurückgedrängt« und das Ziel der Gleichstellung aus dem Hochschulgesetz gestrichen und durch »Gleichberechtigung« ersetzt werden.⁵ Vorbild für einen solchen Umbau der Hochschullandschaft von rechts ist das Vorgehen der zweiten Trump-Administration in den USA, das bereits im vergangenen Jahr Thema im *Leviathan* war. Während es Kathrin Zippel um Trumps

5 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt 2026: *Regierungsprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt für die Wahl zum 9. Landtag von Sachsen-Anhalt – ENTWURF – Magdeburg, den 23. Januar 2026*, https://table.media/assets/berlin/26-01-23_entwurf_afd-regierungsprogramm-2026-sachsen-anhalt.pdf, Zugriff vom 10.03.2026.

Angriffe auf Hochschulen ging,⁶ zeigte Julia Simon auf, wie tief der zu Grunde liegende Antiintellektualismus im US-amerikanischen Konservatismus verwurzelt ist.⁷ Im vorliegenden Heft analysiert *Wulf Hopf* das Urteil des Obersten Gerichtshofs der USA *Students for Fair Admissions, Inc. v. President and Fellows of Harvard College* vom 29. Juni 2023, mit dem die konservative Mehrheit der Richter*innen *Affirmative Action* in den Zulassungsverfahren des *Harvard College* und der *University of North Carolina* für verfassungswidrig erklärte. Die Berücksichtigung von *race* in den Verfahren widerspreche dem *Equal Protection Act*, dem 14. Verfassungszusatz, der Menschen vor Diskriminierung schützen soll. Das Urteil erging vor Trumps zweiter Amtszeit und solle nicht als bewusste Zuarbeit zu dessen Kampf gegen Universitäten verstanden werden. Dennoch bereitete es den Weg insbesondere für die Abschaffung von Programmen für Diversität, Gleichheit und Inklusion (Diversity, Equity and Inclusion, DEI) und lieferte dafür die nötigen Stichworte, so unser Autor.

Im März 2026 legte die Bundesregierung ihr Klimaschutzprogramm vor, in dem sie Maßnahmen bestimmt, durch die nationale und europäische Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Bislang hat die Regierung Merz nicht unbedingt als Klimaschutzkoalition von sich reden gemacht. Im Gegenteil wird Wirtschaftsministerin Katherina Reiche nachgesagt, der Gasindustrie – für die sie lange gearbeitet hat – nach wie vor (zu) nahe und dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen damit im Wege zu stehen. Mit dem Ende Februar 2026 vorgestellten Gebäudemodernisierungsgesetz, das unter anderem die 65 %-Erneuerbaren-Regel abschaffen soll, demontiere die Bundesregierung Klimaschutz und Energiewende im Gebäudesektor, so der BUND.⁸ Und die insbesondere von den Unionsparteien viel beschworene »Technologieoffenheit« diene vor allem dazu, »notwendige politische Entscheidungen zu vertagen und Emissionsreduktionen zu verzögern«.⁹ Energiehistoriker *Jean-Baptiste Fressoz* geht in seinen Büchern zur Energiegeschichte noch weiter und stellt die Hoffnung, durch technologische Innovationen Klimaschutz betreiben und eine Energiewende einleiten zu können, grundlegend in Frage.

6 Zippel, Kathrin 2025: »Wissenschaft als Kampfzone. Die ideologische Neuordnung der US-Wissenschaftslandschaft«, in *Leviathan*, 53, 2, S. 264 – 270.

7 Simon, Julia 2025: »Race, Traditionen des konservativen Anti-Intellektualismus und autokratische Projekte: Eine Historisierung der Bildungspolitik unter Trump«, in *Leviathan*, 53, 4, S. 433 – 461.

8 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) 2026: KLIMASCHÄDLICH UND TEUER. Kurzanalyse der Eckpunkte zum »Gebäudemodernisierungsgesetz«, Februar/2026, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/energiewende/Eckpunkte-GEG-BUND-Bewertung-25-02-2026.pdf, Zugriff vom 03.03.2026.

9 Haas, Tobias; Schäfer, Stefan 2025: »Technologieoffenheit« taugt nicht im Fall von CCS, RIFS Potsdam, 25.03.2025, <https://www.rifs-potsdam.de/de/blog/2025/03/technologieoffenheit-taugt-nicht-im-fall-von-ccs>, Zugriff vom 03.03.2026.

Seine materialistische Geschichte der Energie zeigt, wie er im Interview mit *Ute Tellmann* und *Guillaume Schweitzer* erläutert, »dass der Verbrauch fast aller Rohstoffe im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts nur zugenommen hat. Hinzu kommt eine immer komplexere Verflechtung all dieser Materialien und Energien.«¹⁰ Es sei daher falsch, Energiegeschichte als eine von Energiewenden zu erzählen. Auch sollten wir Abstand nehmen von der Vorstellung, in einem für den Klimaschutz nötigen Zeitrahmen vollständig aus fossilen Brennstoffen aussteigen zu können. CO₂ intensive Industrien wie zum Beispiel die Zementproduktion seien durch technologischen Fortschritt nicht bis 2050 zu dekarbonisieren. Statt darauf zu setzen, sollte eine »erwachsene Diskussion« darüber geführt werden, wofür und zu wessen Vorteil CO₂ Emissionen zugelassen werden.¹¹

»Dass man sich aus dem Problem der Dekarbonisierung nicht ›herausinnovieren‹ kann«, findet *Daniela Ruß* überzeugend.¹² Doch vermisst sie bei Fressoz eine politische Perspektive. Denn auch wenn seine materialistische Geschichte der Energie im besten Fall wachrütteln und aufklären und damit auch politische Entscheidungen anstoßen kann, misst sie genau diesen Entscheidungen eine zu kleine Rolle zu. Anregungen für eine politische Geschichte der Energie findet Ruß in ihrem Kommentar bei dem von Fressoz kritisierten *Andreas Malm*. Dieser leugne die materielle Seite der Energiegeschichte nicht, zeige aber, dass technische Notwendigkeiten oder rein wirtschaftliche Rationalitäten nicht ausreichen, um erklären, warum es zur Wahl einer bestimmten Energieform in einer bestimmten Zeit kommt. Die Bevorzugung der Dampfkraft in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts erkläre sich beispielsweise auch durch »eine ökonomisch-politische Notwendigkeit marktabhängiger Produzenten«.¹³

Eva Deitert



© Eva Deitert

10 Fressoz, Jean-Baptiste 2026: »Warum das Denken in Energiewenden falsch ist«. Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker Jean-Baptiste Fressoz, Ute Tellmann und Guillaume Schweitzer«, in diesem Heft.

11 Ebd.

12 Ruß, Daniela 2026: »Vom Nutzen und Nachteil einer materiellen Energiegeschichte«, in diesem Heft.

13 Ebd.

Tine Stein

Claus Offe (1940–2025). Würdigung des wissenschaftlichen Werks und seiner Rolle als politischer Intellektueller*

Es ist ein Geschenk, wenn Gelehrte den drängenden inneren Antrieb für ein konzentriertes und kreatives wissenschaftliches Arbeiten über ein langes Leben hinweg ausleben können. Alexis de Tocqueville konnte sich aufgrund seiner Tätigkeit als Abgeordneter nicht durchgängig dem Projekt einer neuen Politischen Wissenschaft für die neue politische Welt, die er in den USA gesehen hatte, widmen, und wurde zudem nur 54 Jahre alt; Max Weber kämpfte bekanntlich Zeit seines Lebens mit Krankheiten und verstarb mitten in der Arbeit am soziologischen Grundriss von *Wirtschaft und Gesellschaft* mit 56 Jahren an den Folgen der Spanischen Grippe, und Theodor W. Adorno, immerhin 66 Jahre alt geworden, erfuhr sein Leben als existentiell überschattet vom Nationalsozialismus, vor dem er fliehen musste.

Als Claus Offe im Jahr 2003 für die Adorno-Vorlesung an die Frankfurter Goethe-Universität als eine seiner ersten Wirkungsstätten zurückkehrte und diesen drei Gelehrten und ihrem Blick auf die USA eine längere Untersuchung widmete, überschrieben mit dem dialektischen Titel »Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten«,¹ war er selbst über sechzig Jahre alt und konnte auf fast vier Dekaden intensiver wissenschaftlicher Arbeit zurückblicken, auf die noch weitere produktive Jahrzehnte folgen sollten. Claus Offe konnte die Gaben seiner Produktivkräfte: seinen messerscharfen Verstand, seine Beobachtungsgabe und seine Urteilskraft, seine schier unerschöpfliche Energie zu lesen und zu schreiben, sein fotografisches Gedächtnis für einmal Gelesenes, seine intellektuelle Neugierde in Diskussionen und sein stets respektvoll-freundliches Interesse auch an Positionen, die er nicht teilte, über ein langes Leben hinweg im Rahmen von ihm entgegenkommenden akademischen Produktionsverhältnissen entfalten. Am Ende steht ein Oeuvre, das in den Sozialwissenschaften außergewöhnlich, wenn nicht einzigartig ist – vor allem aufgrund seiner Fähigkeit, intelligente empirische Beobachtungen mit theoretischer Analyse zu verknüpfen und daraus schließlich bei aller Skepsis gegenüber den Verhältnissen dann doch konkrete Veränderungsoptionen abzuleiten.

* Die Autorin dankt David Abraham, Lutz Wingert und zwei anonymen Reviewern für hilfreiche Hinweise.

1 Offe 2004.

Im Sinne einer integrierten Sozialwissenschaft hat Claus Offe die durchaus auch spannungsvollen Perspektiven von Soziologie und Politikwissenschaft zusammengeführt, weil es sich für ihn aus dem Gegenstand der beiden Disziplinen ergab: der sozialen und politischen Wirklichkeit der Gesellschaft und ihren Entwicklungen, die es analytisch und erklärend zu durchdringen gilt. Was er auch untersucht hat: den Strukturwandel des Staates im Spätkapitalismus, die Politizität von Interessen in der Demokratie, die Veränderung der Erwerbsarbeit und der Bedingungen sozialer Sicherheit im Wohlfahrtsstaat, die Transformation der vormals sozialistischen Staaten in kapitalistische Demokratien, die soziomoralischen Kompetenzen der Bürgerschaft, die Legitimitätsprobleme und zugleich Unhintergebarkeit der Europäischen Union, überhaupt das staatliche Vermögen beziehungsweise Unvermögen zur Lösung sachlicher Herausforderungen, zusammengeführt im Begriff der »state capacity«, und schließlich die Analysen grundlegender Konzepte wie Vertrauen, Macht, Solidarität – all dies hat er nicht *entweder* als politischer Soziologe *oder* Politikwissenschaftler vorgenommen, sondern eben als Sozialwissenschaftler.

1. Studium und Qualifikationsschriften: Konfliktfähigkeit von Interessen und industrielle Arbeit

Dies spiegelt sich auch in den Stationen seiner akademischen Ausbildung und Tätigkeit wider. Nach einem fehlgeschlagenen Versuch, Musiker zu werden, schrieb sich Offe zunächst 1959 an der Universität Köln und dann 1960 an der FU Berlin ein und studierte Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie, was er 1965 mit einem Diplom in Soziologie abschloss. Er war Mitglied im Berliner SDS, der zu dieser Zeit ein eigenes Curriculum in Form von Lektürezirkeln zu Autoren wie Lukács, Korsch, Horkheimer, Kirchheimer, Luxemburg und Schmitt organisierte. Noch im Studium verfasste er in Co-Autorschaft mit weiteren Autoren eine fünfhundert Seiten umfassende Schrift zur Hochschulreform. Danach sollte die traditionelle Ordinariatenuniversität, welche die Wissenschaftsfreiheit vornehmlich als Privileg einer kleinen Elite verstand und den Studierenden die Rolle als passive Wissensempfänger zuwies, zugunsten einer Idee von Universität überwunden werden, deren Organisation auf dem Prinzip demokratischer Selbstverwaltung aufbauen würde, verbunden mit der Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Verantwortung für die Ausbildung kritischer Urteilsfähigkeit. Das Vorwort verfasste Jürgen Habermas, der zu dieser Zeit noch nicht prominent, Offe aber bereits durch die Lektüre des *Strukturwandels der*

Öffentlichkeit bekannt war, so dass er ihn dafür angefragt hatte.² *Hochschule in der Demokratie*³ hatte nicht nur eine katalytische Funktion für die aufkommende Studentenbewegung, sondern stellte auch die Weichen für Offes Biographie, denn mit Ulrich K. Preuß, einem der Co-Autoren, verband ihn seitdem eine enge persönliche und intellektuelle Freundschaft und mit Jürgen Habermas begann 1965 seine bemerkenswerte akademische Karriere. Für Habermas empfand er tiefe Bewunderung und Respekt, und auch diese Verbindung zu seinem akademischen Lehrer währte ein Leben lang. Habermas stellte ihn als seinen Assistenten am Frankfurter Seminar für Soziologie ein. 1968 wurde er mit der Arbeit »Leistungsprinzip und industrielle Arbeit«⁴ bei Fritz Neumark zum Dr. rer. pol. promoviert. 1969 ermöglichte ihm ein Fellowship der Harkness Foundation einen anderthalbjährigen Aufenthalt in Berkeley und Harvard, was den Grundstein zu vielen Verbindungen mit dortigen Wissenschaftlern legte, darunter Karl Deutsch, Robert Dahl und Mancur Olson. Er sollte später auch Albert O. Hirschman treffen, mit dem er in engem Austausch war und dessen Art und Weise Sozialwissenschaft zu betreiben ihm ein Vorbild war. Die Beziehungen und Konflikte zwischen ökonomischen und politischen Akteuren in kapitalistischen Demokratien wurden ein Lebensthema, und sein politisches Engagement für ein bedingungsloses Grundeinkommen als einem ökonomischen Bürgerrecht⁵ ist von diesen Analysen der Widersprüchlichkeiten und Friktionen des Wohlfahrtsstaates gespeist, was sich in zahlreichen Publikationen niederschlug.⁶ Insbesondere die Aufsatzsammlung *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* von 1972 wurde zu einem viel gelesenen Buch, auch international, in dem er das Konzept der Dekommodifizierung als einer Abkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit prägte. Viel rezipiert wurde auch das bereits in den sechziger Jahren von Offe entwickelte Konzept der Konfliktfähigkeit von Interessen, dessen analytischer Gehalt über Olsons Untersuchung der schwachen Organisationsfähigkeit allgemeiner Interessen noch hinausgeht. So bietet Offe eine Erklärung dafür, warum sich Umweltverbände zwar doch organisieren, aber als Vertreter allgemeiner Interessen im Unterschied zu den ökonomischen Akteuren nicht damit drohen können, eine systemrelevante Leistung vorzuenthalten.⁷ Später hat er

2 »Im Sommer 1962 habe ich seinen *Strukturwandel der Öffentlichkeit* innerhalb einer Woche verschlungen. Mir war damals schon klar, denke ich heute, daß Jürgen Habermas *die* intellektuelle Potenz für Leute wie mich war.« Offe 2005, S. 152.

3 Gerhardt; Nitsch; Offe; Preuß 1965.

4 Offe 1970 (engl. Offe 1976).

5 Offe war unter anderem Ehrenpräsident der europäischen Gesellschaft für ein Grundeinkommen, <https://basicincome.org/news/2025/10/clause-offe/>, Zugriff vom 08.01.2026.

6 Unter anderem Offe 1972, Offe 1984; vgl. zur Einordnung Borchert; Lessenich 2018.

7 Offe 1968.

in einem regelrecht kanonisch gewordenen Aufsatz, den er gemeinsam mit Helmut Wiesenthal verfasst hat, das theoretische Problem in anderer Hinsicht vertieft. In »Two Logics of Collective Action« (1980) wird analytisch aufgeklärt, warum sich für Arbeiter grundlegend andere Herausforderungen in der Organisation und Durchsetzung ihrer Interessen ergeben als für Kapitalisten. Denn diese haben – um nur einen Aspekt in der Begründung einer strukturellen Machtasymmetrie zu benennen – in den vertraglichen Arbeitsbeziehungen immer schon das Eigentumsrecht als Machtressource auf ihrer Seite und können den Arbeitern damit drohen, ihnen die Grundlage ihres Lebensunterhalts durch Kündigung zu entziehen.⁸ Die Basis für diese Texte, wie auch für die in den siebziger und achtziger Jahren erschienenen, nicht minder einflussreichen Schriften über eine Krisentheorie der kapitalistischen Demokratie und eine Modellbildung des »Politisch-Administrativen Systems«, wurden im Rahmen seiner Tätigkeit als Wissenschaftler am Max-Planck-Institut in Starnberg in den Jahren von 1970 bis 1974 erarbeitet, dessen Co-Direktor Habermas war. In diese Zeit fällt auch die Habilitation in Politikwissenschaft an der Universität Konstanz, die von Fritz W. Scharpf begutachtet wurde. Mit dieser Ausbildung gehört Claus Offe damit zu der ersten Kohorte deutscher Professoren auf politikwissenschaftlichen Lehrstühlen (in seinem Fall allerdings immer mit einer nicht fach-exklusiven Denomination), die ihre primäre wissenschaftliche Sozialisation nicht in einer der Nachbardisziplinen wie Nationalökonomie, Rechtswissenschaft oder Geschichtswissenschaft erfahren haben. Bemerkenswert ist zudem die Verbindung der sozialphilosophischen Perspektive Habermas' und der marxistisch inspirierten Kritischen Theorie mit den empirisch validierten sozialtheoretischen Ansätzen, die er in den USA kennengelernt hatte.

Claus Offe war 1973 auch einer der sechs Gründer des *Leviathan*. Eine simple Neuauflage beziehungsweise Wiederaufnahme der *Zeitschrift für Sozialforschung*, die die erste Generation der Frankfurter Kritischen Theorie begründet hatte, sollte es nicht sein. Vielmehr sollte ein eigenständiger Anlauf unternommen werden, in einem umfassend sozialwissenschaftlichen Sinne die Krisenhaftigkeit des zeitgenössischen Staats aus unterschiedlichen Perspektiven und auch im europäischen Vergleich zu untersuchen.⁹ Den Titel »Leviathan« hatte Offe selbst vorgeschlagen. Er hatte in den USA eine gleichnamige Zeitschrift der amerikanischen Studentenbewegung mit radikalen antikapitalistischen Analysen gelesen, welche die Risse im Staatsgefüge sichtbar machen wollte.¹⁰ Auch die Gründungs herausgeber des

8 Offe; Wiesenthal 1980. Die Bedeutung dieses Aufsatzes wird in dem Nachruf auf Claus Offe von Heidemann 2025 auf dem Blog *portside* betont.

9 Vgl. Editorial des ersten Heftes und die Analyse von König 2024.

10 Nachweise bei Blomert 2024.

deutschen *Leviathan* gingen von den Widersprüchen und der Brüchigkeit der herrschenden Unordnung im leviathanischen Staat aus, die umso größer würden, je mehr die Machtakkumulation in den zentralen Apparaten zunähme.

2. Bielefelder Zeit: Legitimationsprobleme der Mehrheitsdemokratie und politische Interventionen

Sein erster Ruf führte ihn an die Universität Bielefeld, an der er von 1975 bis 1989 Politikwissenschaft und Soziologie lehrte. Die »Universität der kurzen Wege« bot für Offe einen besonders kurzen Weg zu Niklas Luhmann, dessen Büronachbar er war. Auch wenn Offe nicht mit allem übereinstimmte, sah er Luhmann (neben Habermas) als den herausragenden sozialtheoretischen Denker der deutschen Nachkriegszeit an. In Bielefeld rückte ein weiteres Thema in seinen Fokus, das gesellschaftlich nicht zu übersehen war. Die sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen, also die Friedensbewegung, die Umweltbewegung, die Bürgerinitiativbewegung, stellten politisch grundlegende Legitimationsmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates als unzureichend in Frage. Offe analysierte in einem viel rezipierten Band, mit Bernd Guggenberger ediert, die Bedingungen der Legitimität der Mehrheitsregel, die es angesichts der in die Zukunft verschobenen ökologischen Kosten einer industriellen Wachstumsgesellschaft als allgemeine Entscheidungsregel zu problematisieren galt.¹¹ In diese Zeit fällt noch ein weiterer – vielleicht für eine ganze generative Kohorte deutscher Sozialwissenschaftler zentraler – Text,¹² in dem Offe die gesellschaftlichen Modernisierungsmechanismen hinterfragt, genauer die als Modernisierung wahrgenommenen Versprechen moderner Demokratien: die Steigerung individueller Wahloptionen und des Weiteren die Bewältigung der bei der Nutzung dieser Optionen entstehenden Koordinationsprobleme.¹³ Offe entwirft angesichts der Nichterfüllung dieser Modernisierungsversprechen eine Utopie der kalkulierten Null-Option als rationaler Selbstbeschränkung. Diese sollte nun aber nicht als ethische Anforderung an die politischen Subjekte missverstanden werden, auf Optionen zu verzichten, um negative Externalitäten insbesondere in der Zeitdimension einzufangen. Offe untersucht vielmehr, wie »Verantwortlichkeit« institutionell zu sichern ist, etwa indem die

11 Guggenberger; Offe 1984.

12 In dem Nachruf auf Claus Offe der Kollegen Michael Zürn und Steffen Mau wird die Bedeutung dieses Aufsatzes für die eigene intellektuelle Entwicklung hervorgehoben; für die Verf. dieser Ausführungen gilt dasselbe, wie auch mit Blick auf die von Zürn und Mau hervorgehobene Analyse Offes zur Selektivität der Interessenwahrnehmung (Mau; Zürn 2025).

13 Offe 2019 (erstm. 1986).

Akteure durch Moratorien oder obligatorische Iterationen dazu gebracht werden, Fernwirkungen ihres Handelns zu bedenken. Er erinnerte gelegentlich an die Einschätzung Max Webers, wonach die Güte von Politik sich daran bemisst, dass sie auch in den Augen der Nachkommenden eine gute Politik gewesen sein wird und die gegenwärtig politisch Handelnden damit von den Nachfahren als würdige Vorfahren anerkannt werden. Wie weit dann der Zeithorizont reichen soll, innerhalb dessen die jetzt lebende Generation die Interessen zukünftiger Generationen berücksichtigen soll, in deren Augen sie dem Gemeinwohl entsprechend gehandelt haben will, das kann eine sozialwissenschaftliche Perspektive nicht als Aufgabe an die Moralphilosophie delegieren. In einem seiner scharfsichtigen kurzen Aufsätze untersuchte Offe die in diesem Zusammenhang ebenfalls relevante Problematik materialer Kriterien des Gemeinwohls und insistierte auf der Frage, um wessen Wohl welcher Gemeinschaft es geht.¹⁴ Damit nahm er auch eines seiner Lebensthemen von partikularen und allgemeinen Interessen in der Demokratie auf, und wie diese jeweils unter welchen Bedingungen in und von der Bürgerschaft präferiert werden.

Dass ihn diese Themen auch als Bürger bewegten, lässt sich daran ablesen, dass er zu den Gründungsmitgliedern der Partei »Die Grünen« zählte und einige Politiker beriet oder ausbildete (hier seien nur Andrea Fischer, Gesundheitsministerin in der rot-grünen Koalition, oder Sven Giegold, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in der Ampel-Koalition, genannt). Dieser gesellschaftlichen Grundströmung fühlte er sich bei aller professionellen und habituellen Distanz gegenüber der aktiven Politik und Kritik an Regierungsentscheidungen mit grüner Beteiligung zugehörig. Mit einem gewissen trockenen Erstaunen hat er berichtet, dass er mit dem Abgeordneten bekannt war, der der letzte Vertreter der Industriearbeiterschaft im Bundestag war: Willi Hoss, ebenfalls ein Gründungsmitglied der Grünen. Offe verband dies mit der Beobachtung, es sei eben erstaunlich, dass die Parteien zwar die – auch aus seiner Sicht wichtige – Vorgabe einer Quote entlang der Geschlechterdifferenz entwickelt hätten, aber über keine Mechanismen verfügten, eine bessere Ausgewogenheit der Berufsgruppen sicherzustellen. In der Grünen Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung war er mitdiskutierendes und vortragendes Mitglied. Insofern beherzigte er den Rat seines Bielefelder Büronachbarn, sich zugunsten der Forschung aus dem politischen Alltagsgeschäft herauszuhalten, nicht vollständig, aber er unterschrieb auch nicht jeden Aufruf. Die Autorität seines Namens setzte er sehr gezielt ein, etwa für die Kandidatur von Gesine Schwan als Bundespräsidentin im Jahr

14 Offe 2002.

2008.¹⁵ In den siebziger Jahren veröffentlichte er mit anderen Professoren den »Nachruf auf Buback«, den ein Göttinger Student anonym unter dem Namen Mescalero geschrieben hatte. Der Text fasst im Grunde den Weg der Distanzierung dieses Studenten von dem Terror der »Rote Armee Fraktion« in Worte, ausgehend von dem Eingeständnis der klammheimlichen Freude als unmittelbarer Reaktion auf die Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback durch die RAF am 7. April 1977 bis hin zur Verurteilung von Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Die Veröffentlichung dieses Textes durch die Professoren sollte dem Zweck dienen, dass sich die Öffentlichkeit selbst ein Bild von ihm machen könnte, da die Medien in ihren Augen über diesen Aufruf verkürzend und einseitig berichteten. Offe war der einzige Professor aus Nordrhein-Westfalen, der sich an der Aktion beteiligte, was ihm sowohl eine gegen seine Person gerichtete Kampagne, in der er aufgefordert wurde, sich von den Morden der RAF zu distanzieren, als auch eine Klage eintrug. Das Verfahren vor dem Landgericht Bielefeld endete mit einem Freispruch.¹⁶

3. Forschungsaufenthalte im In- und Ausland

Dass er sich in den hitzigen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre und auch in den folgenden Dekaden gleichwohl immer wieder ohne Ablenkung auf seine wissenschaftliche Arbeit konzentrieren konnte, dazu trugen auch Einladungen an die besten *Institutes of Advanced Studies* bei, so nach Princeton, ans *Netherlands Institute for Advanced Studies in the Humanities and Social Sciences* in Wassenaar, an das *Center for Advanced Study in the Behavioral Sciences* in Stanford, an das *Wissenschaftszentrum Berlin*, das *Institut für die Wissenschaft vom Menschen* in Wien und das Berliner *Wissenschaftskolleg*. Eine enge Verbindung unterhielt er auch mit der *New School for Social Research* in New York (wo er 1993 Visiting Professor und 1999 Theodor-Heuss-Professor war) und mit der *Australian National University* in Canberra, dort als »adjunct faculty member«. Er nahm zahlreiche weitere Einladungen als Gastprofessor an Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen wahr. Der internationale Kreis der Kollegen, mit denen er einen engen Austausch pflegte, erweiterte sich damit beständig; dazu zählten unter anderem David Abraham (mit dem er ebenfalls eine lebenslange Freundschaft pflegte), Faruk Birtok, Jon Elster, Robert Goodin,

15 Zu Luhmanns Rat vgl. die Rede von Claus Offe zur Annahme des DVPW-Preises (Offe 2012, S. 4.); zur Unterstützung von Gesine Schwan vgl. Offe 2008.

16 Vgl. Mückenberger 1979, S. 314.

Stephen Holmes, Steven Lukes, Joel Rogers und Philippe Schmitter.¹⁷ Auch der Kontakt mit Albert O. Hirschman, den er als einen verehrten Freund bezeichnete, blieb über Jahrzehnte bestehen.¹⁸ Sein internationales Ansehen spiegelte sich nicht zuletzt in Offes Aufnahme in die *American Academy of Arts and Science* als »international honorary member« im Jahr 1995 wider.¹⁹

4. Bremen und der Mauerfall: Institutionen und Transformationen

1989 wechselte Claus Offe als Professor für Politikwissenschaft und Soziologie an die Universität Bremen, wo er als Co-Direktor des neu gegründeten Zentrums für Sozialpolitik die Abteilung Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaats leitete. Ein viel gelesener Text aus dieser Phase ist der Aufsatz »Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte ›intelligenter Selbstbeschränkung‹« (1989), in dem Offe von dem Problem der Spannung von Moralität und Sittlichkeit ausgeht und diese von einer moralphilosophischen Fragestellung in eine sozialwissenschaftliche Analyse überführt.²⁰ Am Vorabend der deutschen Verfassungsdiskussion geschrieben (an der er politisch beteiligt gewesen ist), argumentiert er hier mit der ihm eigenen Skepsis dafür, die Leistungsfähigkeit von Verfassungsreformen aber auch nicht zu überschätzen. Die unhintergehbare Prämisse seiner demokratietheoretischen Arbeit lautet, dass es normativ zur liberalen Demokratie (von ihm als Pleonasmus charakterisiert) keine Alternative gibt, dass dies aber umso mehr bedeutet, sorgfältig ihre Krisen und Reformmöglichkeiten zu untersuchen. In diesem Aufsatz findet sich – etwas versteckt in einer Fußnote – eine explizite Verabschiedung der Idee des Sozialismus, die er in den siebziger Jahren noch propagierte, freilich mit dem Zusatz ›demokratischer‹ Sozialismus.²¹

17 Viele weitere wären zu nennen. Vgl. für sein nationales und internationales Netzwerk befreundeter Kolleginnen und Kollegen nur die einhundert Personen, die die in der FAZ erschienene Traueranzeige unterzeichnet haben, die Lutz Wingert und Michael Zürn organisiert haben (FAZ, 18.10.2025, S. 21).

18 Offe 2006, S. 181.

19 <https://www.amacad.org/person/claus-offe>, Zugriff vom 08.01.26.

20 Offe 1989.

21 Prominent in der Kritik des Reformpapiers der SPD »Orientierungsrahmen 1985« vertreten, die Offe gemeinsam mit Jürgen Habermas, Sigrid Skarpelis-Sperk und Peter Kalmbach unter dem Titel »Ein biedermeierlicher Weg zum Sozialismus?« im SPIEGEL veröffentlichte (Nr. 9, 23.02.1975); in Fußnote 9 des Aufsatzes »Fessel und Bremse« (Offe 1989) wird die These begründet, dass der Begriff des Sozialismus heute operativ leer sei: »Wir wissen nicht, wie die politischen und ökonomischen Institutionen des Sozialismus beschaffen sind; selbst wenn wir es wüßten, bliebe der Weg zu ihnen unbekannt; selbst wenn der Weg bekannt wäre, wären relevante Teile der Bevölkerung nicht bereit, ihn zu beschreiten; selbst wenn sie es wären, bestünde nicht die zureichende Gewähr dafür, dass der dann etablierte Zustand funktionsfähig und gegen

Mit dem Fall der Mauer eröffnete sich dem Sozialwissenschaftler der Blick auf einen neu entstehenden Typus politisch-sozialer Ordnung, nämlich den postsozialistischen demokratischen Kapitalismus, der gegenüber den bisher bekannten Formen ganz eigene Dynamiken und Verwerfungen aufbot. Offe sah die zentral- und osteuropäischen Gesellschaften unter den besonderen Druck gestellt, gleichzeitig »nation-building«, »economy-building« und »polity-building« betreiben zu müssen. Dies hat er ebenso gründlich und wegweisend untersucht, wie er es für den westlichen »Spätkapitalismus« unternommen hat. Dass nach dem Licht, das mit dem Fall des Eisernen Vorhangs durch Osteuropa flutete, nun auf dem Weg in die Freiheit der Demokratie ein Tunnel wartete, der erhebliche Schmerzen der Transformation für die osteuropäischen Gesellschaften mit sich brachte, hat er früh diagnostiziert.²² Die Herausforderung, zugleich eine konstitutionelle Demokratie mit sozialstaatlicher Struktur aufzubauen, in der die Wohlfahrtsgewinne einer funktionierenden kapitalistischen Marktgesellschaft fair verteilt werden würden und soziale Absicherung gegen die Lebensrisiken von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter bestehen – dieser Prozess ist auf soziale Voraussetzungen insbesondere in der Akteursstruktur der Gesellschaft angewiesen, die Offe als prekär diagnostizierte.

5. Humboldt-Universität Berlin: Ausblick nach Europa und Vertiefung der Demokratietheorie

Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea ist der sprechende Titel eines weiteren Buchs, das Offe gemeinsam mit Jon Elster und Ulrich K. Preuß verfasst hat,²³ erarbeitet an der dritten deutschen Universität, an die er einen Ruf angenommen hatte, der HU Berlin. Von 1995 bis zu seiner verpflichtenden Emeritierung 2005 nahm er dort eine Professur für Politische Soziologie und Sozialpolitik am Institut für Sozialwissenschaften wahr.

In diesen Jahren entstand auch die, soweit ersichtlich, einzige ausführlichere ideengeschichtlich-politiktheoretische Untersuchung, auf die eingangs bereits hingewiesen wurde. Offe selbst beschrieb sie als eine seiner angenehmsten und erfreulichsten Erfahrungen im wissenschaftlichen Schreiben, auch wenn sie vermutlich kaum den Standards ideenhistorischer Forschung genüge.²⁴ Tatsächlich erfahren die Schriften von Tocqueville, Weber und

Regressionen immun wäre; selbst wenn auch das der Fall wäre, bliebe noch immer ein großer Teil der heute politisch thematisierten Gesellschaftsprobleme ungelöst.«

22 Offe 1994. Vgl. auch die Einschätzung ein Vierteljahrhundert später in Offe 2020c.

23 Elster; Offe; Preuß 1998.

24 Offe 2020b.

Adorno hier jeweils eine Kontextualisierung in Zeit, Biographie und Netzwerken, die schon ideengeschichtlich äußerst instruktiv ist. Der besondere Mehrwert dieser Schrift ergibt sich aus dem darüber hinausgehenden Erkenntnisinteresse Offes: Was können wir aus der Beobachtung der Vereinigten Staaten durch den dreifachen europäischen Blick nicht nur über die USA, sondern auch über uns als Europäer lernen? Der heuristische Schlüssel wird, wie in so vielen Texten Offes, durch ein Vier-Felder-Schema geformt, das die möglichen Perspektiven entlang von zwei Dimensionen sortiert, die dann kombiniert werden (werden die USA als avantgardistische Vorhut oder als Nachzügler im Verhältnis zu Europa angesehen, und wie wird dies jeweils bewertet?).

Die Entwicklung Europas als politisches Modernisierungsprojekt im Rahmen der Europäischen Union hat Offe in weiteren Schriften zu einem eigenen Thema gemacht. Schon für die kapitalistische Demokratie des Nationalstaats können Spannungen beobachtet werden zwischen dem, was ökonomisch-sachlich notwendig wäre, und dem, was politisch durchsetzbar ist. In der Union gewinnt diese Spannung für Offe an Komplexität und auch politischer Dramatik – »Europe entrapped« ist das Bild, das er dafür geprägt hat. Denn das Europäische Parlament als direktdemokratisch legitimierte Institution ist nur schwach handlungsfähig, wohingegen diejenigen Institutionen, die weitreichende Entscheidungen treffen können, wie die Kommission und der Rat, demgegenüber nur schwach demokratisch verantwortlich gemacht werden können.²⁵ Aber zugleich hat Offe die europäische Integration im Rahmen der EU sachlich als geboten angesehen: Supranationale Strukturen und in Teilen gemeinsam ausgeübte Souveränität schaffen am Ende aufgrund von Skaleneffekten doch mehr positive Effekte als Probleme, leicht ersichtlich mit Blick auf Klimakrise und Sicherheit. Um die Legitimationsprobleme zu mindern, plädierte er allerdings dafür, dass eine sozialpolitische Steuerungsverantwortung stärkeres Gewicht haben sollte, und es müssten die Entscheidungen demokratisch stärker rückgebunden werden – durch öffentliche Kontroversen, direktdemokratische Beteiligungsverfahren und stärkere Einbeziehung der Parlamente (sowohl des Europäischen Parlaments als auch der mitgliedstaatlichen Parlamente). Und schließlich hat Offe die EU auch als Möglichkeit gesehen, den populistischen Bewegungen in den Mitgliedstaaten durch Beharren auf den einmal akzeptierten Standards von Rechtsstaatlichkeit und geteilter Verantwortung etwas entgegenzusetzen.

Dem Phänomen des Populismus hat er in den letzten Jahren ebenfalls seine wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt und reflektiert, was diese

25 Offe 2015.

Bewegung für liberale Demokratien und ihren Legitimitätsanspruch bedeutet und warum die strategische Anrufung eines vermeintlich homogenen und ursprünglichen Volkswillens durch populistische Akteure diese selbst in einen konzeptionell bedingten Argumentationsnotstand führt, da »der« Volkswillen immer schon ein vermittelter ist und zudem plural. Mit dem normativen Gehalt der liberalen Demokratie, dessen institutionellen Übersetzungen, den in dieser Ordnung relevanten individuellen und kollektiven Akteuren sowie den sozialen und ökonomischen Bedingtheiten, die für ihr Wohlfunktionieren wesentlich sind, hat sich Offe zeit seines akademischen Wirkens beschäftigt. Davon zeugen insbesondere die Bände III (»Institutionen, Normen, Bürgertugenden«) und IV (»Liberale Demokratie und Soziale Macht«) seiner ausgewählten Schriften in sechs Bänden.²⁶ Die Untersuchungen zur Theorie und Praxis liberaler Demokratien kreisen um Fragen, wie das Problem von »*disaffection*« der Bürger konzeptualisiert und überwunden werden kann, welche soziomoralischen Kompetenzen in der Bürgerschaft als Tugenden wesentlich sind (für Offe: Vertrauen!, Solidarität!, Gemeinnut!) und welche, mit Habermas gesprochen, entgegenkommenden institutionellen Lebenswelten zur Ausbildung dieser Kompetenzen dienlich wären. So untersuchte er mehrfach demokratiepolitische Innovationen wie die Einbindung neuer deliberativer, auch direktdemokratischer Verfahren in repräsentative Legitimationsmechanismen, die darauf abzielen, die Bildung eines Volkswillens als Antwortverhalten zu verstehen und in diesen Prozess Ankerpunkte einzubauen, die eine sowohl rationale wie auch gemeinwohlorientierte Präferenzbildung wahrscheinlicher machen. Er diskutierte auch die Chancen des Losverfahrens als komplementäres Verfahren, das eigentlich den epistemischen Annahmen einer Demokratietheorie, die auf deliberativ hergestellte Rationalität setzt, entgegenzulaufen scheint. Aber insbesondere mit Blick auf die höchst selektive Zusammensetzung von Beschlusskörperschaften, die nicht ansatzweise die Sozialstruktur der Bürgerschaft widerspiegeln, hat Offe das Losverfahren als ein Instrument erkannt, was diese aufbrechen könnte. Ein ethisch aufgeklärtes Bewusstsein in der Aktiv-Bürgerschaft ist unverzichtbar, so mag man diesen Teil seiner Demokratietheorie zusammenfassen, aber ein Appell an das Ethos allein ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive immer unterkomplex; es bedarf stets auch institutioneller Antworten.

26 Offe 2018 (Bd. I), 2019a (Bd. II), 2019b (Bd. III), 2019c (Bd. IV), 2019d (Bd. V), 2020a (Bd. VI). Claus Offe dankt im Vorwort seinem Freund Adalbert Hepp, dem lange Jahre für Sozialwissenschaft zuständigen Lektor des Campus-Verlags, für dessen Idee und Ermutigung zu diesem Projekt. Politikwissenschaftler und Soziologen sollten Adalbert Hepp ebenfalls dankbar sein, da diese Bände den Zugang zu Offes Werk unvergleichlich erleichtern.

6. Hertie School of Governance: Akademische Lehre und akademisches Ethos

Die letzte akademische Station führte ihn von 2005 bis 2010 an die Hertie School of Governance auf eine Planstelle als Senior Professor, die er sich mit Ulrich K. Preuß teilte.²⁷ Hier unterrichtete er Hunderte von Studierenden aus vielen Ländern, die später in Ministerien, Verbände, NGOs, Parteien und die staatliche Verwaltung, aber auch in Unternehmen gehen sollten – ausgestattet nicht nur mit dem Handwerkszeug für *public policy* und *diplomacy*, sondern auch dem nötigen kritischen Reflexionsvermögen, das sich durch die intensiven Diskussionen der Theorie des modernen Staates, verbunden mit empirischer Beobachtung, ausprägt. In seinem wissenschaftlichen Werk lassen sich immer wieder Stellen finden, wo er darauf hinweist, dass er diesen oder jenen Aspekt aus der Diskussion in dieser oder jener Lehrveranstaltung erhielt.²⁸ Wie viel ihm der Austausch mit Jüngeren bedeutete und wie sehr er sich auch menschlich denjenigen verbunden fühlte, deren Weg er mit seiner Großzügigkeit begleitete, kann man daran ermessen, dass er sich (gemeinsam mit Ulrich K. Preuß) nach seiner Emeritierung von der Hertie School jedes Jahr mit einigen der Absolventen traf, das letzte Mal im September 2025. Claus Offe bildete über die Jahrzehnte seiner Tätigkeit als Hochschullehrer nicht nur Generationen von Studierenden, sondern auch wissenschaftliche »Nachwuchskräfte« aus, die im Verlauf ihrer Karriere selbst profilierte Politikwissenschaftler und Soziologen wurden; erwähnt seien hier nur Wolfgang Streeck, Stephan Lessenich und Erik Olin Wright. Allen wissenschaftlich Tätigen hat er einen kollegialen Rat mitgegeben, den er selbst von einem älteren Kollegen erhalten hatte, nämlich den, immer eine gute Antwort auf die Frage »What is your current project?« zu haben. Im Alltag der Lehrverpflichtungen und Gremiensitzungen, universitärer Strategieprozesse und der Sisypchos-Arbeit der Einwerbung von Drittmitteln mit entsprechender Produktion von Antragsprosa ist dies ein schlichter, aber ins Schwarze treffender Rat. Dass er selbst auf diese Frage tatsächlich immer eine gute Antwort in Form eines gerade in Produktion befindlichen Textes bieten konnte, heißt aber nicht, dass er sich von der Übernahme notwendiger akademischer Pflichten ferngehalten hätte. Wie es seinem Pflichtgefühl entsprach, übernahm er auch Verantwortung in Fach-

27 Die Hertie School of Governance hat in der von ihr veröffentlichten Traueranzeige Offes bis 2019 andauerndes Engagement für diese Hochschule besonders gewürdigt: »Mit seiner weltweit anerkannten wissenschaftlichen Autorität und akademischen Exzellenz prägte er die Hertie School in ihren Anfangsjahren entscheidend und hinterließ einen nachhaltigen Einfluss auf ihre Entwicklung.« (FAZ, 18.10.2025, S. 21).

28 Vgl. etwa Offe 2004, S. 7, FN 2.

verbänden und Zeitschriftenbeiräten, für Buchreihen und in zahlreichen Advisory Boards, die hier gar nicht alle aufgeführt werden können.²⁹

Offes akademisches Ethos kann auch an einem Vorgang erhellt werden, den viele in der deutschen Politikwissenschaft als veritablen Skandal erinnern werden, einen Skandal, den Claus Offe selbst provozierte. Als ihm im Jahr 2012 (seinem 107. Semester) von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft für sein Lebenswerk der Theodor-Eschenburg-Preis verliehen wurde, hätte man während seiner Rede in der altherwürdigen Aula der Tübinger Universität eine Stecknadel fallen hören können.³⁰ Denn nachdem er die üblichen akademischen Artigkeiten absolviert hatte – freilich in der eleganten und souveränen Art und Weise, die ihm sein unnachahmlicher Stil ermöglichte –, machte er sich minutiös daran zu begründen, warum er der Vereinigung empfahl, den Namen des Preises nicht länger mit dem Leben und Werk Theodor Eschenburgs zu verknüpfen. Offe sprach offen über sein Dilemma, dass er, wenn mit der Annahme des Preises nicht nur der aktuelle Empfänger gewürdigt werden würde, sondern darüber hinaus Werk und Person des Namensgebers, auch durch den Empfänger selbst, dann zögere, sich auf diese Implikation einzulassen. Man muss sich hier vor Augen führen, dass Claus Offe Vertreter einer Generation ist, für die die Aufarbeitung des Zivilisationsbruchs des Holocaust ein wesentliches Movens ihres gesellschaftspolitischen Engagements war und die sich in den sechziger und siebziger Jahren mit zahllosen kleinen und großen »Mitläufern« wie auch mit vielen der Täter konfrontiert sah, die in den politischen, rechtlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen der Bundesrepublik weiter Verantwortung trugen. Claus Offe beschäftigte sich auch persönlich immer wieder mit dem Nationalsozialismus. Im Berliner SDS hatte er Anfang der sechziger Jahre an der Wanderausstellung »Ungesühnte Nazijustiz – Dokumente zur NS-Justiz« mitgewirkt.³¹ Und Jahrzehnte spä-

29 Curriculum Vitae von Claus Offe auf den Seiten der Hertie School of Governance: https://www.hertie-school.org/fileadmin/5_WhoWeAre/1_People_directory/Faculty_downloads/Offe/Claus_Off_Curriculum_Vitae.pdf, Zugriff vom 08.01.26.

30 Offe 2012. Die Laudatio auf Offe hielt Robert E. Goodin (2012), dessen Anspielung im Titel »Being Claus Offe« auf den Film »Being John Malkovich« als eine Referenz an das cineastische Interesses Offe gelesen werden kann, in dessen Schriften sich einige Verweise auf zeitgenössische Filme finden – etwa wenn er in *Selbstbetrachtung aus der Ferne* Robert Altmans Film *Short Cuts* lobt, »ein[e] m. E. kaum überbietbar[e] Filmfassung der Phänomene, die Adorno in den *Minima Moralia* beschäftigen« (Offe 2004, S. 100, FN 36). Noch mehr als Filme interessierte ihn bildende Kunst – wann immer möglich, verband er die Teilnahme an Konferenzen mit einem Besuch in den jeweiligen örtlichen Museen.

31 In dem Gespräch, das in der Zeitschrift *Ästhetik und Kommunikation* abgedruckt wurde, sagt Offe, er habe diese Ausstellung mit Reinhard Strecker 1962 aufgebaut, »mit Photos, Kurzbiographien und Dokumenten über Staatsanwälte, Richter, Oberlandesgerichtspräsidenten, die alle damals noch im Dienst waren. Da haben wir mit ganz einfachen Mitteln gezeigt, was diese Personen vor damals 20 Jahren und weniger während des Nationalsozialismus so geschrieben und

ter erforschte er die Geschichte des Hauses im Prenzlauer Berg, in dem er wohnte, mit Blick auf die früheren jüdischen Bewohner und ihr Schicksal. In Eschenburg sah Offe eine Persönlichkeit, die weniger aufgrund ihres Handelns im sogenannten Dritten Reich keinen Vorbildcharakter haben konnte, als vielmehr durch ihren späteren Umgang mit der Vergangenheit. Eschenburg hatte eine leitende Funktion in einem staatskorporatistischen Verband innegehabt und an der Enteignung jüdischer Unternehmen mitgewirkt. Das war im Vorfeld der Preisverleihung durch neue Forschungsarbeiten bekannt geworden. Offe mahnte, dass über dieses Handeln zu urteilen, ohne den Kontext und die Umstände zu kennen und ohne über die Motive und die Zwänge etwas sagen zu können, schnell wohlfeil geraten könne. Allerdings sprach er Eschenburg den Vorbildcharakter für die Politikwissenschaft als Disziplin ab, da von ihm kein Wort der Selbstkritik für das eigene Verhalten zu hören war. Stattdessen äußerte er viel Verständnis, ja sogar Lob für tief in das Unrechtssystem verstrickte Personen wie etwa Hans Globke, oder, um Offe hier noch zu ergänzen, Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, den NS-Finanzminister, der mit seiner Politik die finanziellen Ressourcen des nationalsozialistischen Vernichtungszugs und der Versorgung des deutschen »Volkskörpers« mit Transferleistungen sicherte und dessen Biographie Eschenburg wohlwollend besprach. Die angesichts der öffentlichen Bedeutung Eschenburgs als einem der bekanntesten liberalkonservativen Publizisten der Bundesrepublik und seines prägenden Einflusses auf zahlreiche deutsche Politikwissenschaftler erwartbare öffentliche Kritik, die Offe die Annahme des Preises, bei gleichzeitiger Aufforderung, den Preis in dieser Form abzuschaffen, einbrachte, nahm er in Kauf. Hätte er den Preis nicht angenommen und einen entsprechenden Text zur Begründung seiner Entscheidung publiziert, er hätte nicht im Mindesten den gleichen Aufruhr ausgelöst und den damit verbundenen Reflexionsprozess befördert wie mit dieser die deutsche Politikwissenschaft als Disziplin herausfordern den Rede.³² Der Vorstand der DVPW entschied schließlich, den Preis in dieser Form einzustellen. Stattdessen vergibt die Vereinigung nun einen »Lebenswerkpreis«, den 2024 erstmals Offes Habilitationsgutachter Fritz W. Scharpf erhielt.

in ihrer Rechtspraxis getan haben« (Offe 2005, S. 159). Die von Reinhard Strecker initiierte und vorangetriebene Ausstellung wurde im Zeitraum von 1959–1962 gezeigt, in West-Berlin bereits Anfang des Jahres 1960. Womöglich bezieht sich Offes Aussage auf der Ausstellung nachgelagerte Tätigkeiten. Bemerkenswert ist die wenige Zeilen später zu findende pointierte Bestimmung der Identität der Bundesrepublik, die Offe darin erkennt, sich mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen und sie normativ zu überwinden. Er sieht die Bundesrepublik zudem als Schattenriss zweier Lichtquellen, nämlich der Ereignisse des 20. Juli und des 17. Juni, die beide außerhalb von Raum und Zeit dieser Republik lägen.

32 Zudem wollte er mit einer Verweigerung der Annahme des Preises nicht diejenigen desavouieren, die über die Preisvergabe entschieden hatten, vgl. Offe 2013.

7. Claus Offes Vermächtnis

Was ist sein Vermächtnis? Das wird wohl jeder selbstständig denkende Offe-Leser je nach (sozial-)wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse unterschiedlich beantworten. Hier sollen drei Aufgaben genannt werden, die aus Offes Art und Weise, Sozialwissenschaft zu betreiben, destilliert werden können, wobei die ersten beiden methodisch-analytischer und die dritte normativer Natur ist. Im »Generalvorwort« der sechs Bände seiner ausgewählten Schriften hat uns Claus Offe den Hinweis hinterlassen, dass am Anfang aller sozialwissenschaftlichen Reflexion die Untersuchung der Begriffe stehen muss.³³ Denn die Sozialwissenschaft operiert mit grundlegenden Konzepten der sozialen und politischen Ordnung, die zugleich auch im allgemeinen Sprachgebrauch von Bedeutung sind, wie etwa »Verantwortung«, »Solidarität« und »Interesse«; umgekehrt sind in den allgemeinen Sprachgebrauch aber auch fachwissenschaftliche Konzepte wie »Globalisierung«, »Krise« und »Identität« diffundiert. Daraus entstehe die Herausforderung, so Offe, die Kriterien dafür angeben und begründen zu können, warum ein Begriff auf eine bestimmte Kategorie sozialer Phänomene angewendet werden müsse, auf andere aber nicht. Dabei gehe es nicht allein um eine semantische Genauigkeit, sondern darum, die damit verbundenen Bewertungskontroversen und zugrundeliegenden Wertkonflikte deutlich zu machen.³⁴ Damit erledigt sich auch der Vorwurf, der sich aus szientistisch-positivistischer Perspektive gegenüber einem sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramm ergeben kann, das seine Gegenstände aus der aktuellen Entwicklung bezieht und Gefahr läuft, sich in diese zu verwickeln. Denn, wie Offe ausführt, dies ist gerade kein Makel, sondern die kritische Aufgabe sozialwissenschaftlicher Forschung: das Wissen, die impliziten Annahmen und Vorstellungen sozialer Akteure über Gründe und Ursachen ihres Handelns aufzuklären und, wo nötig, als Täuschung zu enttarnen und Gewissheiten zu erschüttern.³⁵

Der zweite methodische Aspekt ist damit verbunden. Das Handeln sozialer Akteure ist mehr als die Funktion eines institutionellen Arrangements. Claus Offe mahnt uns, immer auch die Frage nach den Machtverhältnissen zu stellen, die freilich von Institutionen gestützt, neutralisiert oder konterkariert werden können. Die heuristische Prämisse, dass soziale Akteure – individuelle wie kollektive – eine eigene Agenda durchsetzen wollen und dabei umso erfolgreicher sind, je mehr sie über Optionen verfügen, die andere nicht haben, öffnet den Blick für eine Analyse, die nicht nur eine

33 Das »Generalvorwort« ist jedem der sechs Bände vorangestellt.

34 Offe 2018 (Bd. I), S. VI.

35 Ebd.

Aufgabe der Zeitgeschichte ist, sondern auch der Sozialwissenschaft. So hat Offe die Erfolge des autoritären Populismus nicht nur im Spiegel institutioneller Deformationen gelesen, sondern zugleich als Ergebnis zielgerichteter strategischer Kampagnen jener Akteure verstanden, die ein Interesse an der Transformation der liberalen Demokratie in ein autoritäres System haben. Wer demgegenüber institutionelle Erneuerungen durchsetzen will, die auf den Erhalt dieser freiheitlichen Ordnung gerichtet sind, muss auch die Machtfrage stellen.

In diesem Sinne hat Offe, drittens, Sozialwissenschaft als eine kritisch-normative Wissenschaft verstanden, die für die Gesellschaft ein Arsenal an Provokationen und Beurteilungskriterien für deren normative Selbstreflexion zur Verfügung stellen soll. Er war davon überzeugt, dass »social research is virtually worthless unless its findings provoke, throw light on, or can serve arguments in normative discourse on the nature of a ›well-ordered society‹ and its defining features of the reasonable use of freedom and distributive justice«. ³⁶

Literaturverzeichnis

- Blomert, Reinhard 2024. »Warum ›Leviathan‹? Einblicke in Entstehung und Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Zeitschrift«, in *Leviathan*, 52, 1, S. 9–16.
- Borchert, Jens; Lessenich, Stephan (Hrsg.) 2018. *Claus Offe and the Critical Theory of the Capitalist State*. New York, London: Routledge.
- Elster, Jon; Offe, Claus; Preuß, Ulrich K. (mit Frank Boenker, Ulrike Goetting, Friedbert Rueb) 1998. *Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*, Cambridge University Press.
- Gerhardt, Uta; Nitsch, Wolfgang; Offe, Claus; Preuß, Ulrich K. 1965. *Hochschule in der Demokratie*, Neuwied/Berlin: Luchterhand.
- Goodin, Robert E. 2012. »Being Claus Offe«, in *Politische Vierteljahresschrift*, 53, 4, S. 593–600.
- Guggenberger, Bernd; Offe, Claus (Hrsg.) 1984. *An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, Politik und Soziologie der Mehrheitsregel*, Wiesbaden; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Habermas, Jürgen; Kalmbach, Peter; Offe, Claus; Skarpelis-Sperk, Sigrid. »Ein biedermeierlicher Weg zum Sozialismus?«, in *DER SPIEGEL*, Nr. 9, 23.02.1975.
- Heideman, Paul. »Why the Deck Is Stacked Against Workers Under Capitalism«, <https://portside.org/2025-10-11/why-deck-stacked-against-workers-under-capitalism>, Zugriff vom 08.01.2026.
- König, Helmut 2024. »Der ›Leviathan‹ im roten Jahrzehnt«, in *Leviathan*, 52, 1, S. 23–42.
- Mau, Steffen; Zürn, Michael. »Sogar der Staat hat Bedarf an soziologischer Aufklärung«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 04.10.2025.
- Mückenberger, Ulrich 1979. »Dokumentation zu den Prozessen wegen des ›Buback-Nachrufs‹ III«, in *Kritische Justiz*, 12, S. 312–320.
- Offe, Claus 1968. »Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme«, in *Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme*, hrsg. v. Kress, Gisela; Senghaas, Dieter, S. 115–189. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.

36 Offe 2020b, S. 8.

- Offe, Claus 1970. *Leistungsprinzip und industrielle Arbeit. Mechanismen der Statusverteilung in Arbeitsorganisationen der industriellen ›Leistungsgesellschaft‹*. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Offe, Claus 1972. *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Offe, Claus 1976. *Industry and Inequality. The Achievement Principle in Work and Social Status*. London: Edward Arnold.
- Offe, Claus; Wiesenthal, Helmut 1980. »Two Logics of Collective Action. Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form«, in *Political Power and Social Theory*, 1, 1, S. 67–115.
- Offe, Claus 1985. *Contradictions of the Welfare State*. London: Hutchinson.
- Offe, Claus 1989. »Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte ›intelligenter Selbstbeschränkung‹«, in *Zwischenbetrachtungen – Im Prozeß der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag*, hrsg. v. Honneth, Axel; McCarthy, Thomas; Offe, Claus; Wellmer, Albrecht, S. 739–774, Frankfurt: Suhrkamp.
- Offe, Claus 1994. *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten*. Frankfurt am Main: Campus.
- Offe, Claus 2002. »Wessen Wohl ist das Gemeinwohl«, in *Rhetoriken und Perspektiven sozial-moralischer Orientierung. Gemeinwohl und Gemeinsinn*, Bd. 2, hrsg. v. Münkler, Herfried; Fischer, Karsten, S. 65–72, Berlin: Akademie Verlag.
- Offe, Claus 2004. *Selbstbetrachtung aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten. Adorno-Vorlesungen 2003*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Offe, Claus 2005. »›Die Bundesrepublik als als Schattenriß zweier Lichtquellen‹. Ein Gespräch mit Claus Offe«, in *Ästhetik und Kommunikation*, 129/130, S. 148–160.
- Offe, Claus 2006. »Erneute Lektüre: Die ›Strukturprobleme‹ nach 33 Jahren«, in *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, veränderte Neuauflage*, hrsg. u. eingeleitet v. Lessenich, Stephan; Borchert, Jens, mit einem Vorwort und einem Nachwort von Claus Offe, S. 181–196 Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Offe, Claus. »Gesine Schwan – Warum sie den Linken ersparen?«, in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.07.2008.
- Offe, Claus 2012. »Rede anlässlich der Verleihung des Theodor-Eschenburg-Preises der DVPW«, in *Politische Vierteljahresschrift*, 4, S. 601–606.
- Offe, Claus 2013. »Wir wissen genug über Eschenburg«, in *Tagesspiegel*, 30.10.2013, <https://www.tagesspiegel.de/wissen/die-ns-vergangenheit-spaltet-die-politologen-3526030.html>, Zugriff vom 08.01.2026.
- Offe, Claus 2015. *Europe Entrapped*. Cambridge: Polity Press.
- Offe, Claus 2018. *Macht und Effizienz. Studien zur kapitalistischen Rationalisierung der Arbeit*, Bd. I der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2019. »Die Utopie der Null-Option. Modernität und Modernisierung als politische Güte-Kriterien«, in. ders, *Institutionen, Normen, Bürgertugenden* (Bd. III der Ausgewählten Schriften). Wiesbaden: Springer VS, S. 116–145.
- Offe, Claus 2019a. *Der Wohlfahrtsstaat und seine Bürger*, Bd. II der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2019b. *Institutionen, Normen, Bürgertugenden*, Bd. III der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2019c. *Liberale Demokratie und Soziale Macht. Demokratietheoretische Studien*, Bd. IV der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2019d. *Staatskapazität und Europäische Integration*, Bd. V der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2020a. *Übergänge. Vom Staatssozialismus zum demokratischen Kapitalismus*, Bd. VI der Ausgewählten Schriften. Wiesbaden: Springer VS.
- Offe, Claus 2020b. *A Short Account of My Professional Life, Including Facets of its Context*, Berlin, unveröff. Manuskript.
- Offe, Claus 2020c. »Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit«, in *Leviathan*, 48, 3, S. 358–380.

Zusammenfassung: Claus Offe (1940–2025) ist einer der bedeutendsten Sozialwissenschaftler der Bundesrepublik gewesen. In seinen Untersuchungen des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates und der liberalen Demokratie integrierte er Politikwissenschaft und Soziologie. Der Beitrag würdigt sein wissenschaftliches Werk entlang der universitären Wirkungsstätten, seine Rolle als politischer Intellektueller und stellt auch sein besonderes akademisches Ethos heraus.

Schlagwörter: Claus Offe, Würdigung, wissenschaftliches Werk, akademisches Ethos, politischer Intellektueller

Claus Offe (1940–2025). Tribute to his academic work and his role as a political intellectual

Abstract: Claus Offe (1940–2025) was one of the most important social scientists in the Federal Republic of Germany. In his studies of the capitalist welfare state and liberal democracy, he integrated political science and sociology. This article pays tribute to his academic work at various universities, his role as a political intellectual, and highlights his unique academic ethos.

Keywords: Claus Offe, tribute, academic work, academic ethos, political intellectual

Autorenangaben:

Prof. Dr. Tine Stein
Georg-August-Universität Göttingen
Institut für Politikwissenschaft
Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen
tine.stein@uni-goettingen.de



© Tine Stein

Systematisch verzerrt: Habermas und Geldpolitische Debatten*

1. Einleitung

Geht es nach seinen Kritiker*innen, kann Habermas nichts Substantielles zu den ökonomischen Krisen unserer Zeit beitragen. Während seine frühere Gesellschaftstheorie ein bestenfalls einseitiges Bild der Wirtschaft zeichne, so der Vorwurf, spielten ökonomische Aspekte in seinem rechts- und demokratietheoretischen Spätwerk kaum noch eine Rolle. Habermas habe demnach keinerlei theoretische Ressourcen, um aktuelle ökonomische Krisen sinnvoll adressieren zu können. In diesem entscheidenden Punkt habe er mit der Tradition der Kritischen Theorie als einer *Kritik der Politischen Ökonomie* bereits vor langer Zeit gebrochen.

Zwar ist, wie ich versuchen werde zu zeigen, diese Kritik gerade in Bezug auf sein Verständnis von Geld nicht unberechtigt. Dennoch möchte ich in diesem Aufsatz, gewissermaßen *mit Habermas gegen Habermas*, die These vertreten, dass Habermas mit dem Begriff der *systematisch verzerrten Kommunikation* durchaus die Mittel besitzt, aktuelle ökonomische und insbesondere geldpolitische Prozesse aus diskurstheoretischer Perspektive kritisch zu analysieren. Mein Ziel ist insbesondere, systematische Kommunikationsbarrieren zu identifizieren, welche den politischen Charakter solcher Prozesse verdecken und diese stattdessen als rein technische Probleme erscheinen lassen.

Die Vorgehensweise ist die Folgende: Zunächst werde ich die Kritik an Habermas Wirtschafts- beziehungsweise Geldverständnis skizzieren, der zufolge Habermas keine zufriedenstellende Diagnose aktueller ökonomischer Krisen liefern kann (2), und diese in den Kontext aktueller geldtheoretischer Debatten stellen (3). Anschließend schlage ich eine dreidimensionale Konzeption des Begriffs der systematisch verzerrten Kommunikation vor (4). Mit Hilfe dieser dreidimensionalen Konzeption möchte ich schließlich die geldpolitischen Debatten untersuchen, welche die Zinspolitik der jüngeren Vergangenheit begleitet haben (5). Geldpolitische Debatten, so soll an diesem Beispiel plausibilisiert werden, weisen demnach zentrale Merkmale

* Ich danke Claudia Ritz, Manuel Biertz sowie zwei anonymen Gutachter*innen für ausführliche Kommentare zum Manuskript, welche den Aufsatz erheblich verbessert haben. Besonderer Dank gilt darüber hinaus Eva Deitert vom Leviathan für das Lektorat.

systematisch verzerrter Kommunikation auf. Ich schließe mit einem kurzen Ausblick, in dem ich den Mehrwert einer solchen Perspektive umreißen möchte (6).

2. Die Kritik an Habermas' Geldverständnis

Innerhalb von Habermas' Kommunikations- und Gesellschaftstheorie spielt Geld bekanntlich vor allem in seiner Funktion als Steuerungsmedium eine zentrale Rolle. Habermas zufolge wird in der Moderne die materielle Reproduktion der Gesellschaft zunehmend an Systeme ausgelagert, die sich – im Gegensatz zur Lebenswelt – nicht symbolisch über kommunikatives Handeln, sondern über »entsprachlichte« Steuerungsmedien reproduzieren. Neben dem administrativen System, das über das Medium Macht gesteuert wird, ist hierbei vor allem das ökonomische System zentral, welches sich über das Steuerungsmedium Geld koordiniert. Habermas beschreibt diesen Prozess folgendermaßen:

»Während in traditionellen Gesellschaften der Staat eine Organisation darstellt, in der sich die Handlungsfähigkeit des Kollektivs, d. h. der Gesellschaft im ganzen konzentriert, verzichten moderne Gesellschaften auf die Kumulation von Steuerungsfunktionen im Rahmen einer einzigen Organisation. Die gesamtgesellschaftlich relevanten Funktionen verteilen sich auf verschiedene Handlungssysteme. [...] Funktionen werden entpolitisiert und an nicht-staatliche Subsysteme abgegeben. Das kapitalistische Wirtschaftssystem markiert den Durchbruch zu dieser Ebene der Systemdifferenzierung; es verdankt seine Entstehung einem neuen Mechanismus, dem Steuerungsmedium Geld. Dieses Medium ist auf die vom Staat abgegebene gesamtgesellschaftliche Funktion des Wirtschaftens spezialisiert und bildet die Grundlage für ein normativen Kontexten entwachsenes Subsystem. Die kapitalistische Wirtschaft läßt sich nicht mehr wie der traditionale Staat als institutionelle Ordnung begreifen – institutionalisiert wird das Tauschmedium, während das über dieses Medium ausdifferenzierte Subsystem im ganzen ein Stück normfreier Sozialität darstellt.«¹

Das Verhältnis von System und Lebenswelt ist ambivalent: Einerseits stellt die Ausdifferenzierung von Systemen eine Entlastung für die Lebenswelt dar, da diese Systeme materielle Reproduktion ermöglichen, ohne auf die aufwendige und potenziell konflikthafte Integrationsform des kommunikativen Handelns angewiesen zu sein. Andererseits bergen sie die Gefahr, aufgrund ihrer Eigendynamik auf die Lebenswelt rückzuwirken und kommunikatives Handeln auch dort zu verdrängen, wo es eigentlich unverzichtbar ist. Dies beschreibt Habermas bekanntermaßen als Kolonialisierung der Lebenswelt durch das System.

1 Habermas 1981b, 255f.

Seine Sichtweise auf das ökonomische System ist jedoch nicht ohne Widerspruch geblieben. In diesem Abschnitt möchte ich zunächst drei ineinandergreifende Kritikpunkte herausstellen, die gegen Habermas in diesem Zusammenhang erhoben worden sind: Dass er den Kapitalismus als theoretisches Problem verloren habe (2.1.), dass er sich sein Geldverständnis indirekt von den Wirtschaftswissenschaften diktieren lasse (2.2.) und dass er dadurch die politische Konstituiertheit des Geldes verkenne (2.3.). Dies soll auf meine eigene Argumentation vorbereiten, die ich in den Abschnitten 3–5 entwickeln werde.

Das verlorene Problem des Kapitalismus

Der erste Kritikpunkt betrifft den für die Kritische Theorie so zentralen Begriff des Kapitalismus.² Vor allem seine marxistisch geprägten Kritiker*innen warfen Habermas vor, diesen nicht länger als »Totalität« zu begreifen, das heißt als *umfassende* (wenn auch historisch besondere) Organisationsform moderner Gesellschaften. Indem er – der Systemtheorie Parsons und Luhmanns folgend – die Wirtschaft auf die Rolle eines *Subsystems* reduziert und das emanzipatorische Potential einer Gesellschaft *jenseits* von diesem in den kommunikativen Strukturen der Lebenswelt verortet, gerate, so der Vorwurf, das Projekt einer *Kritik der politischen Ökonomie* zunehmend aus dem Blick.³

Bezeichnenderweise führt Habermas die von ihm zu Beginn der 1970er Jahre diagnostizierte Krise des Kapitalismus folgerichtig auch nicht länger auf immanente Widersprüche des Wirtschaftssystems, sondern vielmehr auf die politisch-administrative Überformung desselben zurück.⁴ Da die ökonomischen Krisentendenzen, die für den liberalen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts prägend waren, seit der Nachkriegszeit weitestgehend durch keynesianische Globalsteuerung und Wohlfahrtsstaat eingehegt schienen, sei eine ökonomische Systemkrise im engeren Sinne nicht länger zu erwarten – so zumindest noch Habermas' Einschätzung in *Legitimationsprobleme des Spätkapitalismus*.⁵ Die Krise, so Habermas, werde vielmehr ins politische System verschoben und offenbare sich nunmehr als *Legitimationskrise*.

Die Diagnose, Wirtschaftskrisen seien weitestgehend politisch moderierbar geworden, sollte in den nächsten Jahrzehnten freilich an Plausibilität einbüßen – auf die Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre folgte eine lange Periode der Stagflation, die darauffolgenden Globalisierungs- und Dereg-

2 Wenn ich im Folgenden von Kritischer Theorie spreche, so beziehe ich mich in erster Linie auf die Kritische Theorie der Frankfurter Schule.

3 Azmanova 2014; Kim 2014; Streeck 2013, S. 24; Reichelt 2013, S. 445.

4 McCarthy 1978, S. 358–359; Nullmeier 2009, S. 198.

5 Habermas 1973, S. 129.

lierungswellen der 1980er und 1990er Jahre mündeten nicht zuletzt in mehrere ökonomische Krisen, von denen die Finanz- und Eurokrise nur die jüngsten, wenn auch schwerwiegendsten waren.⁶ Auch der soziale Kompromiss der Nachkriegszeit, durch den ökonomische Ungleichheiten durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen deutlich eingeeht wurden, scheint angesichts von steigender Ungleichheit, Reallohnstagnation, Prekarisierung und Flexibilisierung inzwischen einer entfernten Vergangenheit anzugehören.⁷ Gleichwohl sorgten diese Entwicklungen bekanntlich nicht für eine Rückbesinnung von Habermas auf die Wurzeln der Kritischen Theorie als Kritik an der »Totalität« der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In *Faktizität und Geltung* setzt er seine Hoffnungen auf gesellschaftliche Emanzipation bekanntlich stattdessen verstärkt in den demokratischen Rechtsstaat. In den Augen seiner Kritiker*innen hat er hiermit endgültig eine »liberale Wende« vollzogen – Habermas, so der Vorwurf, betreibe damit nunmehr eine Art »post-kritische Sozialtheorie«.⁸

Die Kritik, Habermas habe den Kapitalismus als theoretischen Gegenstand verloren, scheint vor diesem Hintergrund durchaus plausibel. Das könnte leicht zum Anlass genommen werden, die Brauchbarkeit seines gesellschaftstheoretischen Rahmens für eine Analyse der jüngeren Krisen des Kapitalismus grundlegend in Frage zu stellen.⁹ Wie ich jedoch in Abschnitt 5.1. argumentieren möchte, halte ich diesen Schluss für vor-schnell: Anders als von seinen Kritiker*innen dargestellt, bietet Habermas' Krisentheorie nach wie vor einen fruchtbaren theoretischen Rahmen an, um diese Krisen kritisch zu analysieren.

Importierter Ökonomismus

Habermas' Flirt mit der Systemtheorie hat nach seinen Kritiker*innen allerdings nicht nur zur Folge, dass das Problem des Kapitalismus aus dem Fokus geraten ist. Darüber hinaus werde von Parsons und Luhmann implizit ein rein ökonomisches beziehungsweise neoklassisches Verständnis von Geld übernommen.¹⁰ So lesen wir bei Helmut Reichelt:

»Habermas übernimmt die neoklassische Begrifflichkeit: Es werden nicht Waren, sondern Güter getauscht, es wird auch nicht gekauft oder verkauft, sondern immer nur getauscht, der Wert ist gleich Nutzen. [...] Dass er die ver-

6 Zu nennen wären darüber hinaus der Schwarzer Montag 1987, die Pfundkrise 1992, die Asienkrise 1997 sowie die Dotcomblase 2000.

7 Streeck 2013.

8 Azmanova 2019, S. 233; Kim 2014, 369f. Übers. d. MS.

9 Streeck 2013; Azmanova 2014.

10 Streeck 2015, S. 369; Reichelt 2013, S. 447; Lotz 2024, S. 633.

drängte Metaphysik dieser ganzen Disziplin reproduziert, ist Habermas nicht geläufig.«¹¹

Auch wenn Geld nicht im strikten Sinne als Ware verstanden werde, folge aus der Konzeptionalisierung von Geld als generalisiertem Kommunikationsmedium dennoch ein neoklassisches Verständnis von Geld, denn ebenso wie in den neoklassischen Wirtschaftswissenschaften werde Geld hierdurch als an sich neutrales Medium konzipiert, innerhalb dessen sich die zugrundeliegenden Tauschbeziehungen lediglich vollziehen.

Dies brachte Habermas von marxistischer Seite den Vorwurf ein, dem »Schein der einfachen Zirkulation« aufzusitzen und Geld insbesondere in seiner Form als Kapital nicht fassen zu können.¹² Auch kredittheoretische Theoretiker*innen werfen Habermas vor, er bliebe letztlich einem tauschlogischen Verständnis von Geld verhaftet.¹³ Im Gegensatz hierzu deuten diese Ansätze Geld als Ausdruck von Schuldbeziehungen und betonen insbesondere die Rolle der endogenen Giralgeldschöpfung durch Geschäftsbanken. Diese sind demnach nicht bloße Intermediäre der Ware »Geld,« sondern vielmehr deren *Produzentinnen* – eine Sichtweise, die zwar zunächst kontraintuitiv erscheinen mag, das moderne Geldsystem aber deutlich adäquater zu beschreiben scheint als ein rein tauschtheoretisches Verständnis von Geld.¹⁴

Marxistische, kredittheoretische und chartalistische Ansätze gleichermaßen wenden sich vor allem gegen die Idee der *Neutralität des Geldes*, die der tauschtheoretische Ansatz zu implizieren scheint: Dieser Idee zufolge vereinfacht Geld den Tauschhandel lediglich, verzerrt aber die zugrundeliegenden Transaktionen nicht – die Verhältnisse dessen, was wofür getauscht wird, bleiben gleich. Geld legt sich demnach »wie ein Schleier« über die Wirtschaft, die im Grunde eine Tauschwirtschaft ist.¹⁵ Mit der Realität des modernen Geldsystems ist diese Idee kaum vereinbar: Sowohl Geldpolitik als auch die Giralgeldschöpfung der Privatbanken haben nicht nur erhebliche Verteilungseffekte insbesondere in Bezug auf Vermögen, sondern

11 Reichelt 2013, S. 447.

12 Reichelt 2013, S. 445; Ganßmann 1986, S. 16. Habermas schreibt zwar, dass Geld eine »reflexive Aufstufung« (Habermas 1981b, S. 399) etwa in Form von Kapitalmärkten möglich mache, allerdings bleiben seine Ausführungen diesbezüglich bestenfalls vage.

13 Ingham 2004, S. 61; Sahr 2017, 72f.; Sahr 2022, 60f.

14 Ingham 2004; Sahr 2018a. Als Urvater der Kredittheorie kann Schumpeter gelten. So lesen wir in der *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*: »Der Bankier ist also nicht so sehr und nicht in erster Linie Zwischenhändler mit der Ware ›Kaufkraft‹, sondern vor allem Produzent dieser Ware« (Schumpeter 1997, S. 110) Im Übrigen wird diese Darstellung inzwischen von den meisten Zentralbanken geteilt. Vgl. Bundesbank 2017; McLeay, Radia, Thomas 2014; Ihring, Weinbach, Wolla 2017.

15 Einen kritischen Überblick zur Neutralitätsthese liefert Şener 2014.

darüber hinaus auch massive Auswirkungen auf die Realwirtschaft – etwa in Form der indirekten Subventionierung CO₂-intensiver Industrien.¹⁶

Die verkannte politische Konstituiertheit des Geldes

Dass Habermas die Ideen der Tauschwirtschaft und des neutralen Geldes implizit übernimmt, lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, wie er die lebensweltlichen Voraussetzungen des Wirtschaftssystems konzeptualisiert. Habermas vertritt bekanntlich die Auffassung des Primats der Lebenswelt über das System. Systeme können demnach nur »parasitär« entstehen – sie entkoppeln sich zwar zunehmend von der Lebenswelt, bleiben dabei aber dennoch immer auf diese angewiesen und müssen zu einem gewissen Grade in ihr verankert bleiben.¹⁷ Doch gerade in Bezug auf das ökonomische System ist diese Verankerung laut Habermas äußerst schwach: Anders als beim Medium der Macht, das offensichtlich legitimationsbedürftig scheint und somit einer starken normativen Einbettung in der Lebenswelt bedarf, sieht er die einzige Voraussetzung des Wirtschaftssystems im institutionell garantierten Eigentums- und Vertragsrecht. Sind diese Voraussetzungen gegeben, ergibt sich ihm zufolge die übrige Dynamik des ökonomischen Systems ganz von selbst – getrieben durch die strategischen Interaktionen zwischen formal gleichgestellten Privatrechtssubjekten.¹⁸ Habermas scheint hiermit größtenteils das Bild vom Markt als einer »spontanen Ordnung« zu übernehmen: Geld bleibt ein an sich neutrales Medium, über das sich diese scheinbar naturwüchsige Dynamik lediglich entfaltet. Dieses Medium ergibt sich als spontanes Nebenprodukt einer im Prinzip tauschwirtschaftlich gedachten Ökonomie – dass es selbst einer Verankerung in der Lebenswelt bedarf, scheint Habermas hierbei nicht in den Sinn zu kommen.

Das führt uns zum letzten Punkt: Der verkannten politischen Konstituiertheit des Geldes. Das Medium Geld stellt, wie beschrieben, Habermas zufolge ein Stück »normfreier Sozialität« dar – die systematisch koordinierte Ökonomie und die kommunikativ strukturierte Öffentlichkeit sind demnach nunmehr voneinander getrennte gesellschaftliche Sphären.¹⁹ Die Wirtschaft *kann* in diesem Bild gar nicht länger durch direkte kommunikative Zugriffe gesteuert werden. Im Hinblick auf eine Versöhnung von Demokratie und Ökonomie lässt sich lediglich darauf hoffen, letzterer externe Grenzen zu setzen und sie bestenfalls von außen im Zaum zu halten. *Innerhalb* dieser Grenzen darf sich eine scheinbar naturwüchsige Wirtschaft

16 Van 't Klooster, Fontan 2020; Fontan, Claveau, Dietsch 2016; Bank of England 2012; Sahr 2018b; Pettifor 2018; Matikainen, Campiglio, Zenghelis 2017.

17 Habermas 1981b, S. 230.

18 Ebd., S. 265.

19 Ebd., S. 256.

gemäß ihrer prinzipiell unpolitischen Eigenlogik entfalten, während demokratische Selbstbestimmung höchstens noch *jenseits* dieser Grenzen gestalten kann.

Demgegenüber haben Kritiker*innen eingewandt, dass Wirtschaft und insbesondere das Medium Geld immer schon *in sich* kommunikativ strukturiert sind. Mit der Trennung »Geld vs. Lebenswelt« unterlaufe Habermas eine »Reifizierung von analytischen Trennungen«. ²⁰ Ökonomie und Lebenswelt stellten demnach mitnichten objektiv zu trennende gesellschaftliche Sphären dar, sondern seien bloß »unterschiedliche Zugänge zur Analyse von Handlungssituationen, unterschiedliche theoretische Perspektiven, die auf ein und dasselbe »Realobjekt« gerichtet« seien. ²¹ Indem er beides als sich äußerlich gegenüberstehende Sphären begreife – systemisch integrierte Ökonomie hier, kommunikativ strukturierte Lebenswelt da – treffe Habermas eine letztlich »vortheoretische Entscheidung«, mit der er das kritische Potential seiner eigenen Kommunikationstheorie verfehle. ²² Nicht nur sei eine interne Kritik ökonomischer Prozesse hierdurch unmöglich, mehr noch verkenne er so die durch und durch soziale Konstituiertheit ökonomischer Prozesse. Es gelte daher, diese »als fragile Gebilde zu durchschauen«, welche denselben kommunikationstheoretischen Bestimmungen unterlägen. ²³

Dieser Vorwurf ist freilich nicht unerwidert geblieben. Tatsächlich gab Habermas in einer ausführlichen Replik seinen Kritiker*innen in diesem entscheidenden Punkt zunächst recht: Sozial- & Systemintegration seien lediglich als »analytisch zu trennende Aspekte« des »selben Gegenstands« zu verstehen, sodass sich prinzipiell »alle Phänomene unter jedem der beiden Aspekte beschreiben« ließen. ²⁴ Dieses Zugeständnis stimmt zunächst durchaus mit Habermas Irreduzibilitätsthese überein, der zufolge die Lebenswelt gegenüber dem System »primär« ist, systemische Integration also immer auf lebensweltliche Vorbedingungen angewiesen bleibt und nicht ohne diese zu verstehen ist. Gleichzeitig handelt sich Habermas hiermit grundlegende Probleme in Bezug auf seine gesellschaftstheoretische Zeitdiagnose ein: Die Kolonialisierung der Lebenswelt durchs System erscheint dann weniger als sich objektiv vollziehendes Moment der Moderne, sondern bleibt bestenfalls noch ein Interpretationsangebot, dem man je nach Blickwinkel und Situation zustimmen kann oder auch nicht. Wenig überraschend möchte Habermas seine Kolonialisierungsthese nicht vollständig fallen lassen: Die bloß analytische Unterscheidung zwischen Lebenswelt und System,

20 Ganßmann 1986, S. 13.

21 Ebd., vgl. auch Dodd 2005, S. 75.

22 Honneth 1985, S. 333.

23 Ebd., S. 334.

24 Habermas 1986, 379; 381.

so schreibt er, gewänne nichtsdestotrotz eine »für moderne Gesellschaften essentialistische Konnotation« – eine Formulierung, die allerdings mehr Fragen aufwirft, als sie beantwortet.²⁵

3. Lebensweltliche Vorbedingungen des Geldes: Aktuelle geldtheoretische Perspektiven

Diese Kritik deckt sich durchaus mit aktuellen geldtheoretischen Debatten. Modernes Geld ist demnach mindestens in zweierlei Hinsicht von Vorbedingungen abhängig, die in einem Habermasschen Rahmen als lebensweltlich gelten müssen: Erstens ist das Geld in einem viel stärkeren Ausmaß durch das Recht konstituiert und hierüber in der Lebenswelt verankert, als Habermas es darstellt (1). Und zweitens ist das Geldsystem bei der Bewältigung von Knightscher Unsicherheit auf eine Reihe von sozialen Voraussetzungen angewiesen, die kommunikativ erzeugt werden müssen (2).

(1) Bereits der klassische Chartalismus, der vor allem auf Georg Friedrich Knapps *Staatliche Theorie des Geldes* zurückgeht, bestimmt Geld als »Geschöpf der Rechtsordnung«.²⁶ Demnach wird etwas erst dadurch zu Geld, dass der Staat rechtlich garantiert, es zur Begleichung von Steuerschulden zu akzeptieren.²⁷ Freilich ist das moderne Geldsystem ungleich komplexer als noch zu Knapps Zeiten, wobei insbesondere der privaten Geldschöpfung durch den Banken- und Schattenbankensektor eine fundamentale Rolle zukommt.²⁸ Allerdings scheint hierdurch die rechtliche Verankerung des Geldsystems eher verstärkt als geschwächt: Modernes Geld beruht nunmehr auf einer ganzen Reihe von rechtlich generierten Vorbedingungen und ist daher »weitestgehend eine Funktion des Rechts«, wie etwa Katharina Pistor feststellt.²⁹ Diese rechtlichen Rahmenbedingungen des Geldes gehen weit über diejenigen Formen von Eigentums- und Vertragsrecht hinaus, die Habermas im Sinn hat: Gesetzliche Einlagensicherungen, Eigenkapitalvorschriften, der rechtlich abgesicherte privilegierte Zugang von Privatbanken zu Reserven oder das Recht auf Konvertierbarkeit von Einlagen in Bargeld wären hierbei nur als die offensichtlichsten Beispiele zu nennen. Insbesondere die Rolle von Zentralbankmandaten wird im Folgenden noch

25 Ebd., S. 383

26 Knapp 1905, S. 1.

27 Während sich diese chartalistische Grundannahme prominenterweise schon bei Kant findet, ist sie in jüngerer Zeit vor allem durch die *Modern Monetary Theory* wiederaufgegriffen worden: Vgl. James 2024; Lerner 1947; Wray 2015.

28 Hierin liegt ein zentraler Kritikpunkt an chartalistischen und neochartalistischen Theorien, denen typischerweise vorgeworfen wird, die private Seite des Geldsystems zu vernachlässigen: Vgl. Gabor, Vestergaard 2016, S. 8; Murau, Pffor 2025.

29 Pistor 2017; vgl. auch Feichtner 2016; Desan 2014.

eingehender betrachtet. Das Geld erscheint vor diesem Hintergrund, so folgern etwa Robert Hockett und Saule Omarova, als ein hochgradig rechtlich organisiertes »privat-public franchise«, wobei der Staat als eine Art *Lizenzgeber* für die privaten Akteure des Geldsystems fungiert, welche nur innerhalb dieses rechtlich konstituierten Rahmens ihre Rolle als Geldproduzenten wahrnehmen können.³⁰

(2) Hierzu kommt ein zweiter Punkt: Sowohl der private als auch der öffentliche Teil des Geldsystems – ein Leitmotiv zeitgenössischer Geldsoziologie – müssen nämlich das fundamentale Problem Knightscher Unsicherheit durch soziale Mechanismen bewältigen, die einer kommunikativen Logik folgen. Diese grundlegende Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft ist – im Gegensatz zu Risiko – nicht durch Wahrscheinlichkeiten berechenbar, sondern muss durch eine Form von grundlegendem Vertrauen bewältigt werden, die nicht ausschließlich auf ökonomischer Kalkulation beruhen kann. So können Geld und Geldpolitik nur dann ihre erstaunliche Koordinationsleistung erbringen, wenn das Vertrauen in sie mit enormem kommunikativem Aufwand stabilisiert wird. Douglas Holmes argumentiert in diesem Zusammenhang für die Sichtweise, dass es sich bei Geldpolitik im Kern um eine performativ-kommunikative Praxis handelt, bei der es primär darum geht, Vertrauen herzustellen und Unsicherheiten zu reduzieren.³¹ Unter Rückgriff auf den von Michel Callon und Donald Mackenzie entwickelten Performativitätsansatz werden beispielsweise ökonomische Modelle nicht als bloße *Beschreibung* von unabhängig existierenden Märkten interpretiert, sondern vielmehr als Bestandteile einer kommunikativen Praxis, mit denen unter anderem Zentralbanken ein bestimmtes Markverhalten überhaupt erst hervorbringen.³²

Ähnliches gilt für den privaten Teil des Geldsystems, wobei insbesondere Geldschöpfungsprozesse im Banken- und Schattenbankensektor von zentraler Bedeutung sind: Auch diese sind auf eine ganze Reihe kommunikativer Vorbedingungen angewiesen, welche es beispielsweise erlauben, Zukunftsunsicherheit im Knightschen Sinne zu entschärfen und kollektives Vertrauen aufzubauen. So betrachtet eine wachsende Anzahl soziologischer und politökonomischer geldtheoretischer Ansätze das Geldsystem als ein Netz aus Zukunftsversprechen.³³ Die Glaubhaftigkeit dieser Zukunftsversprechen kann angesichts jener fundamentalen Unsicherheit nicht ausschließlich auf rationalen Erwartungen im Sinne der ökonomischen Standardtheorie beur-

30 Hockett, Saule T. Omarova 2017

31 Holmes 2014.

32 MacKenzie 2006; Callon 1998.

33 Mehrling 2011; Mehrling 2017; Ingham 2004; Beckert 2018; Sahr 2017; Sahr 2018b; Sahr 2022; Chambers 2023.

teilt werden.³⁴ Vielmehr müssen diese Erwartungen durch soziale Mechanismen stabilisiert werden, welche auf kollektiv geteilten Narrativen beruhen – Jens Beckert nennt diese Erwartungen daher auch »fiktional«. Habermas scheint diese kommunikativen Vorbedingungen des Geldes allerdings zu verkennen: Geld erscheint bei ihm als naturwüchsiges Phänomen, das keinerlei lebensweltlicher Verankerung mehr bedarf.

4. Die Idee systematisch verzerrter Kommunikation: Drei Dimensionen

Die Kritik an Habermas' Geldverständnis, kann sich also durchaus auf aktuelle geldtheoretische Argumente stützen. Doch möchte ich plausibilisieren, dass Habermas' Ansatz allen Kritiken zum Trotz fruchtbare Anknüpfungspunkte liefern kann, um aktuelle geldpolitische Debatten kritisch zu analysieren.

Wenn die Lebenswelt gegenüber dem System – und kommunikatives gegenüber strategischem Handeln – primär beziehungsweise irreduzibel ist, dann müssen sich *auch* ökonomische Prozesse als sprachlich strukturierte Phänomene verstehen und als solche analysieren lassen.³⁵ Ich möchte diesen Gedanken im Weiteren verfolgen und dem Verdacht nachgehen, dass Debatten in Bezug auf Geld und Geldpolitik nicht bloß *verdrängt*, sondern *auch in ihrer inneren Struktur transformiert* beziehungsweise *verzerrt* werden.

Habermas selbst hat diese Möglichkeit sporadisch unter dem Begriff der *systematisch verzerrten Kommunikation* diskutiert. Insbesondere in den Jahren vor Erscheinen der *Theorie des kommunikativen Handelns* hat er diese Idee an verschiedenen Stellen exponiert, ohne sie allerdings jemals wirklich systematisch auszuarbeiten.³⁶ Allgemein scheint er immer dann von systematisch verzerrter Kommunikation zu sprechen, wenn Kommunikation durch das Vorhandensein von strukturellen Barrieren grundlegend beeinträchtigt wird. Obwohl er hierbei explizit betont, dass solche Sperren nicht nur auf der Mikroebene interpersoneller Konflikte, sondern insbesondere auch auf der Makroebene gesamtgesellschaftlicher Strukturen verankert sein können,³⁷ konzentriert er sich in seinen Erörterungen vor allem auf den ersten Fall.³⁸ Im Folgenden möchte ich demgegenüber diskutieren, wie die Idee

34 Zur Kritik der Theorie rationaler Erwartungen in diesem Zusammenhang, siehe auch Davidson 1982; Davidson 1972; Frydman, Goldberg 2011.

35 Tatsächlich ist die Frage umstritten, ob Habermas die Irreduzibilitätsthese plausibel begründen kann – er scheint hierbei unter anderem Handlungstypen und Handlungssphären miteinander kurzzuschließen (vgl. hierzu Finlayson, Rees 2023).

36 Habermas 1976, S. 34; Habermas 1982, 343ff.; 590ff.

37 Ebd.

38 Habermas 1982, S. 331–336; Kempf 2023, 211ff.

systematisch verzerrter Kommunikation in Bezug auf gesamtgesellschaftliche und insbesondere ökonomische Debatten konzeptualisiert werden kann. Unter Rückgriff auf die bestehende Literatur schlage ich vor, drei Dimensionen systematischer Verzerrung zu unterscheiden: Die Verdrängung von verständigungsorientiertem Handeln durch systemische Koordinationsformen (1), die Abschirmung erhobener Geltungsansprüche vor effektiver Kritik (2) sowie die systematische Isolierung von pragmatischen, ethisch-politischen und moralischen Diskursebenen (3).

1) Zunächst scheint es naheliegend, die Rede von »systematischer« Verzerrung in einem engen Sinne zu verstehen, nämlich als die Verzerrung von Kommunikation *durch Systeme*. So lesen wir im *Cambridge Habermas Lexicon*:

»Systematisch verzerrte Kommunikation ist daher »systematisch« in dem zweifachen Sinne, dass sie sowohl systemisch oder strukturell (anstatt bloß kontingent) ist, als auch im System (und nicht der Lebenswelt) begründet.«³⁹

Kommunikatives Handeln wird in diesem Falle also durch strategisches Handeln beziehungsweise systemische Koordinationsformen *verdrängt*. Ich werde in Abschnitt 5.1. argumentieren, dass sich eine solche Diagnose durchaus in Bezug auf Geldpolitik plausibilisieren lässt. Dennoch wäre es meines Erachtens ein Fehler, die Idee systematischer Verzerrung ausschließlich auf diese Weise zu fassen: Das wäre gleichbedeutend damit, Habermas Fehler zu wiederholen und seine im Kern analytische Unterscheidung zu reifizieren. Ökonomische Prozesse lassen sich nach meiner Auffassung eben nicht ausschließlich als systemisch integrierte Koordinationsformen beschreiben, sondern bleiben immer *auch* kommunikativ strukturiert.

2) Die anderen beiden Dimensionen systematischer Verzerrung nehmen diesen Punkt ernst: Kommunikation findet demnach zwar weiterhin statt, ist aber in ihrer inneren Struktur gestört. Während die erste Dimension also gewissermaßen eine Verzerrung »von außen« darstellt, geht es nun um eine Verzerrung der Kommunikation »von innen«. Die erste Form einer solchen internen Verzerrung betrifft die Geltungsansprüche der *Wahrheit*, *Wahrhaftigkeit* und *Richtigkeit*. Bekanntlich erheben wir nach Habermas, sobald wir miteinander kommunizieren, immer schon reziprok bestimmte Geltungsansprüche. Wir müssen uns demnach mindestens wechselseitig unterstellen,

»– daß die gemachte Aussage wahr ist (bzw. die Existenzvoraussetzungen eines nur erwähnten propositionalen Gehalts tatsächlich erfüllt sind);

39 Celikates 2019, Übersetzung d. MS.

- daß die intendierte Handlung mit Bezug auf einen geltenden normativen Kontext richtig (bzw. daß der normative Kontext, den sie erfüllen soll, selbst legitim) ist und
- daß die manifeste Sprecherintention so gemeint ist, wie sie geäußert wird.«⁴⁰

Zwar kann ich mich im Einzelfall auch strategisch verhalten und von diesen Ansprüchen abweichen – beispielsweise indem ich lüge. Strategisches Handeln kann allerdings nur so lange Erfolg haben, wie mein Gegenüber noch davon ausgeht, dass ich eigentlich verständigungsorientiert handle. Dieser Umstand ist es auch, aus dem Habermas das Primat des kommunikativen Handelns gegenüber strategischem Handeln ableitet. Insbesondere David Strecker hat vorgeschlagen, immer dann von systematisch verzerrten Kommunikationsbedingungen zu sprechen, wenn Geltungsansprüche *vor ihrer effektiven Infragestellung abgeschirmt sind*.⁴¹ In solchen Fällen wird eine verständigungsorientierte Redesituation zwar unterstellt, bestimmte Mechanismen stellen aber sicher, dass jene implizit oder explizit erhobenen Geltungsansprüche nicht effektiv kritisiert werden können.⁴²

3) Während die bestehende Literatur die Idee systematisch verzerrter Kommunikation in diesem Sinne vor allem auf Habermas frühere Gesellschafts- und Kommunikationstheorie bezieht, möchte ich darüber hinaus die Auffassung vertreten, dass sie sich auch sinnvoll auf seine Rechts- und Demokratietheorie und insbesondere auf seine Überlegungen zu politischen Willensbildungsprozessen übertragen lässt. Wie wir am Ende dieses Aufsatzes sehen werden, liegt der perspektivische Mehrwert eines auf diese Weise erweiterten Begriffs systematisch verzerrter Kommunikation darin, das wahrgenommene Legitimationsdefizit von Zentralbanken präziser zu artikulieren und potenzielle Reformvorschläge zur Verbesserung der demokratischen Qualität von Geldpolitik zu evaluieren.

Habermas entwirft in *Faktizität und Geltung* ein idealtypisches Prozessmodell politischer Willensbildungsprozesse.⁴³ Demnach beginnen politische Debatten typischerweise in Form *pragmatischer Diskurse*: Hierbei geht es zunächst schlicht darum, »was man in Hinblick auf ein bestimmtes Problem tun ›soll‹ oder tun ›muß‹, wenn man bestimmte Werte oder Zwecke realisieren will«. ⁴⁴ Es ist jedoch wahrscheinlich, dass hierbei Konflikte auftreten, die sich nicht auf der pragmatischen Diskursebene selbst austragen lassen – insbesondere dann, wenn unterschiedliche Auffassungen darüber, was zu

40 Habermas 1981a, S. 149.

41 Strecker 2012, 205ff.

42 Im Anschluss an Strecker argumentiert unter anderem Biskamp (2019).

43 Habermas 1994, 201ff.

44 Habermas 1997, S. 103.

tun ist, entweder Ausdruck von tieferliegenden Interessenskonflikten sind oder aber die vorausgesetzten Wertorientierungen selbst umstritten sind.

In solchen Fällen muss es möglich sein, einen *Wechsel der Diskursebene* vorzunehmen: Im ersten Fall muss darauf umgestellt werden können, politische Konflikte offen über verfahrensregulierte Verhandlungen auszutragen, die bestimmten Ansprüchen auf Fairness genügen müssen. Im zweiten Fall müssen die zugrundeliegenden Wertorientierungen selbst problematisiert werden können – es handelt sich dann um ethisch-politische oder aber unmittelbar um moralische Diskurse. In *allen* Fällen – und das ist entscheidend – muss der Willensbildungsprozess aber in moralische Diskurse und schließlich juristische Normenkontrolle münden können.⁴⁵ *Systematisch verzerrt* sind politische Willensbildungsprozesse meiner Auffassung nach also genau dann, wenn ein solcher Wechsel der Diskursebene systematisch blockiert ist.

5. Das Beispiel der jüngsten Inflation

Ich möchte nun anhand eines aktuellen Beispiels plausibilisieren, dass Habermas mit einem so verstandenen Begriff der systematisch verzerrten Kommunikation durchaus die theoretischen Mittel hat, ökonomische Probleme kritisch zu analysieren. Hierzu werde ich die geldpolitischen Debatten, welche die Zinserhöhungen in den Jahren 2022 und 2023 begleitet haben, anhand der von mir vorgeschlagenen dreidimensionalen Konzeption systematischer Verzerrung untersuchen. Zeitgenössische Debatten um Geldpolitik, so meine These, weisen demnach wesentliche Merkmale systematisch verzerrter Kommunikation auf.

Verdrängung von Diskursen durch das administrative System

Wie in Abschnitt 2.1. dargestellt, sah Habermas das zentrale Legitimationsproblem des Spätkapitalismus darin, dass immer mehr Bereiche der Ökonomie politisch-administrativ überformt werden müssen, um die Krisenhaftigkeit des ökonomischen Systems abzufedern. Dies sorgt ihm zufolge für Legitimationskrisen, da das administrative System hierbei nicht nur in ökonomische, sondern auch in vormals kommunikativ organisierte Bereiche expandieren muss.⁴⁶ Im Folgenden möchte ich dafür argumentieren, dass – entgegen dem Vorwurf seiner Kritiker*innen – dieser theoretische Rahmen durchaus dazu geeignet ist, die jüngsten Krisen sinnvoll zu analysieren.

45 Habermas 1994, 204; 206.

46 Habermas 1973, S. 70.

Zwar hatte Habermas bei seiner Diagnose vor allem den paternalistischen Wohlfahrtsstaat vor Augen, der, indem er die Auswirkungen des ökonomischen Systems zu moderieren versucht, seine Bürger*innen zu passiven Klient*innen macht. Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es durchaus bemerkenswerte Parallelen zwischen Habermas' damaliger Diagnose und jüngeren Krisen gibt: Denn auch die neuen Krisen konnten nur mit massiven Interventionen des administrativen Systems – wenn auch nun in Gestalt von Zentralbanken – abgefedert werden, und es war gerade diese politisch-administrative Überformung, die die Legitimationsbedürftigkeit von Geldpolitik offenlegte.⁴⁷

Die neue Legitimationskrise war anderer Natur als noch in den 1970er Jahren: Anders als keynesianische Fiskalpolitik und der Wohlfahrtsstart *soll* Geldpolitik ja gar nicht auf der Input-Seite demokratisch legitimiert sein, sondern lediglich durch eine technokratische Behörde das vermeintlich eng definierte Ziel der Preisstabilität verfolgen. Die Legitimationskrise musste also nicht zwangsläufig als »Inputkrise« zu Tage treten, sondern konnte ebenso als Kompetenzüberschreitung einer vermeintlich von Natur aus unpolitischen Institution umgedeutet werden. Diese Interpretationslinie schlug sich besonders prominent im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Staatsanleihekäufen der EZB nieder.⁴⁸ Zudem expandierte diesmal nicht wie in den 1970er Jahren das administrative System in die symbolisch reproduzierten kulturellen Traditionsbestände der Lebenswelt. Es wurde vielmehr der demokratische Diskurs von der Logik der Technokratie verdrängt. Der so veränderte Diskursraum zeigt sich insbesondere, wenn man heutige und frühere Debatten um Inflation vergleicht: Während es bei der Inflationsperiode zu Beginn der 2020er Jahre weitestgehend alternativlos erschien, dass Inflation durch restriktive Geldpolitik der Zentralbanken bekämpft werden muss, war dies zur Zeit des Erscheinens von Habermas' *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* im Jahr 1973 noch nicht ausgemacht und Gegenstand öffentlicher Debatte.⁴⁹

Habermas' Diagnose hat also, so möchte ich behaupten, weiterhin Relevanz, auch wenn er die Möglichkeiten des politisch-administrativen Systems unterschätzte, der Natur der Legitimationskrise eine andere Deutung zu geben. Indem die stabilisierenden Eingriffe von der Fiskal- an die Geldpolitik ausgelagert wurden, ist die Krise zwar nicht mehr länger *als Inputkrise*

47 Wie sehr das moderne Finanzsystem auf das Krisenmanagement von Zentralbanken angewiesen ist, schildert etwa Joscha Wullweber (Wullweber 2020). Symptomatisch zeigen sich die Legitimationsprobleme dieser aktiven Geldpolitik beispielsweise am umstrittenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Ankaufprogrammen der EZB (vgl. hierzu Tooze 2020).

48 Ebd.

49 Braun, Downey 2020

erkennbar.⁵⁰ Nichtsdestotrotz handelt es sich damals wie heute um Legitimationskrisen, die auf grundlegender Ebene ein ähnliches Muster teilen: Gleichmaßen waren erhebliche administrative Eingriffe erforderlich, um die Krisentendenzen des ökonomischen Systems abzufedern. Und gleichermaßen konnte dieses Abfedern nur mit dem Preis einer Expansion administrativer Macht auf Kosten kommunikativer Macht erkaufte werden.

Es wäre allerdings sicherlich zu einfach zu behaupten, dass Debatten um Geldpolitik ausschließlich in dem Sinne verzerrt sind, dass sie in Gänze durch das administrative System *verdrängt* werden. Nach unserer bisherigen Argumentation würde das der Reifizierung einer analytischen Unterscheidung gleichkommen – ein Fehler, den Habermas selbst bisweilen zu begehen scheint. Dass bestimmte politische Debatten über Geld gar nicht erst geführt werden, folgt nach unserer Auffassung eben nicht bloß aus einer Logik der »Entsprachlichung«, welche den Medien Macht und Geld vermeintlich intrinsisch eingeschrieben wäre, sondern ist vielmehr selbst von bestimmten Ausgangsbedingungen abhängig, die ihrerseits erst kommunikativ hergestellt werden müssen. Gerade in Bezug auf Zentralbanken lässt sich zudem insbesondere seit der Finanzkrise eine bemerkenswerte Steigerung an kommunikativem Aufwand beobachten. Wengleich die neu entdeckte Gesprächigkeit zweifellos auch dem Umstand geschuldet ist, dass sie ihre zunehmend unkonventionellen Maßnahmen gegenüber einer argwöhnischen Öffentlichkeit erklären müssen,⁵¹ lässt sich diese Entwicklung nicht ohne weiteres mit der ersten Dimension systematischer Verzerrung in Deckung bringen. Ich möchte daher im Folgenden der These nachgehen, dass selbst dort, wo Debatten um Geldpolitik stattfinden, diese nichtsdestotrotz in ihrer internen Struktur gestört sind – anders als bei der Verdrängung von Diskursen durch Systemlogiken »von außen« handelt es sich hierbei also um systematische Verzerrung »von innen«.⁵²

Abschirmung erhobener Geltungsansprüche vor Kritik

Betrachten wir also die zweite Dimension systematischer Verzerrung: Die Abschirmung der Geltungsansprüche *Wahrheit* (i), *Wahrhaftigkeit* (ii) und *Richtigkeit* (iii) vor effektiver Kritik. In Bezug auf das Problem von Zins-

50 Habermas hat die Möglichkeit derartiger Strategien durchaus in Betracht gezogen. Er schreibt: »Legitimationsproblemen kann der Staat in dem Maße entgehen, wie es gelingt, das administrative System unabhängig zu machen von der legitimierenden Willensbildung« (Habermas 1976, S. 318). Eine solche Strategie sei aber aufgrund der »strukturellen Unähnlichkeit zwischen Bereichen administrativen Handelns und kultureller Überlieferung« zum Scheitern verurteilt, da es, so Habermas, »keine administrative Erzeugung von Sinn« (ebd.) geben könne.

51 Braun 2016.

52 Eine ähnliche Unterscheidung findet sich bei Roderick Condon (2021).

erhöhungen muss die Zentralbank demnach mindestens die folgenden Geltungsansprüche erheben:

- (i) dass höhere Zinsen auch faktisch dazu führen, die Inflation zu reduzieren,
- (ii) dass die hierzu angeführten Begründungen auch tatsächlich so gemeint sind und
- (iii) dass die hierdurch erzielten Effekte auch normativ wünschenswert sind.

Um der These der systematischen Verzerrung nachzugehen, möchte ich im Folgenden nacheinander diese Geltungsansprüche im Kontext der Zinserhöhungen zu Beginn der 2020er Jahre durchgehen und dabei dafür argumentieren, dass diese auf systematische Weise vor ihrer effektiven Infragestellung abgeschirmt wurden.

i) Tatsächlich herrschte in der Fachwelt größtenteils Einigkeit, dass Zinserhöhungen nicht die eigentlichen *Ursachen* der Inflation bekämpfen konnten. Während Zinsen vor allem die Nachfrage steuern sollen, war die Inflation zu Beginn der 2020er Jahre vor allem durch Schocks auf der Angebotsseite getrieben:⁵³ Waren zunächst gestörte Lieferketten in Folge der COVID19-Pandemie Haupttreiber, wurde sie anschließend in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine durch hohe Energiepreise getrieben, die massiv auf andere Sektoren wie Transport- oder Lebensmittel durchschlugen – zudem trugen erhöhte Unternehmensgewinne zu den Preissteigerungen bei.⁵⁴ Vor diesem Hintergrund sprach sich ein beachtlicher Teil der ökonomischen Fachwelt gegen Zinserhöhungen aus.⁵⁵ Auch retrospektiv scheint sich diese Sicht bewahrheitet zu haben: Der Rückgang der Inflation lässt sich größtenteils dadurch erklären, dass die relevanten Versorgungsgüter auf der Angebotsseite behoben wurden.⁵⁶

Doch selbst wenn man annehmen würde, dass Zinserhöhungen gegen eine Angebotsinflation helfen würden, so war gerade im Kontext der jüngsten Inflation die Funktionstüchtigkeit der üblichen Kanäle, über die Zinsen wirken sollen, äußerst umstritten. So gilt etwa die Nachfrage derjenigen Güter, die hauptsächliche Inflationstreiber waren – etwa Heizen oder Grundnahrungsmittel – als äußerst *unelastisch* und somit insensitive gegenüber Zinsen.⁵⁷ Ein ähnliches Bild ergab sich in Bezug auf Investitionen: Nicht nur ließ sich, wenn man von Bauinvestitionen absieht, kein nennens-

53 Weber et al. 2024; Bańbura, Bobeica, Martinez Hernandez 2023; Stiglitz, Regmi 2023; WD 2023. Insbesondere in Bezug auf die Inflation in Europa war diese Diagnose weitestgehend unbestritten, während es in den USA durchaus auch Nachfrageeffekte gab, über deren Anteil am Inflationsgeschehen debattiert wurde.

54 Weber, Wasner 2023; Nauschnigg 2022.

55 Stiglitz 2022; Krugman 2021; Heimberger 2022; Kaczmarczyk 2022; Nauschnigg 2022.

56 Ferreira, Abreu, Louçã 2025; Stiglitz 2023.

57 Weber et al. 2024.

werter Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern feststellen.⁵⁸ Mehr noch mussten, um bei der Energieversorgung unabhängig von russischem Gas zu werden, Investitionen im Energiesektor eher steigen als sinken – die EU-Kommission geht im Rahmen ihres *RePowerEU-Plans* von 300 Milliarden Euro bis 2030 aus.⁵⁹ Und auch der Arbeitsmarkt gestaltete sich zu Beginn der 2020er Jahre als äußerst robust: Entgegen aller mal mehr, mal weniger explizit erklärten Hoffnungen der EZB eilte die Arbeitslosenquote im Euroraum nach der Zinswende von einem historischen Tiefstand zum nächsten.

ii) Es lässt sich also festhalten, dass die Angemessenheit von Zinserhöhungen nicht nur angesichts der angebotsseitigen Natur der Inflation, sondern darüber hinaus auch wegen der fraglichen Funktionstüchtigkeit der typischen Kanäle, über die Zinsen wirken sollen, zu Beginn der 2020er Jahre äußerst umstritten war. Warum aber war die EZB dann so bemüht, den Eindruck zu vermitteln, dass sie die Inflation hierüber wirksam kontrollieren kann? Sollte sie dazu tatsächlich in der Lage sein, scheint zudem der späte Zeitpunkt der Zinserhöhungen umso verwunderlicher: Wenn die Erhöhungen tatsächlich auch gegen eine angebotsseitige Inflation effektiv sein sollen, sollte man meinen, dass diese möglichst früh vorgenommen werden sollten – schließlich wirken sich Zinsen, etwa über den Arbeitsmarkt, äußerst zeitverzögert auf die Inflation aus. Es stellt sich die Frage, inwiefern die geldpolitische Debatte zu Beginn der 2020er Jahre nicht bloß gängige Verteidigungs- und Immunisierungsstrategien seitens der Zentralbank zeigte, die normaler und legitimer Teil politischer Diskurse sind, sondern *strukturell* bedingte Kommunikationssperren aufwies, die es erlauben würden, von *systematisch* verzerrter Kommunikation zu sprechen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zunächst dem Geltungsanspruch der Wahrhaftigkeit zuwenden – das heißt dass »die manifeste Sprecherintention so gemeint ist, wie sie geäußert wird.«⁶⁰ Denn tatsächlich legen sowohl die zweifelhafte Funktionstüchtigkeit der bisher diskutierten Kanäle sowie die späte Reaktion der EZB eine andere Erklärung nahe: Die Maßnahmen hatten nicht – oder zumindest nicht primär – die oben genannten Kanäle, sondern vielmehr *Inflationserwartungen* zum Ziel.⁶¹ Als diese drohten, zu »entankern«, sah sich die EZB gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um diese zu beruhigen und Zweitrundeneffekten – etwa in

58 Eurich 2023.

59 Aguila, Wullweber 2024.

60 Habermas 1981b, S. 149. Habermas betont, dass systematisch verzerrte Kommunikation vor allem den zweiten und dritten Geltungsanspruch betrifft (Habermas 1976, S. 34).

61 Fratzscher 2022; Hickel 2022.

Form von Lohn-Preis-Spiralen – vorzubeugen.⁶² So begründeten bezeichnenderweise selbst die Stimmen, welche sich für Zinserhöhungen aussprachen, ihre Position in der Regel nicht mit den unmittelbaren Effekten von Zinsen auf die Nachfrage, sondern vor allem mit Blick die drohende Entankerung von Inflationserwartungen.⁶³ Dass Inflationserwartungen sensitiv auf Zinsen reagieren, hängt allerdings davon ab, dass Akteure Vertrauen darin haben, dass die EZB die Inflation tatsächlich auch wirksam kontrollieren kann.⁶⁴ Dies war allerdings angesichts der angebotsgetriebenen Inflation und der eingeschränkten Wirkmöglichkeiten von Zinsen nicht eindeutig gegeben. Die EZB stand also vor einem Dilemma: Hätte sie allzu offen ihre beschränkte Kontrolle über die genannten Kanäle eingestanden, hätte das ihre Möglichkeit beeinträchtigt, wirksam die Inflationserwartungen zu beruhigen.

Die EZB befand sich also in der Situation, dass sie auch dort Zusammenhänge zwischen Zins und Inflation behaupten musste, wo diese in der Realität fraglich geworden waren, um so einen ganz anderen Zusammenhang zwischen Zinsen und Inflation nicht zu gefährden. Zwar behauptete sie – im Zuge einer beeindruckenden kommunikativen Wende in zunehmend aggressivem Ton – die Zinsen würden die Sparneigung erhöhen, Investitionen bremsen und den Arbeitsmarkt abkühlen.⁶⁵ Ihr vorrangiges Ziel war hierbei aber, so die von vielen Beobachtern geteilte Vermutung, ein ganz anderes, nämlich das Herstellen von Vertrauen und dadurch die Verankerung von Inflationserwartungen.⁶⁶ Die »manifeste Sprecherintention« war also nicht oder nur teilweise so gemeint, wie sie geäußert wurde. Diese Form von Kommunikation kann mit Habermas als *latent strategisch* bezeichnet werden: Die Geltungsansprüche der Wahrheit und Wahrhaftigkeit werden zwar scheinbar erhoben, müssen tatsächlich aber vor effektiver Kritik abgeschirmt werden, damit die eigentliche Sprecherintention – die Beruhigung von Inflationserwartungen – nicht gefährdet wird. *Systematisch* ist diese Abschirmung insofern, als dass die Zentralbank die beschriebenen Narrative aufrechterhalten *muss*, um handlungsfähig zu bleiben. Jaqueline Best hat in einem anderen Kontext treffend von einem »Sichtbarkeitsdilemma« gesprochen, mit dem sich Zentralbanken konfrontiert sehen: Sie wissen um die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten – Best spricht in Anlehnung an

62 Reis 2021.

63 Illing 2022; Bernoth, Fratzscher 2022; Fuest 2022.

64 Holmes 2014.

65 Fratzscher 2022; EZB 2022; Lagarde, Guindos 2022.

66 Freilich betonte auch die EZB selbst, dass Zinserhöhungen Inflationserwartungen beruhigen sollen – allerdings stets mit mal mehr, mal weniger expliziten Begründung, dass Zinsen über die oben erwähnten Kanäle wirken würden (siehe EZB 2022).

Steve Rayner von »unangenehmem Wissen« – stehen dabei jedoch unter systematischem Druck, diese Begrenztheit *unsichtbar* zu machen und Handlungsfähigkeit auch dort zu demonstrieren, wo sie eigentlich gar nicht vorhanden ist.⁶⁷

iii) Ein wenig anders ist die Situation, so meine ich, dagegen in Bezug auf den Geltungsanspruch der *Richtigkeit* gelagert – das heißt dem Anspruch, dass »die intendierte Handlung mit Bezug auf einen geltenden normativen Kontext richtig (bzw. der normative Kontext, den sie erfüllen soll, selbst legitim) ist«. ⁶⁸ Anders als bei Wahrheit und Wahrhaftigkeit wird dieser Anspruch in der geldpolitischen Kommunikation der Zentralbank nämlich nicht explizit erhoben, sondern ist dieser *vorgelagert*: Welche Aufgaben von Zentralbanken legitim sind und welche nicht, muss nicht durch diese selbst entschieden und begründet werden, sondern ist durch klare Mandate festgelegt.

Dennoch ist gerade hierdurch der Geltungsanspruch der Richtigkeit in besonderer Weise vor seiner effektiven Infragestellung abgesichert. Denn während es Zentralbanken aufgrund ihrer engen Mandate gar nicht erst erlaubt ist, Diskurse über die legitimen Ziele und Mittel ihrer Politik offen zu führen, sorgt die formale Trennung von Fiskal- und Geldpolitik dafür, dass Regierungen und Parlamente Grundsatzfragen der Geldpolitik nahezu komplett ausblenden. Die strikte Trennung beider Politikbereiche und die damit einhergehende Aufgabenteilung sind derart grundlegend in die institutionelle Architektur westlicher Demokratien und insbesondere der Europäischen Union eingelassen, dass sie einen geradezu vordemokratischen Wert erhält: Die in den Maastrichter Verträgen festgehaltene Unabhängigkeit der EZB sowie ihr enges Primärmandat genießen *de facto* Verfassungsrang und sind somit dem politischen Prozess entzogen – Dieter Grimm hat diesbezüglich berühmtermaßen von der »Überkonstitutionalisierung« der EU gesprochen.

Diese verdeckten Kommunikationsbarrieren, so scheint es, werden nicht zuletzt durch die Wiederbelebung eines technokratischen Jargons aufrecht erhalten, der geldpolitische Entscheidungen als Antwort auf rein technische Probleme präsentiert. Bemerkenswert ist in Bezug auf unser Beispiel nicht nur, dass die Begründungen für Zinserhöhungen in der Regel von einer regelrechten Flut an Zahlen begleitet wurden, sondern insbesondere auch, dass hierbei wieder zunehmend auf ökonomische Modelle zurückgegriffen wurde, die eigentlich bereits als überholt (wie etwa der sogenannte Geldschöpfungsmultiplikator) oder zumindest hochgradig umstritten gelten (wie

67 Best 2022, Übers. d. MS; Paul 2009.

68 Habermas 1981b, S. 149.

die Philips-Kurve).⁶⁹ Der Verdacht liegt nahe, dass der Bezug auf solche Modelle vor allem der Immunisierung gegen Kritik dienen soll: Diese lassen Geldpolitik als das Ergebnis strenger Wissenschaft erscheinen, haben hierbei aber vor allem Größen zum Inhalt, die empirisch nicht mess- beziehungsweise beobachtbar sind und somit durch Außenstehende überprüfbar wären.⁷⁰

Isolierung von Diskursebenen

Das führt uns zur letzten Dimension systematischer Verzerrung: Der Isolierung von Diskursebenen. Wie in Abschnitt 4 erläutert, sind die Kommunikationsbarrieren hier dergestalt, dass verschiedene Diskursebenen – pragmatische, moralische und ethische – so kategorisch voneinander isoliert sind, dass es nicht länger möglich ist, eine Diskursebene in die nächsthöhere zu überführen.

Habermas' Prozessmodell politischer Willensbildung beginnt mit pragmatischen Diskursen. Im hier besprochenen Fall würde es also insbesondere um die Frage gehen, welche Maßnahmen unter den Rahmenbedingungen der Inflation zu Beginn der 2020er Jahre am effektivsten zum Erreichen des vorgegebenen Zwecks der Preisstabilität wären. Sobald aber hierbei entstehende Konflikte nicht auf der pragmatischen Ebene selbst ausgetragen werden können, muss der Diskurs prinzipiell in Form von verfahrensregulierten Verhandlungen, oder aber ethisch-politischen beziehungsweise moralischen Diskursen fortsetzbar sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn für den Konflikt nicht bloß unterschiedliche Auffassungen der genauen Beschaffenheit des zu lösenden Problems ausschlaggebend sind, sondern vielmehr tieferliegende divergierende Interessen oder Wertorientierungen.

In Bezug auf das Problem der Zinserhöhungen müsste demnach prinzipiell die Möglichkeit offenstehen, Verteilungskonflikte zwischen Gewinner*innen und Verlierer*innen von Inflation beziehungsweise Zinserhöhungen offen auszutragen, oder aber das vorgegebene Ziel der Preisstabilität selbst auf implizite Wertorientierungen hin zu überprüfen. Gerade zu Beginn der 2020er Jahre war die Inflation und deren Bekämpfung kein von anderen gesellschaftlichen Problemen abgekoppeltes, »rein monetäres« Phänomen, sondern aufs Engste mit Problemen verzahnt, die im Kern grundlegende

69 So versuchte sich bspw. Isabel Schnabel an einer Wiederbelebung des Konzepts des Geldschöpfungs- beziehungsweise Geldmengenmultiplikators (Schnabel 2023) – obwohl dieser bereits seit längerer Zeit nicht zuletzt von den großen Zentralbanken selbst als falsch ausgewiesen wurde: Vgl. Ihring, Weinbach, Wolla 2017; Bundesbank 2017; McLeay, Radia, Thomas 2014; vgl. auch Kern, Krahe 2022. Für eine Kritik an der Philips-Kurve, siehe Forder 2014 sowie Ratner, Sim 2022.

70 Tarullo 2017.

normative Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens betreffen. Nicht nur war die Inflation wesentlich durch den Ukraine-Krieg sowie die verpasste Energiewende verursacht, die die Abhängigkeit von russischem Gas verstärkte. Mehr noch bremste auch die – in ihrer Wirksamkeit umstrittene – Bekämpfung der Inflation durch höhere Zinsen dringend benötigte Investitionen aus, die den eigentlichen Inflationsursachen entgegenwirken sollten – etwa im Bereich der grünen Transformation.⁷¹ Geldpolitik betrifft nicht nur im Zusammenhang der Inflationsbekämpfung Fragen der Gerechtigkeit und des guten Lebens, sie wirkt sich auch erheblich auf Vermögensungleichheit sowie die indirekte Subventionierung CO₂-intensiver Industrien aus.⁷²

Ein Wechsel der Diskursebene, der es erlauben würde, diese Aspekte mit einzubeziehen, ist aber im Bereich von Geldpolitik systematisch blockiert. Zwar gab es im Zuge der Inflationsbekämpfung durchaus vereinzelte Forderungen, die EZB solle beispielsweise für Investitionen im Bereich der grünen Transformation günstigere Zinsen bereitstellen.⁷³ Dennoch werden derartige Vorschläge in der Regel kategorisch mit dem Hinweis abgelehnt, dass dies der EZB nicht erlaubt sei – die EZB solle, etwa in Bezug auf die Energiewende, »angesichts ihrer Unabhängigkeit und damit Abschirmung von direkter demokratischer Kontrolle die Grenzen ihres Mandats eng auslegen«.⁷⁴ Auch hier liegen die systematischen Kommunikationsbarrieren in der institutionellen Arbeitsteilung begründet, die – im Falle der EU durch die Europäischen Verträge – dem demokratischen Prozess vorgelagert ist. Während Geldpolitik durch das vorgegebene, enge Mandat der Preisstabilität *per Definition* auf die pragmatische Diskursebene beschränkt ist, sorgt die strikte Unabhängigkeit der Zentralbank umgekehrt dafür, dass Parlamente und andere politische Arenen geldpolitische Fragen komplett ausblenden. Wir befinden uns, wie Leah Downey in ihrer kürzlich erschienenen Studie schreibt, in einer Konstellation mit einer »Gesetzgebung, die keine Verantwortung für Geldpolitik übernehmen will, und einer Zentralbank, die mit Politik nichts zu tun haben will«.⁷⁵ Ethisch-politische oder moralische Diskurse über geldpolitische Entscheidungen sind somit weder in der Geldpolitik, noch in der Fiskalpolitik möglich – sie haben keinen *institutionellen Ort*.

71 Aguila, Wullweber 2024; Flowers, Martin 2024; Kriwoluzky, Volz 2023; van t Klooster 2022. Ebenso stieg die Belastung durch Zinszahlungen der Staatshaushalte durch die Zinswende sprunghaft an, was in der Folge zu deutlichen Einsparzwängen an anderen Stellen führte (Knight 2023).

72 Van t Klooster, Fontan 2020; Matikainen, Campiglio, Zenghelis 2017; Fontan, Claveau, Dietsch 2016; Bank of England 2012.

73 Van t Klooster 2022; Kriwoluzky, Volz 2023

74 Fuest 2021.

75 Downey 2025, S. 99, Übers. d. MS.

6. Fazit und Ausblick

Mit Habermas gegen Habermas wurde dafür argumentiert, dass Geld und Geldpolitik nicht einfach als »entsprachlichte« Phänomene verstanden werden sollten, sondern vielmehr in Formen von Kommunikation eingebettet sind, die sich mit Habermas als *systematisch verzerrt* beschreiben lassen. Diese Sichtweise ließ sich anhand der geldpolitischen Debatten, welche die Inflation zu Beginn der 2020er Jahre begleiteten, plausibilisieren: Politische Debatten über Geldpolitik wurden demzufolge nicht bloß durchs administrative System verdrängt (Abschnitt 5.1.), sondern waren vielmehr auch dort, wo sie stattfanden, in ihrer internen Struktur gestört: Zum einen, indem Geltungsansprüche systematisch vor ihrer effektiven Infragestellung abgeschirmt wurden (5.2.), zum anderen, indem ein Wechsel von der pragmatischen auf die ethisch-politische Debattenebene strukturell blockiert war (5.3.).

Ich möchte mit einem kurzen Ausblick schließen, der den Mehrwert einer solchen Perspektive aufzeigt: Dass zeitgenössische Geldpolitik an einem Demokratiedefizit krankt, ist ein Vorwurf, der in bemerkenswerter Regelmäßigkeit erhoben wird. Die genaue Natur dieses Defizits bleibt allerdings zumeist notorisch vage. Die hier vorgeschlagene Konzeption systematisch verzerrter Kommunikation könnte es erlauben, die Diagnose des Demokratiedefizits von Geldpolitik präziser zu formulieren: Undemokratisch wäre demnach nicht bloß die Tatsache, dass Zentralbanker*innen nicht gewählt sind, ebenso wenig wären geldpolitische Maßnahmen nur deswegen illegitim, weil sie den Kompetenzbereich einer vermeintlich von Natur aus unpolitischen Behörde überschreiten. Das Demokratiedefizit von Geldpolitik hätte vielmehr einen wesentlichen *kommunikativen Kern*: Indem bereits auf institutioneller Ebene die Möglichkeit blockiert wird, Diskurse über Geldpolitik zu führen, welche die kritische Überprüfung von Geltungsansprüchen sowie einen Wechsel der Diskursebene von pragmatischen hin zu ethisch-politischen Diskursen erlauben würden, stellt Geldpolitik eine besonders gewichtige Form von »selbstprogrammierender« administrativer Macht dar. Freilich müsste eine solche Perspektive viel stärker mit Habermas' Rechts- und Demokratietheorie verschränkt werden, als das hier geschehen konnte. Die Richtung, die ein solcher Ansatz verfolgen würde, scheint aber klar: Es genügt demnach nicht – etwa im Sinne eines Modells horizontaler *checks and balances* – den Status Quo um zusätzliche Rechenschaftspflichten, genaueres Monitoring oder verstärkte geldpolitische Kommunikation zu ergänzen.⁷⁶ Entscheidend wäre vielmehr, dass Fragen über die legitimen Ziele, Mittel und Rahmenbedingungen von Geldpolitik nicht

76 So hingegen Tucker 2019.

dem demokratischen Prozess vorgelagert sind, sondern insbesondere in denjenigen Arenen stattfinden, welche die notwendigen kommunikativen Ressourcen besitzen, jene grundlegenden ethisch-politischen Diskurse überhaupt zu führen – allen voran Parlamente und die Legislative.⁷⁷

Literatur

- Aguila, Nicolás; Wullweber, Joscha 2024. »Greener and cheaper: green monetary policy in the era of inflation and high interest rates«, in *Eurasian Economic Review* 14, 1, S. 39–60.
- Azmanova, Albena 2014. »Crisis? Capitalism is Doing Very Well. How is Critical Theory?«, in *Constellations* 21, 3, S. 351–365.
- Azmanova, Albena 2019. »Late Capitalism«, in *The Cambridge Habermas Lexicon*, hrsg. v. Allen, Amy; Mendieta, Eduardo, S. 230–234. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bañbura, Marta; Bobeica, Elena; Martinez Hernandez, Catalina 2023. »What drives core inflation? The role of supply shocks«, in *ECB Working Paper Series*, 2875.
- Bank of England 2012. »The distributional effects of asset purchases«, in *Bank of England Quarterly Bulletin* 52, 3, S. 254–266.
- Beckert, Jens 2018. *Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Bernoth, Kerstin; Fratzscher, Marcel 2022. »Die EZB-Geldpolitik in der Zwickmühle«, in *Wirtschaftsdienst* 102, 6, S. 423–425.
- Best, Jacqueline 2022. »Uncomfortable knowledge in central banking: Economic expertise confronts the visibility dilemma«, in *Economy and Society* 51, 4, S. 559–583.
- Biskamp, Floris 2019. »Ideologiekritik als Kritik systematisch verzerrter Kommunikationsbedingungen: Zum ideologiekritischen Potenzial der Habermas'schen Theorie«, in *Ideologie, Kritik, Öffentlichkeit: Verhandlungen des Netzwerks Kritische Kommunikationswissenschaft*, S. 66–84: Leipzig University.
- Braun, Benjamin 2016. »Speaking to the people? Money, trust, and central bank legitimacy in the age of quantitative easing«, in *Review of International Political Economy* 23, 6, S. 1064–1092.
- Braun, Benjamin; Downey, Leah 2020. *Against Amnesia: Re-Imagining Central Banking*. Zürich.
- Bundesbank 2017. »The role of banks, non-banks and the central bank in the money creation process«, in *Monthly Report*, 4.
- Callon, Michel (Hrsg.) 1998. *The laws of the markets*. Oxford: Blackwell.
- Celikates, Robin 2019. »Systematically Distorted Communication«, in *The Cambridge Habermas Lexicon*, hrsg. v. Allen, Amy; Mendieta, Eduardo, S. 438–439. Cambridge: Cambridge University Press.
- Chambers, Samuel A. 2023. *Money has no value*. Berlin: De Gruyter.
- Condon, Roderick 2021. »Reframing Habermas's colonization thesis: Neoliberalism as relinguistication«, in *European Journal of Social Theory* 24, 4, S. 507–525.
- Davidson, Paul 1972. »Money and the Real World«, in *The Economic Journal* 82, 325, S. 101.
- Davidson, Paul 1982. »Rational Expectations: A Fallacious Foundation for Studying Crucial Decision-Making Processes«, in *Journal of Post Keynesian Economics* 5, 2, S. 182–198.
- Desan, Christine 2014. *Making money. Coin, currency, and the coming of capitalism*. Oxford: Oxford Univ. Press.

⁷⁷ Vorschläge in dieser Richtung wären beispielsweise Eric Monnets *European Credit Council* (Monnet 2021) Leah Downeys *Preferred Asset Taxonomy* (Downey 2025) oder auch parlamentarischer Kontrolle darüber, wie die EZB ihr Sekundärmandat auslegen sollte (van't Klooster, Boer 2023).

- Dodd, Nigel 2005. *The Sociology of Money. Economics, reason and contemporary society*. Oxford: Polity Press.
- Downey, Leah 2025. *Our money. Monetary policy as if democracy matters*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- Eurich, Marina 2023. »Konjunkturschlaglicht: Investitions- und Konsumgüternachfrage bei steigenden Zinsen«, in *Wirtschaftsdienst* 103, 8, S. 579–580.
- EZB 2022. *Wir haben die Zinssätze angehoben. Was bedeutet das für Sie?* Frankfurt. https://web.archive.org/web/20220727142817/https://www.ecb.europa.eu/ecb/educational/explainers/tell-me-more/html/interest_rates.de.html.
- Feichtner, Isabel 2016. »Public Law’s Rationalization of the Legal Architecture of Money: What Might Legal Analysis of Money Become?«, in *German Law Journal* 17, 5, S. 875–906.
- Ferreira, Vicente; Abreu, Alexandre; Louçã, Francisco 2025. »The rise and fall of inflation in the Euro Area (2021–2024): A heterodox perspective«, in *Structural Change and Economic Dynamics* 72, S. 103–110.
- Finlayson, James G.; Rees, Dafydd H. 2023. »Jürgen Habermas«, in *Stanford Encyclopedia of Philosophy*.
- Flowers, Simon; Martin, Peter 2024. *How higher interest rates could hold up energy transition investment*. <https://www.weforum.org/stories/2024/06/energy-transition-investment-interest-rates/>.
- Fontan, Clément; Claveau, François; Dietsch, Peter 2016. »Central banking and inequalities«, in *Politics, Philosophy & Economics* 15, 4, S. 319–357.
- Forder, James 2014. *Macroeconomics and the Phillips Curve myth*. Oxford: Oxford Univ. Press.
- Fratzscher, Marcel 2022. *Die EZB riskiert mit aggressiver Kommunikation ihre Glaubwürdigkeit: Kommentar: DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*.
- Frydman, Roman; Goldberg, Michael D. 2011. *Beyond mechanical markets. Asset price swings, risk, and the role of the state*. Princeton: Princeton University Press.
- Fuest, Clemens 2021. *Vorteile der Arbeitsteilung gelten auch in der Wirtschaftspolitik: Der Green New Deal*. <https://www.ifo.de/node/60565>.
- Fuest, Clemens 2022. »Ifo-Präsident Fuest kritisiert Zinserhöhung der EZB als zu niedrig«, in *Handelsblatt*.
- Gabor, Daniela; Vestergaard, Jakob 2016. *Towards a Theory of Shadow Money*. https://www.ineteconomics.org/uploads/papers/Towards_Theory_Shadow_Money_GV_INET.pdf.
- Ganßmann, Heiner 1986. »Geld – ein symbolisch generalisiertes Medium der Kommunikation?«, in *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 16, 63, S. 6–22.
- Habermas, Jürgen 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1976. *Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1981a. *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1981b. *Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1982. *Zur Logik der Sozialwissenschaften*. 5. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1986. »Entgegnung«, in *Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas’ »Theorie des kommunikativen Handelns«*, hrsg. v. Honneth, Axel; Joas, Hans, S. 327–405. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1994. *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen 1997. *Erläuterungen zur Diskursethik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heimberger, Philipp 2022. »The ECB should not hike interest rates«, in *International Politics and Society* 2022.
- Hickel, Rudolf 2022. »Handlungsdruck und Symbolpolitik«, in *Frankfurter Rundschau* 2022.

- Hockett, Robert; Saule T. Omarova 2017. »The Finance Franchise«, in *Cornell Law School Legal Studies Research Paper Series*, 102, S. 1144–1218.
- Holmes, Douglas R. 2014. *Economy of words. Communicative imperatives in central banks*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Honneth, Axel 1985. *Kritik der Macht. Reflexionsstufen einer kritischen Gesellschaftstheorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Honneth, Axel; Joas, Hans (Hrsg.) 1986. *Kommunikatives Handeln. Beiträge zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns«*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ihring, Jane; Weinbach, Gretchen; Wolla, Scott 2017. *Teaching the Linkage Between Banks and the Fed: R.I.P. Money Multiplier*. <https://www.stlouisfed.org/publications/page-one-economics/2021/09/17/teaching-the-linkage-between-banks-and-the-fed-r-i-p-money-multiplier>.
- Illing, Gerhard 2022. »Inflationsgefahr im Euroraum — wie gelingt eine sanfte Landung?«, in *Wirtschaftsdienst* 102, 6, S. 430–433.
- Ingham, Geoffrey K. 2004. *The nature of money* Geoffrey Ingham: Blackwell.
- James, Aaron 2024. »Kant, Innes, and the Copernican Turn in Monetary Theory«, in *The Palgrave Handbook of Philosophy and Money: Volume 2: Modern Thought*, hrsg. v. Tinguely, Joseph J., S. 225–240. Cham: Springer International Publishing.
- Kaczmarczyk, Patrick 2022. »Interest rate hikes are not the answer to Europe's inflation problem«, in *LSE Blogs* 2022.
- Kempf, Victor 2023. »Die Öffentlichkeit im Modus systematisch verzerrter Kommunikation. Mit Habermas über ihn hinaus«, in *Entgrenzte Öffentlichkeit*, hrsg. v. Jung, Simone; Kempf, Victor, S. 195–226. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Kern, Florian; Krahe, Max 2022. »Der leise Tod der Geldmengensteuerung: Ende eines Irrwegs«, in *Geldbrief*.
- Kim, Amy 2014. »The Vicissitudes of Critique: The Decline and Reemergence of the Problem of Capitalism«, in *Constellations* 21, 3, S. 366–381.
- Knapp, Georg F. 1905. *Staatliche Theorie des Geldes*. Leipzig: Duncker & Humboldt.
- Knight, Ben 2023. »Was wurde aus den 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr?«, in *Deutsche Welle*.
- Kriwoluzky, Alexander; Volz, Ulrich 2023. *Höhere Zinsen sind Gift für grünen Wandel der Wirtschaft: Kommentar*: DIW – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Krugman, Paul 2021. »Wonking Out: I'm Still on Team Transitory«, in *New York Times* 2021.
- Lagarde, Christine; Guindos, Luis de 2022. *Erklärung zur Geldpolitik*. Frankfurt.
- Lerner, Abba P. 1947. »Money as a Creature of the State«, in *The American Economic Review* 37, 2, S. 312–317.
- Lotz, Christian 2024. »Money in Critical Theory: Pollock, Adorno, Habermas«, in *The Palgrave Handbook of Philosophy and Money: Volume 2: Modern Thought*, hrsg. v. Tinguely, Joseph J., S. 621–637. Cham: Springer International Publishing.
- MacKenzie, Donald A. 2006. *An engine, not a camera. How financial models shape markets*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Matikainen, Sini; Campiglio, Emanuele; Zenghelis, Dimitri 2017. *The climate impact of quantitative easing*. <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/the-climate-impact-of-quantitative-easing/>.
- McCarthy, T. 1978. *The Critical Theory of Jürgen Habermas*. Cambridge: MIT Press.
- McLeay, Michael; Radia, Amar; Thomas, Ryland 2014. »Money creation in the modern economy«, in *Bank of England. Quarterly Bulletin* 54, 1, S. 14–27.
- Mehrling, Perry 2011. *The New Lombard Street. How the Fed Became the Dealer of Last Resort*. Princeton: Princeton University Press.
- Mehrling, Perry 2017. »Financialization and its discontents«, in *Finance and Society* 3, 1, S. 1–10.
- Monnet, Eric 2021. *New central banking calls for a European Credit Council*. <https://cepr.org/voxeu/columns/new-central-banking-calls-european-credit-council> (Zugriff vom 31.05.2024).
- Murau, Steffen; Pforr, Tobias 2025. »Shadow Money in the History of Monetary Thought«, in *Review of Political Economy* 37, 4, S. 1664–1680.

- Nauschnigg, Franz 2022. »Inflation bekämpfen durch Senkung der Monopolrenten«, in *Wirtschaftsdienst* 102, 6, S. 446–448.
- Nullmeier, Frank 2009. »Spätkapitalismus und Legitimation – Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (1973)«, in *Habermas-Handbuch*, hrsg. v. Brunkhorst, Hauke et al., S. 188–198. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Paul, Axel 2009. »Die Unverfügbarkeit des Geldes und die Rolle der Zentralbanken«, in *Neue Herausforderungen der Wirtschaftssoziologie*, hrsg. v. Beckert, Jens; Deutschmann, Christoph, S. 243–265. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.
- Pettifor, Ann 2018. *Die Produktion des Geldes. Ein Plädoyer wider die Macht der Banken*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pistor, Katharina 2017. »Moneys' legal hierarchy«, in *Just Financial Markets?: Finance in a Just Society*, hrsg. v. Herzog, Lisa, S. 0: Oxford University Press.
- Ratner, David; Sim, Jae 2022. »Who Killed the Phillips Curve? A Murder Mystery«, in *Finance and Economics Discussion Series* 2022, 028, S. 1–36.
- Reichelt, Helmut 2013. *Neue Marx-Lektüre. Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Logik*. 2. Aufl. Freiburg im Breisgau: Ça ira.
- Reis, Ricardo 2021. »Losing the Inflation Anchor«, in *Brookings Papers on Economic Activity*, S. 307–361.
- Sahr, Aaron 2017. *Das Versprechen des Geldes. Eine Praxistheorie des Kredits*. Hamburger: Hamburger Edition HIS.
- Sahr, Aaron 2018a. »Sind Banken Distributoren oder Produzenten von Geld?«, in *Finanzmarktsoziologie: Entscheidungen, Ungewissheit und Geldordnung*, hrsg. v. Beyer, Jürgen; Senge, Konstanze, S. 201–215. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Sahr, Aaron 2018b. *Ungleichheit auf Knopfdruck. Die Spielregeln des Keystroke-Kapitalismus*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sahr, Aaron 2022. *Die monetäre Maschine. Eine politische Theorie des Geldes*. München: C.H.Beck.
- Schnabel, Isabel 2023. *Die Geldmenge lieber nicht ausblenden*. Frankfurt.
- Schumpeter, Joseph 1997. *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmervergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. 9. Aufl. Berlin: Duncker et Humblot.
- Şener, Ulaş 2014. *Die Neutralitätstheorie des Geldes. Ein kritischer Überblick*. Potsdam: Univ.-Verl.
- Stiglitz, Joseph 2022. »All Pain and No Gain from Higher Interest Rates«, in *Project Syndicate*.
- Stiglitz, Joseph 2023. *A Victory Lap for the Transitory Inflation Team*. <https://rooseveltinstitute.org/blog/a-victory-lap-for-the-transitory-inflation-team/>.
- Stiglitz, Joseph E.; Regmi, Ira 2023. »The causes of and responses to today's inflation«, in *Industrial and Corporate Change* 32, 2, S. 336–385.
- Strecker, David 2012. *Logik der Macht. Zum Ort der Kritik zwischen Theorie und Praxis*. Göttingen: Velbrück Wissenschaft.
- Streeck, Wolfgang 2013. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Streeck, Wolfgang 2015. »Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen«, in *Leviathan* 43, 3, S. 365–387.
- Tarullo, Daniel 2017. »Monetary Policy Without a Working Theory of Inflation«, in *Hutchins Center Working Paper*, 33.
- Tooze, Adam 2020. »The Death of the Central Bank Myth«, in *Foreign Policy*.
- Tucker, Paul 2019. *Unelected power. The quest for legitimacy in central banking and the regulatory state*. Princeton, Oxford: Princeton University Press.
- van 't Klooster, Jens 2022. *The European Central Bank's strategy, environmental policy and the new inflation: a case for interest rate differentiation*. <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/the-european-central-banks-strategy-environmental-policy-and-the-new-inflation/>.
- van 't Klooster, Jens; Boer, Nik de 2023. »What to Do with the ECB's Secondary Mandate«, in *JCMS: Journal of Common Market Studies* 61, 3, S. 730–746.

- van 't Klooster, Jens; Fontan, Clément 2020. »The Myth of Market Neutrality: A Comparative Study of the European Central Bank's and the Swiss National Bank's Corporate Security Purchases«, in *New Political Economy* 25, 6, S. 865–879.
- WD 2023. *Ursachen und Treiber der Inflation*. Berlin.
- Weber, Isabella M. et al. 2024. »Inflation in times of overlapping emergencies: Systemically significant prices from an input–output perspective«, in *Industrial and Corporate Change* 33, 2, S. 297–341.
- Weber, Isabella M.; Wasner, Evan 2023. *Sellers' Inflation, Profits and Conflict: Why can Large Firms Hike Prices in an Emergency?*: University of Massachusetts Amherst.
- Wray, Randall L. 2015. *Modern money theory. A primer on macroeconomics for sovereign monetary*. New York: Palgrave Macmillan.
- Wullweber, Joscha 2020. *Zentralbankkapitalismus. Die Struktur des Finanzsystems in Post-krisenzeiten*. Berlin: Suhrkamp.

Zusammenfassung: In diesem Aufsatz argumentiere ich für die These, dass Geld und Geldpolitik nicht als »entsprachlichte« Phänomene verstanden werden sollten, sondern vielmehr in Formen von Kommunikation eingebettet sind, die sich mit Habermas als *systematisch verzerrt* beschreiben lassen. Diese Sichtweise wird anhand der geldpolitischen Debatten plausibilisiert, welche die Inflation zu Beginn der 2020er Jahre begleiteten.

Stichworte: Geldpolitik, Habermas, Systematisch verzerrte Kommunikation, Inflation

Systematically distorted: Habermas and debates on monetary policy

Summary: In this essay, I argue that money and monetary policy should not be understood as »de-linguistified« phenomena, but rather as embedded in forms of communication that, following Habermas, can be described as *systematically distorted*. This view is exemplified by the monetary policy debates that accompanied inflation at the beginning of the 2020s.

Keywords: monetary policy, Habermas, systematically distorted communication, democratic legitimacy

Autorenangaben:

Max Strietholt
 Universität Trier
 Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte
 Universitätsring 15
 54296 Trier
 strietholt@uni-trier.de



© Max Strietholt

Anpassungsstrategien russischer WissenschaftlerInnen unter den Bedingungen des modernen Autoritarismus: Dynamik 2022–2024

1. Einleitung

Unmittelbar nach der Invasion der Ukraine wurden die russischen Universitäten einem intensiven staatlichen Kontrollregime unterworfen und entwickelten sich zu einer zentralen Kampfzone für die Sicherung der politischen Loyalität von WissenschaftlerInnen und Studierenden gleichermaßen. In dieser Phase etablierten sich weit verbreitete Praktiken, darunter die Verfolgung abweichender WissenschaftlerInnen, zunehmende Restriktionen wissenschaftlicher Publikationen und des öffentlichen Diskurses sowie institutionelle Loyalitätsprogramme. Bemerkenswerte Beispiele hierfür sind der »Appell des Russischen Rektorenverbandes«¹ zur Unterstützung der Invasion sowie koordinierte Unterschriftensammlungen in Fakultäten und Instituten, die die »militärische Spezialoperation« befürworten. Um den staatlichen Einfluss weiter zu verstärken, wurde seit September 2023 landesweit ein politisierter akademischer Kurs mit dem Titel »Grundlagen russischer Staatlichkeit« eingeführt.² Die internationale Isolation der russischen Wissenschaft, insbesondere infolge des formellen Ausschlusses Russlands aus dem Bologna-Prozess im April 2022 und des Zusammenbruchs der Kooperation mit westlichen Institutionen, hat diesen Druck zusätzlich verstärkt.³

In diesem Beitrag geht es mir um die Frage, wie sich WissenschaftlerInnen an die Arbeit unter solchen Bedingungen eines erhöhten politischen Drucks und struktureller Risiken anpassen. Forschende, die sich mit der russischen Hochschulbildung beschäftigen, dokumentierten die zunehmende Relevanz und Umsetzung von Strategien wie der Aufrechterhaltung multipler Identitäten, der Teilhabe an informellen beziehungsweise para-akademischen Gemeinschaften, der Selbstzensur sowie der bewussten Vermeidung politisch sensibler Themen.⁴ Weniger Beachtung fanden hingegen

1 *Russian rectors' union echoes Kremlin propaganda on Ukraine* (2022). <https://www.timeshighereducation.com/news/russian-rectors-union-echoes-kremlin-propaganda-ukraine>. Original (russ.): <https://tsr-online.ru/news/2022/3/4/obrashenie-rossijskogo-soyuza-ektorov/> (Zugriff vom 27.03.2026).

2 Kortukov; Waller 2024, Yatluk; Khukalenko 2025.

3 van Noorden 2023.

4 Potapova 2022, Torkanovsky 2024, Matveev; Roshchin 2024, Yatluk; Khukalenko 2025.

andere potenzielle Anpassungsformen und -mechanismen – darunter die politische Indoktrination unter WissenschaftlerInnen, die Entwicklung politischer Konformität, die Rationalisierung autoritärer Politiken sowie die aktive Mitwirkung an politisierten institutionellen Praktiken. Angesichts des langanhaltenden Feldzugs und der dadurch ausgelösten umfassenden Verschiebung staatlicher Politik stellt sich außerdem die wesentliche Frage, welche professionellen Überlebensstrategien und politischen Einstellungen sich AkademikerInnen unter solch repressiven Bedingungen aneigneten. Das Ziel der vorliegenden Untersuchung ist es daher, die Anpassungs- und Überlebensstrategien russischer WissenschaftlerInnen sowie die Veränderung der Auswahl dieser Strategien in den vergangenen Jahren des Krieges gegen die Ukraine (2022–2024) systematisch zu analysieren.

Die Studie beruht auf einem *qualitativen Forschungsdesign*, das einen narrativen Zugang mittels halbstrukturierter Interviews verfolgt. Diese Methodik ermöglicht eine vertiefte Exploration der gelebten Erfahrungen und individuellen Perspektiven von WissenschaftlerInnen, die unter den gegenwärtigen Zwängen der russischen Universitäten tätig sind. Das empirische Material umfasst 30 narrative Interviews mit 15 WissenschaftlerInnen, die in 2 Erhebungswellen zwischen Winter 2022 und Frühjahr 2023 beziehungsweise im Sommer 2024 durchgeführt wurden.

Vorliegende Untersuchung will einen Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte über die Anpassungsstrategien russischer AkademikerInnen an langanhaltende Bedingungen von Unfreiheit und politischem Druck leisten und soll damit die umfassendere Diskussion zur gesellschaftlichen Anpassung Russlands an Krieg und Autoritarismus ergänzen.

Der Text ist dabei wie folgt gegliedert: Zunächst skizziere ich den theoretischen Rahmen zur Analyse der Anpassungsstrategien von WissenschaftlerInnen unter den Bedingungen von Unfreiheit und Politisierung an Universitäten. Darauf folgt die Beschreibung der Forschungsmethodik, und im Anschluss werden die Ergebnisse präsentiert. Der Artikel schließt mit einer Diskussion dieser Befunde und einem zusammenfassenden Fazit.

2. Anpassungsstrategien von WissenschaftlerInnen unter politischem Druck

Vor dem Hintergrund von Autoritarismus, Einschränkungen individueller und akademischer Freiheiten, politischem Druck sowie drohender Repression haben WissenschaftlerInnen in Russland eine Reihe von Strategien entwickelt, die auf professionelles Überleben und widerständiges Verhalten abzielen. Diese Strategien variieren hinsichtlich ihres Grades an Politisierung und ihres Widerstandspotenzials, lassen sich jedoch in verschiedenen natio-

nalen Kontexten beobachten, in denen die akademische Freiheit und die institutionelle Autonomie der Hochschulen untergraben werden.

Die doppelte Identität stellt eine zentrale Strategie des professionellen Überlebens und stillen Widerstands dar, die insbesondere in repressiven Kontexten Anwendung findet. WissenschaftlerInnen, die diesem Modus folgen, demonstrieren nach außen hin loyales Verhalten, bewahren jedoch im Inneren ihre kritische Haltung und die Ablehnung dominanter ideologischer Narrative. Dazu zählen ein zurückhaltendes institutionelles Auftreten, vorsichtige öffentliche Kommunikation, die subtile Verteidigung akademischer Werte, diskrete Formen des Dissenses sowie die Förderung kritischen Denkens unter Studierenden.⁵ Im gegenwärtigen Russland stellt die doppelte Identität häufig die einzige praktikable Form des Widerstands innerhalb universitärer Strukturen dar. Zeitgenössische Ausprägungen doppelter Identität manifestieren sich unter anderem im Einsatz rhetorischer Mittel wie Ironie, Allegorien, Metaphern und Anspielungen sowie in der bewussten Förderung reflexiver Diskussionen im Lehrkontext.⁶

Die Logik dieser Praxis weist dabei deutliche Parallelen zu Alexei Yurchaks Analyse des späten Sowjetsystems auf. Yurchak beschreibt darin eine Form der ideologischen Reproduktion, in der AkteurInnen die Regeln für offizielle Diskurse und Praktiken routiniert erfüllen, ohne deren Inhalte als bindend oder glaubwürdig zu internalisieren.⁷ Diese formale Loyalität ermöglichte es, innerhalb eines repressiven, zugleich jedoch strukturell stabilen Systems professionelle und soziale Handlungsspielräume zu bewahren. Im Rahmen meiner Studie ist dieser Ansatz jedoch nur eingeschränkt übertragbar: Während Yurchak von einem Zustand relativer Systemstabilität ausgeht, sind WissenschaftlerInnen im gegenwärtigen Russland mit einer Situation permanenter politischer Eskalation, wachsender Repressionsrisiken und institutioneller Unsicherheit konfrontiert. Vor diesem Hintergrund stellt sich somit die Frage, inwieweit diese Strategie unter den gegenwärtigen russischen Bedingungen noch wirksam ist und welche Auswirkungen sie auf die Mechanismen der Internalisierung von Loyalität hat.

Selbstzensur, wenngleich weniger widerständig orientiert, hat sich zu einer essenziellen Überlebensstrategie entwickelt. Sie umfasst die bewusste Vermeidung politisch sensibler Themen in Forschung und Lehre sowie im öffentlichen Diskurs, um potenzielle politische, institutionelle oder reputationsbezogene Risiken zu minimieren.⁸ Infolge verschärfter Repressionen wenden sich zahlreiche russische WissenschaftlerInnen der sogenannten

5 Connelly; Grüttner 2005, Baser et al. 2017, Oleksiyenko 2021, Petrov et al. 2023.

6 Potapova 2022, Yatluk; Khukalenko 2025.

7 Yurchak 2006.

8 Said 1994, Connelly; Grüttner 2005, Sharshenova 2024.

»reinen Wissenschaft« zu, um sich gegenüber externen Zwängen abzugrenzen und zugleich ihre berufliche Identität zu wahren.⁹

Doppelte Identität und Selbstzensur weisen strukturelle Gemeinsamkeiten auf: Beide beruhen auf äußerer Konformität bei innerer Distanzierung. Unter Bedingungen dauerhaft erhöhten Drucks kann sich diese *äußere Konformität* jedoch schrittweise in *innere Konformität* transformieren – ein Prozess, in dem Individuen nicht nur öffentlich zustimmen, sondern zunehmend die ursprünglich abgelehnten ideologischen Konzepte internalisieren. Der psychologische Mechanismus der Rationalisierung spielt in dieser Dynamik eine zentrale Rolle.¹⁰

Rationalisierung fungiert als kognitiver Schutzmechanismus, durch den Individuen Verhaltensweisen rechtfertigen, die ihren inneren Überzeugungen widersprechen, um kognitive Dissonanzen zu reduzieren. Wiederholte Rechtfertigung kann langfristig zur Verinnerlichung vormals abgelehnter Überzeugungen führen und oberflächliche Zustimmung in genuine ideologische Identifikation überführen.¹¹ Auf diese Weise kann sich die zunächst nur deklarierte Loyalität schrittweise in authentische Akzeptanz der ideologischen Grundlagen eines autoritären Regimes wandeln. Obwohl dieses Phänomen in der Forschung zur zeitgenössischen russischen Wissenschaft bislang weitgehend unbeachtet geblieben ist, weisen zahlreiche AutorInnen, die akademisches Handeln unter autoritären Bedingungen analysieren, auf die potenzielle Gefahr einer solchen schleichenden Internalisierung ursprünglich opportunistisch übernommener Ideen hin.¹²

Eine weitere Form des Widerstands manifestiert sich in der Bildung *para-akademischer Gemeinschaften*. Diese informellen Netzwerke, häufig initiiert von WissenschaftlerInnen im Exil oder von jenen, die innerhalb autoritärer Kontexte marginalisiert wurden, dienen als Plattformen für kontinuierliche intellektuelle Arbeit jenseits staatlicher Kontrolle. Para-akademische Netzwerke operieren oftmals transnational, stützen sich auf digitale Infrastrukturen, Solidaritätsnetzwerke sowie institutionelle Partnerschaften und ermöglichen somit Räume akademischer Freiheit und kritischen Austauschs.¹³ Sie sind nicht nur für das individuelle berufliche Fortbestehen essenziell, sondern auch für die Erhaltung pluraler Wissensproduktion unter Bedingungen ideologischer Homogenisierung.

Im russischen Kontext lassen sich verschiedene Typen para-akademischer Initiativen identifizieren: (1) autorenzentrierte Plattformen, etwa Blogs und

9 Yusupova 2023, Zavadskaya; Gerber 2023.

10 Knoll 2020, Buckley 2024.

11 Mulder; van Dijk 2020, De Pieri 2023.

12 Detzen; Hoffmann 2019, Neundorf et al. 2024.

13 Wardrop; Withers 2014, Blois 2020, Axyonova et al. 2022.

Telegram-Kanäle, die von WissenschaftlerInnen im In- und Ausland betrieben werden, (2) Solidaritätsgemeinschaften, die von informellen Gruppenchats bis zu formelleren Plattformen wie *Academic Bridges* reichen, sowie (3) kollektive Bildungs- und Forschungsprojekte,¹⁴ darunter die *Freie Universität*¹⁵, und das *Independent Institute of Philosophy*.¹⁶ Es ist jedoch zu betonen, dass die meisten dieser Initiativen aktuell ausschließlich digital agieren.

Die Analyse der Reaktionen russischer WissenschaftlerInnen auf die Politisierung der Hochschullandschaft sowie auf die Herausforderungen internationaler Isolation erfordert daher eine differenzierte Betrachtung sowohl offener und verdeckter Widerstandsformen als auch jener subtileren Mechanismen, die verstärkt ideologische Anpassung und politischen Konformismus hervorbringen. Die mögliche Rationalisierung und schrittweise Akzeptanz zuvor zurückgewiesener Ideen könnten eine grundlegende Verschiebung im Feld akademischen Handelns unter autoritären Bedingungen markieren bedeuten – eine Entwicklung, die sorgfältiger wissenschaftlicher Aufmerksamkeit bedarf.

3. Forschungsmethodologie

Die vorliegende Studie basiert auf einem qualitativen Forschungsdesign, das durch die Heranziehung halbstrukturierter Interviews einen narrativen Ansatz integriert. Hauptkriterium für die Aufnahme in die Stichprobe war eine Festanstellung an einer russischen Universität. Darüber hinaus wurden fünf ergänzende Auswahlkriterien definiert:

Berufserfahrung. Die teilnehmenden WissenschaftlerInnen mussten zum Zeitpunkt des russischen Angriffs auf die Ukraine im Jahr 2022 mindestens ein volles akademisches Jahr an einer Hochschule tätig gewesen sein. Dieses Kriterium gewährleistete eine Vertrautheit mit dem universitären Umfeld vor Kriegsbeginn und ermöglichte eine reflektierte vergleichende Einschätzung institutioneller Veränderungen.

14 Torkanovsky 2024, Matveev; Roshchin 2024.

15 Free University ist ein unabhängiges Online-Bildungsprojekt, das 2020 von russischen Wissenschaftlern im Exil gegründet wurde. Es bietet Kurse in den Geistes- und Sozialwissenschaften an und fördert die akademische Freiheit, vergibt jedoch keine staatlich anerkannten Abschlüsse. <https://freeuniversity.education/?lang=en> (Zugriff vom 28.03.2026).

16 Das Independent Institute of Philosophy ist eine internationale Vereinigung von Gelehrten in Philosophie, Geistes- und Sozialwissenschaften, die 2022 von im Exil lebenden russischen Philosophen gegründet wurde. Sie fördert die freie philosophische Forschung, die kritische Analyse zeitgenössischer Probleme, Seminare, Workshops und Publikationen sowie Zusammenarbeit und Austausch unter WissenschaftlerInnen weltweit, ohne staatliche Einschränkungen. <https://independentphilosophers.com/en> (Zugriff vom 28.03.2026).

Akademische Qualifikation. Alle InterviewpartnerInnen verfügten über einen akademischen Abschluss – entweder den Grad *Kandidat der Wissenschaften* (das russische Äquivalent zur Promotion) oder den des *Doktors der Wissenschaften* (das russische Äquivalent zur Habilitation) –, der spätestens ein akademisches Jahr vor der Invasion erreicht worden war. Diese Voraussetzung stellte sicher, dass die Befragten als außerordentliche oder ordentliche ProfessorInnen tätig waren, regelmäßig Lehrveranstaltungen abhielten und sowohl Studierende als auch Promovierende betreuten.

Fachdisziplin. Um eine multidimensionale Analyseperspektive zu ermöglichen, wurden WissenschaftlerInnen aus verschiedenen Disziplinen einbezogen, darunter Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Geistes- und Naturwissenschaften.

Geographische Verteilung. Um regionale Unterschiede zu erfassen, integrierte die Stichprobe WissenschaftlerInnen sowohl aus den »Hauptstädten« Moskau und St. Petersburg als auch aus anderen Regionen beziehungsweise der sogenannten Provinz.

Politische Einstellungen zum Krieg und zum Regime. Die Teilnehmenden wurden auf Grundlage ihrer Haltung zum Russland-Ukraine-Krieg in drei klar abgegrenzte Gruppen eingeteilt: BefürworterInnen (Personen, die den politischen Kurs der Regierung und die Aggression gegen die Ukraine unterstützen), GegnerInnen (Personen, die diesen ablehnen) und Neutrale (Personen ohne klar artikulierte Position). Diese Klassifikation trug dazu bei, die Wechselwirkungen zwischen politischen Einstellungen, beruflicher Erfahrung und institutionellen Rahmenbedingungen sichtbar zu machen.

Insgesamt nahmen 15 WissenschaftlerInnen an 200 Interviewwellen mit jeweils halbstrukturierten Gesprächen teil (insgesamt also 30 Interviews). Die erste Erhebungsphase fand zwischen Winter 2022 und Frühjahr 2023 statt, die zweite im Sommer 2024. Das halbstrukturierte Interviewformat ermöglichte eine systematische Bearbeitung zentraler Themenfelder, ließ jedoch zugleich Raum für die Erkundung kontextbezogener Aspekte. Die finale Zusammensetzung der Stichprobe – inklusive disziplinärer, regionaler und politischer Differenzierung – ist im Anhang in Tabelle 1 dokumentiert. Die erhobenen Daten wurden mittels einer thematischen Kodierung analysiert, um wiederkehrende Muster, Konvergenzen und Divergenzen in den Aussagen der Befragten zu identifizieren. Eine vollständige Liste der kodierten Interviews findet sich im Anhang in Tabelle 2.

Die gewählte Forschungsmethodik unterliegt bestimmten Einschränkungen. Erstens erlaubt das qualitative Design keine statistisch generalisierbaren Aussagen über die Gesamtheit der russischen WissenschaftlerInnen. Zweitens wurden alle Interviews mit denselben InterviewpartnerInnen geführt, die über den gesamten Untersuchungszeitraum an denselben Insti-

tutionen beschäftigt waren. Ihre Strategien zur beruflichen Bewältigung können daher auch von den spezifischen Wissenschafts- und Verwaltungskulturen ihrer jeweiligen Hochschulen geprägt sein.

4. Ergebnisse

Im Inneren russischer Universitäten

Der Themenblock zur inneruniversitären Dynamik nach dem Einmarsch in die Ukraine umfasst mehrere miteinander verknüpfte Entwicklungen: die zunehmende Politisierung des Bildungsprozesses, die Institutionalisierung ideologisch motivierter (auch akademischer) Veranstaltungen sowie die damit einhergehenden Risiken politischer Repression.

Die Interviewdaten belegen, dass sich die in der ersten Erhebungswelle zunächst vereinzelt beobachteten Veränderungen zum Zeitpunkt der zweiten Welle als strukturelle Elemente der Hochschulpraxis verankert hatten. Die *Politisierung des Bildungsprozesses* stellten dabei nicht nur oppositionelle, sondern auch regimekonforme WissenschaftlerInnen fest – ein Hinweis auf den systematischen Charakter dieser Transformation. Viele sprachen in den Interviews der ersten Welle die erwartete Einführung explizit politisierter Lehrveranstaltungen an. Ein Interviewpartner äußerte in diesem Zusammenhang:

»Ich kann nicht sagen, dass es irgendwelche ideologischen Veränderungen im Lehrplan gegeben hat. Ja, es gibt Gerüchte, dass die Universitäten etwas Analoges zu den ›Gesprächen über wichtige Dinge‹¹⁷ einführen werden, aber das sollte erst im nächsten akademischen Jahr 2023–2024 sein.« (Erste Welle; IP 5)

Diese Prognose bestätigte sich: Zum 1. September 2023 wurde der verpflichtende Kurs »Grundlagen russischer Staatlichkeit« eingeführt. Derselbe Interviewpartner kommentierte die Neuerung in der zweiten Welle folgendermaßen:

»Ja, sie haben es eingeführt. Ich unterrichte es nicht selbst – und würde es nie tun, aber ich habe ein paar Kollegen, die denken, dass sie anständige Leute sind, und sie halten Vorlesungen zu den ›Grundlagen‹. Ich habe eines der Lehrbücher gelesen, die RANEPА¹⁸ veröffentlicht hat: Es ist nur Dunkelheit! So viel Unsinn und Lüge auf jeder Seite!« (Zweite Welle; IP 5)

17 ›Gespräche über Wichtiges‹ ist ein im September 2022 eingeführtes Propagandafach in der Schule.

18 Die Russische Akademie für Volkswirtschaft und Öffentlichen Dienst (RANChiGS, eng.: RANEPА) ist eine Universität, die auf die Ausbildung in sozialökonomischen und geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen spezialisiert ist. Sie verfügt über 47 Standorte; im Bestand der Akademie befinden sich 12 Institute, 10 Bildungszentren und 65 Forschungszentren.

Ein zentrales Element dieser ideologischen Neuorientierung war die *Umdeutung der Inhalte des Geschichtsunterrichts*, insbesondere im Hinblick auf den Großen Vaterländischen Krieg. Ein Interviewpartner erklärte:

»Anscheinend ist der Krieg der Eckpfeiler und die Hauptstütze des Regimes. Dabei sind weder das Lend-Lease noch die Alliierten noch die Zeit von 1939–1941 Thema.¹⁹ Aber es gibt pseudo-historische Fiktion wie die ›Achtundzwanzig Männer Panfilows,²⁰ und ein völliges Verbot aller Versuche, irgendetwas zu überdenken oder zu analysieren.« (Erste Welle; IP 6)

InterviewpartnerInnen, die das Regime unterstützen, äußerten sich zustimmend:

»Wir hätten es schon vor langer Zeit tun sollen! Wer hat Schulbücher zur neueren Geschichte geschrieben? Deutsche und Amerikaner. Deshalb scheint es, dass die Alliierten alles getan haben und nicht die UdSSR ... Nun passt alles endlich zusammen!« (Erste Welle; IP 3)

In der zweiten Erhebungswelle war die Bezugnahme auf den Großen Vaterländischen Krieg nicht nur auf den Geschichtsunterricht beschränkt, sondern durchdrang auch andere Disziplinen wie die Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften:

»Der Große Vaterländische Krieg ist jetzt überall. Vor ein oder zwei Jahren hat das nur die HistorikerInnen genervt, aber heute kann man kaum noch Physik unterrichten ohne das Mantra ›aber wir haben den Krieg gewonnen‹. Wenn Sie zum Beispiel einen Kurs in Politikwissenschaften belegen, vergessen Sie nicht, die brillante Führung von Josef Stalin zu erwähnen ... Beim ersten Mal war es fast körperlich schmerzhaft, das zu sagen, aber mit der Zeit gewöhnt man sich daran. Es ist wie früher: Man muss nur etwas über die Wichtigkeit der Beschlüsse des letzten Parteikongresses sagen – dann kann man den Rest seiner Sitzung frei gestalten« (Zweite Welle; IP 6)

Die ersten Monate der Invasion in der Ukraine waren geprägt von der rapiden Ausweitung ideologisch geprägter akademischer und nichtakademi-

19 »Lend-Lease« bezeichnet das 1941 von den Vereinigten Staaten eingeführte Programm zur materiellen Unterstützung der Alliierten im Zweiten Weltkrieg. Auch die Sowjetunion erhielt darüber umfangreiche Lieferungen von militärischem und zivilem Material, deren Bedeutung in der sowjetischen Nachkriegsgeschichtsschreibung lange Zeit unterschätzt wurde, heute jedoch gut dokumentiert ist.

20 Nach sowjetischen Aufzeichnungen aus der damaligen Zeit wurden die sogenannten Achtundzwanzig Männer Panfilows – Soldaten der 316. Schützendivision unter dem Kommando von General Iwan Panfilow – am 16. November 1941 im Kampf getötet, nachdem sie angeblich 18 deutsche Panzer zerstört und den feindlichen Angriff gestoppt hatten. Ihnen wurde gemeinsam der Titel »Held der Sowjetunion« verliehen. Nachkriegsuntersuchungen der sowjetischen Behörden, die 1948 durchgeführt und inzwischen freigegeben wurden, ergaben jedoch, dass es sich bei dieser Geschichte um eine propagandistische Erfindung handelte.

scher Veranstaltungen an den Universitäten. Zahlreiche InterviewpartnerInnen äußerten ihre Irritation über den politischen Druck:

»Das ist absurd, aber erst neulich hat mich das Dekanat gebeten, einen Newsletter an die Studierenden zu schicken, in dem es um das bevorstehende Treffen mit einem ›Veteranen‹ geht. An diesen Veranstaltungen nimmt in der Regel eine Person in Militäruniform teil, die über den ›Faschismus‹ in der Ukraine spricht.« (Erste Welle; IP 2)

»Ende des Frühjahrs 2022 haben wir eine Konferenz organisiert. Der Abteilungsleiter bestand darauf, dass politische Themen wie der Krieg ins Programm aufgenommen werden. Als ich fragte: ›Warum sollten wir Ideologie in eine wissenschaftliche Konferenz einbeziehen?‹, war ich fassungslos über die Antwort: ›Mein Lieber, wir haben hier den Lehrstuhl für Ideologie!‹. So wurde aus dem Institut für Geschichte das Institut für Ideologie.« (Erste Welle; IP 5)

Auch hier äußerten UnterstützerInnen des Regimes ihre Zustimmung:

»In einer solchen Zeit ist der politische Geist in der Abteilung natürlich sehr wichtig.« (Erste Welle; IP 3)

Die zweite Erhebungswelle bestätigte eine deutliche Ausweitung derartiger Formate, darunter Veranstaltungen mit Militärangehörigen oder Geistlichen sowie themenspezifische Konferenzen und Foren:

»Ich erinnere mich, dass sie im Jahr 2022 noch zögerlich schienen ... Und jetzt scheint es konstant zu sein. Wenn nicht irgendein Veteran kommt, dann ist es ein Priester; wenn kein Priester, dann gibt es eine Konferenz darüber, warum wir ohne den Westen besser dran sind. Und das Wichtigste ist nicht mal der Inhalt – sondern dass die Teilnahme jetzt als Zeichen von Loyalität oder Illoyalität gilt. Es ist also eine doppelte Dynamik: mehr Veranstaltungen, und es ist gefährlicher geworden, sie zu meiden.« (Zweite Welle; IP 13)

Besonders besorgniserregend war aus Sicht vieler InterviewpartnerInnen die Einführung von Mechanismen »politischer Sicherheit« – darunter Überwachung, Befragungen und institutionelle Kontrolle. Bereits in der ersten Welle wurden Überwachungstechnologien und ideologisches Profiling als Hauptinstrumente genannt:

»Wir haben Kameras in allen Klassenzimmern, um die Vorlesungen zu überwachen – was Sie sagen und wie Sie sich verhalten. Es ist schrecklich, obwohl man sich daran gewöhnen kann. Vor Kurzem wurde eine neue Maßnahme eingeführt. Die ›Sicherheitsabteilung‹ forderte alle Mitarbeiter auf, einen Fragebogen über ihre politischen Ansichten auszufüllen, einschließlich Fragen über Verwandte im Ausland. Zum ersten Mal mit so großer Aufmerksamkeit konfrontiert zu werden, ist wirklich beunruhigend.« (Erste Welle; IP 6)

WissenschaftlerInnen mit internationalen Kontakten gerieten dabei besonders ins Visier:

»In jüngster Zeit häufen sich Strafverfahren wegen Hochverrats. Menschen wurden inhaftiert, weil sie Artikel veröffentlicht hatten, die zuvor vom FSB

genehmigt worden waren. Allein die Teilnahme an einer europäischen Konferenz oder eine Veröffentlichung im Ausland ist jetzt verdächtig.« (Erste Welle; IP 8)

Demgegenüber äußerten sich regimetreue InterviewpartnerInnen unbeeindruckt:

»Ich persönlich kenne keinen Fall, in dem jemand für eine Meinung bestraft wurde. Es scheint mir, dass das nur Gerüchte der Liberalen sind.« (Erste Welle; IP 3)

Die Interviews der zweiten Welle zeigen, dass sich die Gefahr von Repressionen verschärft. Sicherheitsbehörden verfolgen weiterhin aufmerksam die Arbeit an den Universitäten, was auch die Statistik der Repressionen gegen WissenschaftlerInnen und Intellektuelle bestätigt. So wurden zwischen 2022 und 2025 56 Straf- und 43 Verwaltungsverfahren eröffnet.²¹ Interessanterweise haben sich die WissenschaftlerInnen jedoch mit der Zeit an diese Umstände gewöhnt – sie sind schlichtweg zur Routine des universitären Alltags geworden. Eine befragte Person beschrieb dies folgendermaßen:

»Es scheint, dass es ruhiger geworden ist, als es war, aber das ist es nur auf den ersten Blick. Sie [die Unterstützer] stürzen sich nicht mehr offen auf jemanden, sondern der Vertrag eines Dozenten wird einfach nicht verlängert – und das wars. In so einem Fall ist jemand vielleicht sogar froh, dass die Person gegangen ist, und kaum jemand fragt nach dem politischen Hintergrund.« (Zweite Welle; IP 1)

Zunehmend überwachen auch »politisch aktive« Studierende die politische Loyalität von DozentInnen und verfassen Denunziationen. Dies ist eine gefährliche Entwicklung:

»Einer meiner Kollegen sagte, wenn früher die Regimetreue unter den Mitarbeitern der Fakultäten das Hauptproblem waren, sind jetzt die Studenten die größte Gefahr! Es geht nicht nur um die Kinder derjenigen, die in der Ukraine dienen beziehungsweise kämpfen, die im Rahmen der Quoten an die Universität gekommen sind. Wir sehen Studenten mit einem primitiven, sehr gefährlichen politischen Opportunismus, für die es kein Problem ist, eine Denunziation zu schreiben.« (Zweite Welle; IP 5)

»Es scheint, als ob einige Studenten eine Art Macht über die Professoren verspürten.« (Zweite Welle; IP 13)

Die zweite Welle der Erhebung bestätigt somit zentrale Trends und zeigt deren Verschärfung: die Verankerung politisierter Curricula, die Normalisierung ideologischer Loyalitätsprüfungen, die Einschränkung internationaler Kooperationen sowie die Etablierung eines institutionellen Überwachungs- und Denunziationsregimes. Diese Entwicklungen haben den akademischen

21 T-Invariante 2025. *Chroniken der Verfolgung von Gelehrten Nr. 19*. <https://t-invariant.org/2025/03/hroniki-presledovaniya-uchenyh-19/> (Zugriff vom 28.03.2026).

Alltag für WissenschaftlerInnen nachhaltig verändert und verdeutlichen die Systematisierung politischer Repression an Universitäten.

Anpassungsstrategien russischer ForscherInnen und Intellektueller

Aus den in beiden Erhebungswellen identifizierten adaptiven Verhaltensstrategien stechen zwei Hauptformen heraus: die Strategie der doppelten Identität sowie die Strategie der Selbstzensur. In keiner der Erhebungswellen berichtete einer der TeilnehmerInnen von einer Zusammenarbeit oder auch nur Vertrautheit mit para-akademischen Gemeinschaften – eine potenzielle Strategie zur Aufrechterhaltung wissenschaftlicher Kooperationen außerhalb der staatlichen Kontrolle. Die einzige Ausnahme bilden mehrere autorengesteuerte Telegram-Kanäle, die die InterviewpartnerInnen aber eher als populärwissenschaftliche Plattformen denn als alternative akademische Umgebungen wahrnahmen. Dies legt nahe, dass eine solche Strategie für die russische akademische Diaspora charakteristischer sein dürfte als für inländische Universitätsangehörige.

Während der ersten Erhebungswelle manifestierte sich die doppelte Identität – verstanden als Koexistenz äußerer Konformität und innerer Meinungsverschiedenheit – auf drei unterschiedlichen Ebenen:

Auf der *lexikalischen Ebene* zeigte sie sich in der bewussten Wortwahl, also dem Gebrauch spezifischer Wörter und Ausdrücke, die politische Positionen des Sprechers implizieren. Ein Interviewpartner erläuterte dies folgendermaßen:

»Ich sage immer ›in der Ukraine‹ und nicht wie die Sowjets ›auf der Ukraine‹.²² Das mag wie eine Kleinigkeit erscheinen, doch signalisiert es sofort, auf wessen Seite jemand steht ... Ein einziges Wort sagt alles.« (Erste Welle; IP 2)

Auf der *rhetorischen Ebene* gewannen Ironie, Sarkasmus, Doppeldeutigkeiten sowie tonale Nuancen an Bedeutung. Zentral sind hierbei die Intonationen der Formulierung »militärische Spezialoperation«. Wie ein Interviewpartner anmerkte:

»Viele Studierende sind absolut unpolitisch. Sie nehmen die Geschehnisse wahr, versuchen aber, distanziert zu bleiben. Doch am Ende einer Vorlesung oder eines Seminars sehe ich, wie die Augen von wenigen Studierenden aufleuchten, wenn sie die Ironie oder Doppeldeutigkeiten erkennen, die ich verwendet habe.« (Erste Welle; IP 6)

Die *inhaltliche Ebene* markiert die Grenze zwischen latentem und offenem Widerstand: Formal hält sich die Lehrperson an das offiziell verabschiedete

22 Russische Staatsmedien und offizielle Narrative bevorzugen den sowjetischen Begriff »auf der Ukraine (*na Ukraine*)«, der eine abwertende Konnotation hat und impliziert, dass die Ukraine nur eine Region innerhalb eines größeren Staates ist. Im Gegensatz dazu spiegelt »in der Ukraine (*v Ukraine*)« die Anerkennung der Souveränität und Unabhängigkeit des Landes wider.

Curriculum, offenbart jedoch ihre Position, stellt kritische Fragen und provoziert so eine reflektierende Auseinandersetzung mit dem Geschehen. Ein Professor äußerte dazu:

»Ich unterrichte seit 30 Jahren. Nie hätte ich gedacht, dass es Aufgabe eines Professors sei, das Denken oder die Stimmung der Studierenden zu beeinflussen. Es gab keine Notwendigkeit dafür – weder vor der Annexion der Krim noch danach. Doch nach dem 24. Februar [2022] änderte sich alles. Mir wurde klar, dass dies meine Möglichkeit sein könnte, mich gegen einen totalitären Staat zu wehren – den Studierenden zu zeigen, dass es alternative Sichtweisen gibt, dass sie Fragen stellen und Annahmen hinterfragen können. Ja, ich habe Angst, und ja, es ist ein tägliches Risiko.« (Erste Welle; IP 1)

Die Strategie der *Selbstzensur* als adaptive Verhaltensform betrifft nicht nur die wissenschaftliche Arbeit und Lehre, sondern auch die Kommunikation mit KollegInnen. Die Motivation hierfür variiert mit der politischen Haltung der InterviewpartnerInnen. Neutrale Befragte begründeten zum Beispiel ihr Verhalten mit dem Bedürfnis nach Sicherheit im Rahmen neuer »Spielregeln«:

»Alles ist wie vorher. Sicher, es gibt nun einige informelle Regeln – beispielsweise nicht über Politik zu sprechen –, doch das hat mich ohnehin nie interessiert. Für mich hat sich demnach kaum etwas geändert.« (Erste Welle; IP 4)

»Ich mische mich nicht in solche Angelegenheiten ein. Ich verstehe nicht, warum andere sich aufregen. Es sind schwierige Zeiten. Wenn [die Regierung] auf der Suche nach Feinden ist, gib ihr einfach keinen Grund, dich dafür zu halten. Lebe dein Leben.« (Erste Welle; IP 12)

Im Gegensatz dazu beschrieben KriegsgegnerInnen Selbstzensur als unfreiwillige Maßnahme, verbunden mit der Angst vor konkreten Konsequenzen:

»Ich versuche, an der Universität nichts zu diskutieren. Ein Unterstützer des Krieges könnte in der Nähe sein und mich melden. Oder die Situation könnte noch schlimmer sein: Ein »Z-Fanatiker«²³ könnte anfangen zu reden, ich würde es hören und mich nicht zurückhalten können ... Ich würde sagen, was ich wirklich denke ... und dann droht mir eine reale Gefängnisstrafe von bis zu sieben Jahren.«²⁴ (Erste Welle; IP 2)

Während der ersten Welle zeigten sich InterviewpartnerInnen, die den Krieg unterstützten, noch relativ unbesorgt hinsichtlich der Zensur:

»Ich fühle mich keineswegs eingeschränkt, meine Meinung zu äußern. Zwar galt es stets als unhöflich, über Geld und Politik zu sprechen, doch das war es auch schon.« (Erste Welle; IP 15)

23 Die Buchstaben Z, O und V wurden als Abzeichen auf der militärischen Ausrüstung der russischen Armee angebracht; »Z« ist zum inoffiziellen Symbol der sogenannten militärischen Spezialoperation geworden.

24 Diskreditierung der russischen Streitkräfte (§ 280.3 StGB RF): Geldstrafe bis 5 Millionen Rubel oder Freiheitsstrafe bis zu 7 Jahren.

Die weite Erhebungswelle zeigte dann aber, dass die Lage sich deutlich verändert hatte. Erstens war die Widerstandsmotivation bei den GegnerInnen zurückgegangen. Zweitens verfolgten immer weniger Personen die Strategie der doppelten Identität, deren inhaltliche Ebene faktisch verschwunden war. Drittens hatte die Selbstzensur sich als dominierender Anpassungsmechanismus durchgesetzt, wobei es nun hauptsächlich um das berufliche Überleben und weniger um einen latenten Widerstand ging. Ein Interviewpartner erläuterte:

»Die Situation hat sich erheblich verschärft – im Fernsehen, auf der Straße und an der Universität. Vor zwei Jahren konnte ich mich in einem Vortrag noch gegen die Mobilmachung²⁵ äußern. Das wäre heute wirklich gefährlich. Heute lautet die Devise eher: ›Ich würde nie X tun.‹ Ich würde nie ›Grundlagen‹ unterrichten, nie Studierende einladen, sich mit Soldaten zu treffen. Entweder schweigen, um Ärger zu vermeiden, oder die Wissenschaft ganz verlassen.« (Zweite Welle; IP 13)

Der Rückgang des Widerstands ist nicht nur eine Reaktion auf steigende Risiken, sondern spiegelt auch die veränderte Haltung der Studierenden wider, also der potenziellen EmpfängerInnen von kritischen Botschaften, Ironie oder alternativen Standpunkten. Bereits in der ersten Erhebungswelle bewerteten InterviewpartnerInnen das politische Interesse der Studierenden kritisch. Nach ihren Aussagen hat der Krieg Passivität, Gleichgültigkeit und mangelnde Initiative unter diesen verstärkt:

»Ich war zutiefst schockiert, als die Mobilmachung verkündet wurde. Ich warnte die Studierenden vor den Risiken, doch sie sagten: ›Was können wir tun? Wenn wir gerufen werden, gehen wir. Du kannst dich nicht ewig verstecken.‹ Das war erschütternd.« (Erste Welle; IP 10)

Ein anderer Interviewpartner ergänzte:

»Es scheint, als lebten die Studierenden nach dem Prinzip ›Lasst den Krieg draußen.‹ Sie malen keine Z-Symbole auf Schreibtische, zeigen aber auch keine Ablehnung. Diese Art von Apathie ist gefährlich. Die Antilope mag so tun, als gäbe es keinen Konflikt mit den Krokodilen, doch das hält die Krokodile nicht davon ab, sie zu fressen.« (Erste Welle; IP 1)

In der zweiten Erhebungswelle äußerten die InterviewpartnerInnen Besorgnis über die veränderte Rolle einzelner Studierender. Obwohl die Mehrheit weiterhin unpolitisch bleibe, gebe es zugleich kriegsbefürwortende Studierende, die eine Bedrohung darstellten, da sie zu Denunziationen bereit seien:

»Ich möchte gar nicht über die Studierenden sprechen. Früher klebten sie nur an ihren Handys. Nun ist Krieg, und sie bleiben passiv. Am schlimmsten ist aber, dass sie eine besondere psychische Taubheit entwickelt haben ... Eine

25 Am 21. September 2022 ordnete Präsident Putin eine Teilmobilmachung an; rund 300 000 Reservisten wurden zum Militärdienst im Rahmen des Ukraine-Kriegs eingezogen.

Art Passivität und Gleichgültigkeit. Vielleicht ist es eine Form von Anomie?« (Zweite Welle; IP 5)

»Die Studierenden sind unpolitisch, teilweise sogar ostentativ. Ihre Interessen sind kindisch und realitätsfern. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Beängstigend ist das Auftreten von Pro-Kriegs- und Pro-Regierungs-Studierenden. Sie überprüfen nicht nur, ob eine Vorlesung der Parteilinie entspricht, sondern stellen provokative Fragen. Ich bin sicher, sie verfassen Denunziationen. Ehrlich gesagt, wäre es besser, wenn sie alle passiv blieben.« (Zweite Welle; IP 13)

»An unserer kleinen Fakultät haben Studierende bereits mehrere Beschwerden gegen Vorlesungen eingereicht! Glücklicherweise ist unser Dekan vernünftig und lässt die Denunziationen nicht weiter eskalieren – doch er geht damit ein Risiko ein!« (Zweite Welle; IP 10)

Eine bemerkenswerte und unerwartete Entwicklung in der zweiten Welle war die Selbstzensur unter BefürworterInnen des Krieges und des Regimes:

»Ich unterstütze unseren Präsidenten – wir hatten noch nie einen besseren Führer in Russland. Er tut viel für das Land. Wenn er eine Entscheidung zur Ukraine getroffen hat, muss sie richtig sein ... Aber bei der Arbeit, vor allem vor KollegInnen, schweige ich. Ich glaube nicht, dass alle meine Ansichten teilen. Vielleicht habe ich intuitiv das Gefühl, dass es keinen Grund zur Eskalation gibt. Also diskutiere ich nichts an der Universität – nur zu Hause.« (Zweite Welle; IP 15)

Der Blick auf Versuche, akademisches Überleben zu sichern, zeigt also im Sommer 2024 einen Rückgang des Widerstands, die Erosion der Strategie der doppelten Identität sowie die umfassende Verbreitung von Selbstzensur. Diese Entwicklungen vollziehen sich vor dem Hintergrund einer doppelten Dynamik: Risiken von Überwachung und Denunziation – auch durch politisch aktive Studierende – nehmen zu und zugleich geht der Anspruch an kritisches Denken bei der Mehrheit der Studierenden zurück. Die Verbreitung von Selbstzensur selbst unter RegimeanhängerInnen verdeutlicht das allgegenwärtige Spannungsgefühl innerhalb der akademischen Gemeinschaften, in denen gegenseitiges Vertrauen zunehmend durch eine »Freund-oder-Feind«-Brille gefiltert wird.

Veränderungen der Haltung: Rationalisierung und Konformität

Im vorangegangenen Abschnitt wurden Veränderungen in den Anpassungsstrategien unter WissenschaftlerInnen analysiert. Daraus ergibt sich eine weiterführende Fragestellung: *Haben sich die politischen Einstellungen der InterviewpartnerInnen im Verlauf des Untersuchungszeitraums ebenfalls verändert?*

Die Ergebnisse der zweiten Interviewwelle deuten darauf hin, dass die anhaltende Exposition gegenüber Angst und politischem Druck in einzelnen Fällen zu signifikanten Verschiebungen der Positionen geführt hat.

Diese Veränderungen scheinen primär durch den Selbsterhaltungstrieb, das Bedürfnis nach Schutz des psychischen Wohlbefindens sowie den Wunsch, innere Dissonanzen aufzulösen, motiviert zu sein. Häufig erfolgt dabei eine Rationalisierung sowohl der externen politischen Entwicklungen als auch des eigenen Verhaltens, selbst wenn dieses im Widerspruch zu vorherigen Überzeugungen steht. Der psychologische Abwehrmechanismus der *Rationalisierung* zeigt sich in mehreren Interviews:

»Du kannst nicht ewig wütend bleiben – was soll das? Nun, das Land hat sich verändert, und wir sind ein Teil davon. Vielleicht ist es genau so, wie es sein sollte?« (Zweite Welle; IP 10)

»Ich erinnere mich noch sehr gut daran, wie alle im Februar/März 2022 Angst hatten ... Aber ich habe gesehen, wie die Menschen mit der Zeit begonnen haben, sich anzupassen. Sie sagen nur: ›Das sind die neuen Regeln des Lebens. Vor 20 Jahren gab es andere Regeln, vor 10 Jahren andere, und jetzt noch andere.‹ Vielleicht ist es sonst unmöglich für sie, zu überleben – geistig und körperlich.« (Zweite Welle; IP 2)

Unabhängig von Alter, akademischem Status, Fachrichtung oder Institution verwendeten die InterviewpartnerInnen auffallend ähnliche Begründungsmuster, die sich grob in zwei Kategorien einteilen lassen.

Reduktion der eigenen Subjektivität und Verweigerung von Verantwortung. Viele Befragte wiesen Verantwortung für ihre Ansichten oder Handlungen von sich, indem sie sich mit Formulierungen wie »Es ist nur mein Job« distanzieren: »Ich bin nur Lehrender, die Studierenden verstehen alles selbst«, »Es wird niemandem schaden« oder »Was kann ich schon tun? Welche Möglichkeiten bleiben?« (Zweite Welle; IP 5, 6, 7, 9, 11, 12)

Stärkung der Legitimität politischer Entscheidungen. Die zweite Gruppe von Rationalisierungen zielt darauf ab, das Handeln politischer Autoritäten zu rechtfertigen. Die Bandbreite reicht von vereinfachenden geopolitischen Erklärungen bis hin zu Verschwörungstheorien. Gemeinsames Motiv ist der Versuch, dem anhaltenden Krieg Kohärenz und Notwendigkeit zuzuschreiben:

»Ihr müsst verstehen, dass dieser Krieg wichtige wirtschaftliche Ursachen hat. Es geht immer um Geld.« (Zweite Welle; IP 12)

»Öl und Gas! Russland braucht nur dieses Territorium [die Ukraine], das ist alles.« (Zweite Welle; IP 7)

»Ja, alle Seiten sind an diesem Krieg interessiert – Amerika, Europa. Alles ist längst entschieden.« (Zweite Welle; IP 4)

»Wir werden nie erfahren, was die wahre Ursache [des Krieges] war, aber es muss eine gegeben haben.« (Zweite Welle; IP 3)

»In jedem Konflikt sind immer beide Seiten schuld.« (Zweite Welle; IP 11)

Wie bereits erwähnt, kann der Abwehrmechanismus der Rationalisierung als Reaktion auf anhaltenden Druck den Weg für einen *inneren politischen Konformismus* ebnen – die Verinnerlichung zuvor abgelehnter propagierter politischer Ansichten. Die Befunde der zweiten Welle bestätigen, dass dieser Prozess, wenn auch selektiv, unter russischen WissenschaftlerInnen stattfindet. *Von acht InterviewpartnerInnen, die in der ersten Welle eine klare antikriegsorientierte Haltung vertreten hatten, waren zwei in der zweiten Welle zu einer neutraleren Position übergegangen; von fünf ursprünglich neutralen InterviewpartnerInnen bewegten sich zwei hin zu einer moderaten Unterstützung des Krieges.* Der Wandel politischer Identitäten wurde insbesondere durch Fragen zu Haltung, Ursachen des militärischen Konflikts und Einstellungen zu BefürworterInnen und GegnerInnen des Krieges erkennbar. Ein exemplarischer Vergleich zweier Interviewausschnitte eines ehemals kriegsfeindlichen Interviewpartners zeigt dies deutlich:

Erste Welle: »Natürlich unterstütze ich die Ukraine – welche andere Position könnte es geben? Ein Land hat ein anderes angegriffen, und der Aggressor setzt seine Ideologie durch.« (IP 14)

Zweite Welle: »Ich weiß nicht mehr, wer Recht und wer Unrecht hat. Ich will nur, dass alles ein Ende hat. Ich mache einfach meinen Job und lasse sie das klären.« (IP 14)

Umgekehrt wandelte sich bei einzelnen neutralen InterviewpartnerInnen der ersten Welle die Haltung hin zu kriegsunterstützenden Positionen, häufig begleitet von Schuldzuweisungen an die ukrainische Seite. Typisch hierfür ist folgende Aussage aus der zweiten Welle:

»Ich verstehe nicht, warum [die UkrainerInnen] nicht einfach aufgeben. Wie lange können sie sich und uns noch quälen? Wenn wir nur schon gewonnen hätten, wäre es vorbei und wir könnten zur Normalität zurückkehren.« (Zweite Welle; IP 7)

Eine bedeutende Rolle bei dieser Verschiebung spielte die Wahrnehmung militärischer Erfolge der ukrainischen Streitkräfte, etwa Angriffe auf Ölfrafinerien und Militärflugplätze in Russland. Wichtig ist, dass solche Befragte den Krieg oft nicht als Ereignis wahrnehmen, das die russische Gesellschaft betreffen sollte; Berichte über Kriegsverbrechen und Angriffe auf ukrainische Städte bleiben ausgeblendet:

»Ich habe mich vorher nicht wirklich für den Krieg interessiert. Was bringt es, über Dinge zu sprechen, die man nicht beeinflussen kann? Aber jetzt – was macht sie [die ukrainische Armee]? Sie beschießen unsere friedlichen Städte! Ich wohne in einer Stadt in der südlichen Wolgaregion und habe mich vor Kurzem wegen einer Sirene einen halben Tag lang unter dem Tisch versteckt. So etwas machen nur Faschisten!« (Zweite Welle; IP 9)

InterviewpartnerInnen, die in der ersten Welle extrem verfestigte und starre Positionen – sei es als KriegsgegnerInnen oder als BefürworterInnen – eingenommen hatten, blieben in ihrer Haltung weitgehend unverändert. So äußerte sich ein radikaler Kriegsgegner in der ersten Welle:

»Dieser Widerspruch kann nicht aufgelöst werden – er kann nicht einfach ignoriert werden. Vor einigen Jahren konnte man noch von Slawophilen gegen Westler sprechen oder versuchen, beides zu vereinen. Aber jetzt geht es um die schrecklichen Tragödien von Butscha, Irpin und Mariupol.²⁶ Und da kann es keine Kompromisse geben.« (Erste Welle; IP 1)

In der zweiten Welle bestätigte der Interviewpartner seine Position:

»Da ich es vorher gehasst habe, weigere ich mich immer noch, an einer ihrer Veranstaltungen teilzunehmen. Ich kann sie nicht einmal ansehen. Ich stoße nicht auf Stalin an, und ich applaudiere nicht bei Reden über den Sieg über den »ukrainischen Faschismus«. Ich weiß, wer hier die wirklichen Faschisten sind.« (Zweite Welle; IP 1)

Ebenso verhielten sich selbsternannte »PatriotInnen« und lautstarke BefürworterInnen des Krieges: Ihre Positionen blieben konstant und wurden durch demonstrativen Widerstand gegen Konformität sogar verstärkt.

Insgesamt zeigte sich, dass die Erfahrung von Druck – verstärkt durch kriegsbedingte Erschöpfung, psychischen Stress sowie reale oder wahrgenommene persönliche Risiken – eine erhebliche psychische Belastung darstellte. Die Antwort darauf war für manche anfänglich moderate InterviewpartnerIn die Rationalisierung der politischen Realität, was einen Prozess des politischen Konformismus und Haltungswandels in Gang setzte. Die radikalsten GegnerInnen wie auch BefürworterInnen des Krieges hielten hingegen an ihrer Überzeugung fest und stärkten diese aktiv, indem sie gegen den gesellschaftlichen Konformismus opponierten. Diese Befunde verdeutlichen, dass politische Anpassung in autoritären Kriegskontexten nicht nur durch offene Repression, sondern auch durch subtile kognitive Verschiebungen erfolgt, die dem psychischen Überleben dienen.

5. Diskussion

Das zweistufige Design dieser Studie – mit Interviewwellen von Anfang 2023 und Mitte 2024 – ermöglichte nicht nur eine Momentaufnahme der jeweiligen Lage, sondern auch die Analyse von Veränderungen in den Erfah-

26 Die Schätzungen der Verluste unter der Zivilbevölkerung lauten wie folgt: Im Buchtaner Bezirk etwa 1200 Todesopfer (laut der nationalen Polizei), in Irpin bis zu 397 Personen, einschließlich Zivilisten, Territorialverteidigung und Militär, und in Mariupol mindestens 20 000 Todesopfer im April 2022.

rungen und Anpassungsstrategien russischer WissenschaftlerInnen unter Bedingungen fortgesetzter politischer Kontrolle und repressiver Dynamiken.

Im Verlauf des Beobachtungszeitraums hat sich das wissenschaftliche Feld in Russland grundlegend gewandelt. Die Politisierung akademischer Disziplinen, die institutionalisierte Organisation politisch motivierter Veranstaltungen, die zunehmende Abschottung von westlichen Kooperationspartnern sowie das wachsende Risiko politischer Repression gegenüber dissidenten Stimmen entwickelten sich von vereinzelt Tendenzen zu systematischen Risiken und manifestierten sich im beruflichen Alltag zahlreicher WissenschaftlerInnen. Bemerkenswert ist, dass diese Entwicklungen nicht nur von regimekritischen, sondern auch von regimetreuen WissenschaftlerInnen beschrieben wurden – ein Befund, der den strukturellen und objektiven Charakter des staatlichen Drucks auf akademische Institutionen unterstreicht.

Wie die Ergebnisse der Studie zeigen, bildeten Strategien der doppelten Identität und der Selbstzensur die zentralen Reaktionsmuster auf das gestiegene politische Risiko. Diese Befunde korrespondieren mit früheren Studien, in denen die doppelte Identität als zentrale Form latenten Widerstands und die Selbstzensur als weitverbreitete Strategie des professionellen Überlebens identifiziert wurden.²⁷ Zugleich verweisen die erhobenen Daten auf einen rückläufigen Widerstandswillen, was von den Befragten auf verstärkte Repressionsandrohungen, ein wachsendes Denunziationsklima sowie eine schwindende Bereitschaft zur aktiven Partizipation unter Studierenden zurückgeführt wurde.

Die zweite Erhebungswelle offenbarte dabei signifikante Verschiebungen im adaptiven Verhalten: Die Praxis der doppelten Identität nahm deutlich ab, während sich die Selbstzensur als dominantes Muster akademischen Verhaltens herauskristallisierte. Darüber hinaus ließ sich eine qualitative Erosion der doppelten Identität feststellen: Während WissenschaftlerInnen in der ersten Phase noch versuchten, unter dem Deckmantel curricularer Konformität kritisches Denken subtil zu fördern, waren derartige Praktiken in der zweiten Phase faktisch verschwunden. Die Logik des professionellen Überlebens überlagerte zunehmend selbst diskrete Formen intellektuellen Widerstands.

Die Befunde meiner Studie erlauben eine weiterführende konzeptionelle Einordnung im Lichte von Alexei Yurchaks Analyse des späten Sowjetsystems. Yurchak zeigte, dass die routinisierte Reproduktion ideologischer Formen bei gleichzeitiger Entleerung ihrer Bedeutungen zu einem paradoxen Zustand führte, in dem *Stabilität gerade durch formale Loyalität*

27 Potapova 2022, Matveev; Roshchin 2024, Yatluk; Khukalenko 2025.

*ohne innere Zustimmung gewährleistet wurde.*²⁸ In einem solchen Kontext konnte die doppelte Identität als eine relativ nachhaltige Überlebensstrategie fungieren, ohne notwendigerweise in genuine ideologische Identifikation umzuschlagen.

Aber die vorliegenden Daten legen nahe, dass diese Logik unter den Bedingungen des gegenwärtigen russischen Autoritarismus nur noch eingeschränkt greift. Heute ist die formale Loyalität nicht in ein stabiles System eingebettet, sondern in ein Regime permanenter Unsicherheit, Risiken und realer existenzieller Bedrohung. Infolgedessen *verliert die doppelte Identität ihre Schutzfunktion*: Die kontinuierliche Wiederholung loyaler Praktiken dient nicht mehr lediglich der Aufrechterhaltung äußerer Normalität, sondern begünstigt Prozesse der Rationalisierung und schrittweisen Internalisierung politischer Narrative. *Performative Konformität wird damit zunehmend zu einem Mechanismus politischer Subjektivierung*, der zur Erosion innerer Distanz und zur Herausbildung von Konformismus beiträgt.

Die Studie ermöglicht somit nicht nur die Identifikation klarer Trends, sondern verweist auch auf dringliche Forschungsdesiderate. Künftige Untersuchungen sollten sich vertieft mit den Mechanismen und Mikropraktiken des Widerstands gegen politischen Druck und akademische Isolation auseinandersetzen. Besonders relevant erscheint die Analyse der Bedingungen, unter denen interner Konformismus entsteht und wie politische Einstellungen innerhalb des russischen akademischen Feldes transformiert werden.

6. Schlussfolgerung

Diese Studie hat untersucht, wie sich anhaltender politischer Druck auf den Berufsalltag russischer WissenschaftlerInnen im Zeitraum zwischen Anfang 2023 und Mitte 2024 ausgewirkt hat. Das zweistufige Studiendesign ermöglichte eine diachrone Analyse der Entwicklungen und legte eine signifikante Verschlechterung der institutionellen Bedingungen offen. Politische Risiken erwiesen sich dabei nicht mehr als vereinzelte Störungen, sondern als systemisch verankerte Strukturen, die disziplin- und universitätsübergreifend wirksam waren.

Die Befunde lassen mehrere zentrale Entwicklungen erkennen:

Erstens berichten die befragten WissenschaftlerInnen übereinstimmend von einer fortschreitenden Erosion wissenschaftlicher Freiheiten, die sich in der Normalisierung politischer Drohkulissen und repressiver Kontrollmechanismen manifestiert.

28 Yurchak 2006.

Zweitens führte die konstante Exposition gegenüber Unsicherheit zu tiefgreifenden Veränderungen im professionellen Verhalten: Die Strategie der Selbstzensur hat sich gegenüber der zuvor verbreiteten doppelten Identität als dominanter Modus akademischen Überlebens durchgesetzt.

Drittens zeigt sich ein Rückzug der doppelten Identität als subversiver Praxis – bedingt durch steigende Risiken sowie durch die wahrgenommene Gleichgültigkeit beziehungsweise das politische Desinteresse von Studierenden, das kritisches Engagement zunehmend demotiviert.

Viertens wurden im Rahmen der zweiten Erhebungswelle neue Formen rationalisierter Beteiligung an politisierten institutionellen Praktiken sichtbar. Diese spiegeln nicht nur taktische Anpassungen wider, sondern verweisen auch auf emergente Muster politischen Konformismus – einschließlich individueller Verschiebungen in der politischen Haltung: von oppositionell zu neutral, von neutral zu unterstützend gegenüber dem Krieg.

Die Ergebnisse dieser Studie verdeutlichen die tiefgreifende politische Durchdringung der russischen Hochschullandschaft sowie den schleichen- den Übergang von latenten Widerstandsstrategien hin zu systematischer Anpassung und verinnerlichter Konformität. Und diese Dynamiken verweisen wiederum auf eine Transformation des akademischen Feldes unter autoritären Bedingungen, die weiterer kritischer Beobachtung und vertiefter Forschung bedarf.

Literaturverzeichnis

- Axyonova, Vera; Kohstall, Florian; Richter, Carola 2022. *Academics in Exile: Networks, Knowledge Exchange and New Forms of Internationalization*. Bielefeld: transcript Verlag. DOI: 10.1515/9783839460894
- Baser, Bahar; Akgönül, Samim; Öztürk, Ahmed Erdi 2017. »Academics for Peace« in Turkey: a case of criminalising dissent and critical thought via counterterrorism policy«, in *Critical Studies on Terrorism*, 10, 2, S. 274–296. DOI: 10.1080/17539153.2017.1326559
- Blois, Juan Pedro 2020. »Authoritarianism, Censorship, and the Retreat of Sociology (1974–1983)«, in *Sociology in Argentina. A Long-Term Account*, S. 69–90. Cham: Palgrave Pivot. DOI: 10.1007/978-3-030-63520-6
- Buckley, Nora; Marquardt, Kyle L.; Reuter, Ora John; Tertychnaya, Katerina 2024. »Endogenous Popularity: How Perceptions of Support Affect the Popularity of Authoritarian Regimes«, in *American Political Science Review*, 118, 2, S. 1046–1052. DOI: 10.1017/S0003055423000618
- Connelly, John; Grüttner, Michael 2005. *Universities Under Dictatorship*. Penn State University Press. DOI: 10.5325/j.ctv2321hqf
- De Pieri, Veronica 2023. »Wird irgendetwas mit mir geschehen? Psycho(patho)logical perspectives on Hannah Arendt's *The Banality of Evil*«, in *DIVE-IN – An International Journal on Diversity and Inclusion*, 3, 1, S. 7–42. DOI: 10.6092/issn.2785-3233/17278
- Detzen, Dominic; Hoffmann, Sebastian 2019. »Accountability and ideology: The case of a German university under the Nazi regime«, in *Accounting History*, 25, 2, S. 174–192. DOI: 10.1177/1032373219836301
- Knoll, Megan; Starrs, Claire J.; Perry, J. Christopher 2020. »Rationalization (Defense Mechanism).«, in *Encyclopedia of Personality and Individual Differences*, hrsg. v. Zeig-

- ler-Hill, Virgil; Shackelford, Todd K., S. 4301–4305. Cham: Springer International Publishing. DOI: 10.1007/978-3-319-24612-3
- Kortukov, Dima; Waller, Julian G. 2024. »The Foundations of Russian Statehood: The Pentabasis, National History, and Civic Values in Wartime Russia«, in *Communist and Post-Communist Studies*, 1, S. 1–27. DOI: 10.1525/cpcs.2024.2271407
- Matveev, Ilya; Roshchin, Evgeni 2025. *Insights from Russia on Academic Freedom During War. There is no academic freedom, but there is academic resistance*, in *Academe Magazine*. <https://www.aaup.org/article/insights-russia-academic-freedom-during-war> (Zugriff am 29.03.2026).
- Mulder, Laetitia B.; van Dijk, Eric 2020. »Moral Rationalization Contributes More Strongly to Escalation of Unethical Behavior Among Low Moral Identifiers Than Among High Moral Identifiers«, in *Frontiers in Psychology*, 10., DOI: 10.3389/fpsyg.2019.02912
- Neundorf, Anja; Nazrullaeva, Eugenia; Northmore-Ball, Ksenia; Tertychnaya, Katerina; Kim, Wooseok 2024. »Varieties of Indoctrination: The Politicization of Education and the Media around the World«, in *Perspectives on Politics*, 22, 3, S. 771–798. DOI: 10.1017/S1537592723002967
- Oleksiyenko, Anantoly V. 2021. »Is academic freedom feasible in the post-Soviet space of higher education?«, in *Educational Philosophy and Theory*, 53, 11, S. 1116–1126. DOI: 10.1080/00131857.2020.1773799
- Petrov, A.; Akhremenko, A.; Zheglov, S. 2023. »Dual Identity in Repressive Contexts: An Agent-Based Model of Protest Dynamics«, in *Social Science Computer Review*, 41, 6, S. 2249–2273. DOI: 10.1177/08944393231159953
- Potapova, Elizaveta 2022. »Speaking Up at Work: Narrative Analysis of Academic Freedom in Russia«, in *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization*, 30, 1, S. 11–33. <https://muse.jhu.edu/article/847105> (Zugriff vom 29.03.2026).
- Said, Edward W. 1994. *Representations of an Intellectual: The 1993 Reith Lectures*. Weinlese.
- Scharschenowa, Aijan 2024. »Safety, Security, and Self-Censorship as Survival Strategies«, in *Researching Central Asia*, hrsg. v. Dall’Agnola, J.; Sharshenova, A., S. 1–20. Cham: Springer. DOI: 10.1007/978-3-031-39024-1_8
- Torkanovsky, Petr 2024. *Para-Academic Communities in Russian Science*. <https://cisrus.org/2024/06/22/para-academic/> (Zugriff vom 29.03.2026).
- van Noorden, Richard 2023. »Data hint at Russia’s shifting science collaborations after year of war«, in *Nature*, 615, 7951, S. 199–200. DOI: 10.1038/d41586-023-00552-w
- Wardrop, Alex; Withers, Deborah 2014. *The Para-Academic Handbook: A Toolkit for Making-Learning-Creating-Acting*. London: HammerOn Press. DOI: 10.1386/9780956450753
- Yatluk, Lidia; Khukalenko, Iuliia 2025. »Fingers crossed behind the back: tactics of hidden resistance in Russian wartime academia«, in *Higher Education*. DOI: 10.1007/s10734-024-01383-y
- Yurchak, Alexei 2006. *Everything was forever, until it was no more: The last Soviet generation*. Princeton: Princeton University Press.
- Yusupova, Guzel 2023. *Silence Matters: Self-Censorship and War in Russia*. Ponars Eurasia Policy Memo 824. <https://www.ponarseurasia.org/silence-matters-self-censorship-and-war-in-russia/> (Zugriff vom 29.03.2026).
- Zavadskaya, Margarita; Gerber, Theodore 2023. »Rise and fall: social science in Russia before and after the war«, in *Post-Soviet Affairs*, 39, 1–2, S. 108–120. DOI: 10.1080/1060586X.2022.2164450

Zusammenfassung. Dieser Artikel untersucht die Auswirkungen des zunehmenden politischen Drucks auf russische Akademikerinnen und Akademiker nach der Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 und konzentriert sich darauf, wie Universitäten zu Orten ideologischer Kontrolle und Durchsetzung von Loyalität geworden sind. Die Studie stützt sich auf zwei Wellen von halbstrukturierten Interviews mit 15 WissenschaftlerInnen (durchgeführt im Winter 2022/Frühjahr 2023 und im Sommer 2024) und verfolgt einen qualitativen narrativen Ansatz, um Verschiebungen in den individuellen Erfahrungen und Anpassungsstrategien im Laufe der Zeit nachzuzeichnen. Die Ergebnisse deuten auf eine deutliche Verschlechterung des akademischen Umfelds hin, die durch systematische Risiken, zunehmende Selbstzensur und die Erosion der Doppelidentität als Form latenten Widerstands gekennzeichnet ist. Darüber hinaus zeigen die Daten Fälle von Rationalisierung der Teilnahme an staatlich geförderten Aktivitäten und zunehmende Muster des politischen Konformismus – einschließlich bemerkenswerter Verschiebungen in den politischen Positionen der InterviewpartnerInnen, von oppositionell zu neutral oder den Krieg unterstützend. Durch die Hervorhebung dieser Transformationen trägt die Studie zu einem tieferen Verständnis bei, wie autoritärer Druck akademisches Verhalten und berufliche Identitäten verändert.

Schlüsselwörter: Russland; Universität; Wissenschaft; Anpassung; Krieg

Adaptation strategies of Russian scientists in the conditions of modern authoritarianism: dynamics 2022–2024

Summary. This article examines the effects of intensifying political pressure on Russian academics in the aftermath of the 2022 invasion of Ukraine, focusing on how universities have become sites of ideological control and loyalty enforcement. Drawing on two waves of semi-structured interviews with 15 scholars (conducted in winter 2022–spring 2023 and summer 2024), the study adopts a qualitative narrative approach to trace shifts in individual experiences and adaptive strategies over time. The findings indicate a marked deterioration in the academic environment, characterized by systematic risks, increasing self-censorship, and the erosion of dual identity as a form of latent resistance. Additionally, the data reveal instances of rationalization of participation in state-sponsored activities and growing patterns of political conformism — including noticeable shifts in informants’ political positions, from oppositional to neutral or supportive of the war. By highlighting these transformations, the study contributes to a deeper understanding of how authoritarian pressure reshapes academic behavior and professional identities.

Keywords: Russia; University; Academics; Adaptation; War

Autorenangaben:

Dr. Roman Smirnov
Leibniz Forschungszentrum Wissenschaft und Gesellschaft, Leibniz Universität Hannover
Lange Laube 32
30159 Hannover
roman.smirnov@lcss.uni-hannover.de



© Roman Smirnov

Wulf Hopf

Zurück in die 1950er Jahre. Die Abschaffung von *affirmative action* an Hochschulen durch den U.S. Supreme Court*

1. Trumps Kampf gegen das Programm »Diversity, Equity and Inclusion« (DEI)

Nach dem Amtsantritt von Donald Trump im Januar 2025 fragten sich Öffentlichkeit und Medien, ob er jetzt seinen Rachefeldzug gegen politische Gegner:innen und Kritiker:innen startet. Stefan Kornelius schrieb in einem Leitartikel der Süddeutschen Zeitung vom 24./25.1.2025: »Sein Programm ist auf Zerstörung ausgelegt. Die 26 Dekrete des ersten Tages (...) zielen auf Rache, Destruktion und Aufwiegelei.«¹ Trump selbst treibt die Mischung aus Größenwahn und Gesetzesverachtung auf die Spitze, wenn er einem Satz Napoleons zustimmt: »Wer sein Land rettet, verletzt keinerlei Recht.«² Die präsidialen Erlasse sind eine Kampfansage an jedes Versprechen von mehr Gleichheit im Inneren der Gesellschaft und in der Welt und zugleich eine Bekräftigung traditioneller Privilegien, Ungleichheiten und Machtansprüche. Insbesondere verschrieb sich die Trump-Administration dem »Kampf gegen die Einwanderung« an den Landesgrenzen und gegen die Sicherung des Status von in den USA lebenden und arbeitenden Minoritäten. Die »Kontrolle zurückgewinnen« heißt also: die Ungleichheit zwischen dem Staatsbürgerstatus der US-Amerikaner:innen und aller anderen Nationalitäten zu bekräftigen.

Auch soll es per Dekret des Präsidenten nur zwei Geschlechter geben, Männer und Frauen. Das heißt zum einen: das Patriarchat soll gegen alle Versuche, es zu verändern, verteidigt werden. Insbesondere in gesellschaftlichen Bereichen, wo die Männerherrschaft angeblich »natürlich« ist, wie beim Militär, soll sie nicht angefochten werden. Zum anderen bekräftigt das Dekret die scharfe Grenze zwischen »normalen« und »abweichenden« Bürger:innen, die andere Vorstellungen von Familie, Geschlechterrollen und Sexualität als die Mehrheit haben.

* Ich danke Ingo Richter, Martin Kronauer und den zwei anonymen Gutachtern und Gutachterinnen für wertvolle Hinweise zur Überarbeitung.

1 Kornelius 2025, S. 4.

2 Lipton und Haberman 2025. Übersetzung W.H.

Die sofortige Beendigung von Programmen für »Diversität«, »Gleichheit und Fairness« und »Inklusion« (DEI)³, die für mehr Chancengleichheit von traditionell benachteiligten Gruppen in Bildung und Beruf sorgen sollten, führt zur Bewahrung der Privilegien oberer Schichten und Verfestigung sozialer Ungleichheit.

Der Kampf gegen die angeblich politisierte Justiz (»weaponization« der Justiz durch »die Linke«) demontiert das universalistische Recht, dass »unter dem Gesetz alle gleich sind« und hat die Zentralisierung von Macht beim Präsidenten zum Ziel.

Alle Ankündigungen zur Ankurbelung der us-amerikanischen Wirtschaft (Steuersenkungen, Zölle, Beseitigung »bürokratischer Fesseln«, Rückkehr zur umweltschädlichen Öl- und Gasversorgung und Austritt aus den internationalen Klimaschutzabkommen) dienen dazu, den amerikanischen Unternehmen Profitvorteile in der weltweiten Konkurrenz zu verschaffen und notwendige Regelungen zur internationalen Zusammenarbeit zu beseitigen.

Die Devise lautet also »America and inequality first« in allen Arenen der politischen Auseinandersetzung – ob es nun um kulturelle »Identitätspolitik« oder um sozioökonomisch ausgerichtete Interessenpolitik geht.

Der folgende Beitrag befasst sich mit einem Ausschnitt aus diesem umfassenden »Programm für Ungleichheit« und zeigt auf, wie dieses auch von anderen Institutionen vorbereitet und mitgestaltet wird. Er untersucht ein Urteil des Obersten Gerichtshofs (Supreme Court) der USA vom Juni 2023, in dem dieser die Zulassungssysteme von zwei Spitzen-Universitäten (des privaten *Harvard College* und der staatlichen *University of North Carolina*) für verfassungswidrig erklärte. Neben zahlreichen weiteren Aufnahmebedingungen sahen sie einen leichten Bonus für von Rassismus betroffene Bewerber:innen vor und standen damit in der jahrzehntelangen Tradition von *affirmative action*, die Präsident Kennedy 1961 für Staatsaufträge an die Privatwirtschaft ausgerufen hatte.⁴

Das Urteil des Supreme Court vom Juni 2023 erging vor der Wahl Trumps im November 2024 und so auch vor seinen *executive orders* zu DEI sowie seinen anschließenden Attacks auf Spitzen-Universitäten wie Columbia und Harvard, in denen er die Inhalte und die Selbständigkeit von Hochschu-

3 In jüngster Zeit werden die Programme auch als DEIA abgekürzt. Das neu hinzugekommene »A« steht dabei für »accessability«. Zu den unmittelbar nach Amtsantritt Trumps verfügten »executive orders« gehört die Rücknahme einer executive order von Präsident Johnson aus dem Jahr 1965. Sie verfügte auf dem Höhepunkt der Bürgerrechtsbewegung, dass bei Staatsaufträgen Firmen nachweisen mussten, dass sie Afro-Afrikanern und Frauen gleiche Chancen beim Zugang zum und am Arbeitsplatz einräumten. Darin wird ein »cornerstone of equal opportunity policy for federal contractors« gesehen (ACLU 2025).

4 Vgl. Dobbins 2011, S. 32 f.; zur Geschichte der affirmative action auch Katznelson 2005.

len allgemein bedrohte. Es soll der Mehrheit der konservativen Verfassungsrichter:innen keine beabsichtigte »Zuarbeit« zur Politik des Präsidenten unterstellt werden, bei aller möglichen Übereinstimmung in Grundwerten und -überzeugungen. Aus Sicht der Trump-Regierung lassen sich gleichwohl mehrere direkte Verbindungen zwischen dem Urteil des Supreme Courts und dem Kampf gegen Inklusion und Chancengleichheit in Gesellschaft und Bildung ziehen.

Die erste Verbindung ist chronologisch: Mitte 2023 beklagte sich Trump im Wahlkampf, dass weiße Studierende in der Hochschulausbildung diskriminiert würden, und drohte mit »*civil rights investigations*« an Universitäten, die sich für Diversität einsetzten. Nach dem Urteil des Supreme Courts vom Juni 2023 bekräftigte er diese Drohungen.⁵

Zudem erweiterte die zweite Trump-Regierung mittlerweile die Geltung des Hochschul-Urteils des Supreme Courts auf jegliche *race decisions* in allen Bereichen sämtlicher Bildungseinrichtungen der USA.⁶

Drittens forderte die Trump-Regierung mit Verweis auf das Urteil des Supreme Courts von 2023 die Universitäten Anfang August 2025 auf, ihre Zulassungsdaten (*race*-Zugehörigkeit, Test-Ergebnisse, Schulnoten) an das Bildungsministerium zu übermitteln, damit dieses die Praxis der Zulassungen überprüfen und eventuell Gegenmaßnahmen (*remedial action*) einleiten kann.⁷ Präsident Trump – hieß es in der Verlautbarung des Weißen Hauses – beende »illegale diskriminierende Praktiken, die hart arbeitenden Studierenden Chancen wegnehmen und das Geld der Steuerzahler verschwenden«. Unter dem Vorwand, »Transparenz« bei den Zulassungen herzustellen, mischt sich die Regierung also unmittelbar in die Zulassungen der Hochschulen ein. Sie will leistungsbezogene Kriterien der Zulassung stärken; insbesondere die Schulzensuren (*grade point averages*) und Testergebnisse. Diese begünstigen nach Einschätzung von Bildungsforscher:innen Studierende aus wohlhabenden Elternhäusern.⁸

5 Bender et al. 2025, S. 5 f.

6 Siehe United States Department of Education. Office for Civil Rights. The Acting Assistant Secretary 2025: »Although SFFA [das Urteil des Supreme Court zu den Zulassungssystemen von Harvard und Univ. of North Carolina – W.H.] addressed admissions decisions, the Supreme Court's holding applies more broadly. (...) Federal law thus prohibits covered entities from using race in decisions pertaining to admissions, hiring, promotion, compensation, financial aid, scholarships, prizes, administrative support, discipline, housing, graduation ceremonies, and all other aspects of student, academic, and campus life. Put simply, educational institutions may neither separate or segregate students based on race, nor distribute benefits or burdens on race.« (ebd. S. 2). Der hier zitierte »letter« des »Acting Assistant Secretary« hat keine Bindungskraft wie ein Gesetz oder ein executive order; er dient der Orientierung der Öffentlichkeit und der im Bildungssystem Tätigen.

7 The White House 2025. Übersetzung W.H.

8 Saul et al. 2025.

Auf allgemeiner Ebene stellte Trump einen Zusammenhang zwischen dem speziellen Urteil zu zwei Hochschulzulassungssystemen und der Organisation der Gesellschaft her. In seiner Antrittsrede vom 20.01.2025 erklärte er, er würde Anstrengungen beenden, »in jeden Aspekt des öffentlichen und privaten Lebens die ethnische Zugehörigkeit und die Geschlechterzugehörigkeit hinein zu konstruieren.« »Wir werden eine Gesellschaft schmieden, in der nicht die Hautfarbe zählt, sondern die Leistung.«⁹ Damit nimmt er die Stichworte auf, die auch der mehrheitlich konservative Supreme Court anführte, um die *race-conscious*¹⁰ Zulassungssysteme der genannten Universitäten für verfassungswidrig zu erklären.

Die vom Gericht abgelehnten Zulassungsverfahren an den Hochschulen und die DEI-Programme für den Arbeitsplatz verbindet dieselbe Zielsetzung: Wie können Nicht-Diskriminierung und mehr Chancengleichheit in einer Gesellschaft erreicht werden, die durch und durch von sozialer Ungleichheit entlang von *race*, *class* und *gender* zerfurcht, ja zerrissen ist? *Affirmative action* zugunsten von *People of Color* war der Versuch einer Antwort auf dieses Problem. Das Urteil des Supreme Court vom Juni 2023 lehnt sie bei der Hochschulzulassung ab und offenbart dabei das Dilemma und die Perspektivlosigkeit, in die eine rein auf »Leistung« basierte, angeblich »hautfarbenblinde« Zulassungspolitik führt. Das Urteil des Supreme Courts unterstützt durch sein *Ergebnis* nicht einfach die reaktionäre Politik der gegenwärtigen US-Regierung.¹¹ Vielmehr zeigt eine genauere Analyse zentraler Argumente des obersten Gerichts eine über den politischen Willen und die Macht einer Handvoll von Richter:innen hinausgehende »Strukturblockade« für eine an Chancengleichheit und Inklusion ausgerichtete Politik auf.¹² Die Verfassungsnorm der *equal protection* aller Bürger:innen dient einerseits der Rechtfertigung von *affirmative action*, wird aber andererseits herangezogen, um eben jene zu stoppen.

9 Green 2025. Übersetzung W.H.

10 In englisch-sprachigen Texten wird der Begriff »race« häufig umgangssprachlich und unbefangenen verwendet, allerdings auch durch »people of color« ersetzt. Im Deutschen ist der Begriff »Rasse« biologisch konnotiert und durch die NS-Politik schwer belastet. Bei Übersetzungen aus dem Englischen belasse ich es bei »race-conscious« oder nutze angemessenere Umschreibungen.

11 Vgl. auch die große Zahl von Urteilen, in denen der Supreme Court Urteile unterer Gerichte gegen die Trump-Regierung in Urteile zu ihren Gunsten umgedreht hatte; Edsall 2025.

12 Dazu auch, mit dem Akzent der »critical race theory«, Turner 2015.

2. Diskriminierung und Inklusion – das Urteil des Supreme Court zu *race-conscious* Zulassungsverfahren¹³ der Universitäten *Harvard* und *University of North Carolina*

In seinem Urteil »Students for Fair Admissions, Inc. v. President and Fellows of Harvard College« vom 29. Juni 2023 erklärte der Supreme Court die Regeln des *Harvard College* und der *University of North Carolina* für die Zulassung von Studierenden für verfassungswidrig, die die besondere Herkunftssituation von Bewerber:innen, die von Rassismus betroffen sind, im Sinne eines Bonus berücksichtigen. Die Mehrheit der Richter:innen (6 gegen 3 widersprechende Richter:innen) sieht dadurch die *Equal Protection Clause* des 14. Amendment der US-Verfassung verletzt. Geklagt hatte eine Organisation (*Students for Admissions Inc.*), deren selbst erklärtes Ziel in der »Verteidigung der gesetzlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte, einschließlich des Rechts jedes Einzelnen auf gleichen Schutz vor dem Gesetz« besteht.¹⁴

Die Begründung für die Entscheidung des Supreme Court ist differenziert und sehr umfangreich. Im Mittelpunkt steht die *Opinion of the Court*, die der Vorsitzende des Obersten Gerichts, *Chief Justice* Roberts, formuliert. Sie fasst die Meinung der Mehrheit von sechs Verfassungsrichter:innen zusammen.¹⁵ Daran schließen sich mehr oder weniger umfassende Einlassungen einzelner Richter:innen an, die dem Votum der Mehrheit folgen (*concurring*) oder ihm widersprechen (*dissenting*). Eine Schlüsselposition nimmt dabei der *principal dissent* der Richterin Sotomayor ein. Ihrer abweichenden Stellungnahme schließen sich die Richterinnen Jackson und Kagan an. Insgesamt wird die große Bandbreite der Argumente und Gegenargumente sichtbar.¹⁶

13 Den Begriff »race-conscious« benutzte ein früherer Supreme Court in der Streitsache *Grutter*. Die Mehrheit der aktuellen Verfassungsrichter:innen spricht durchweg von »race-based« *admissions policies* und suggeriert damit fälschlich, dass die strittigen Zulassungsverfahren des *Harvard College* und der *University of North Carolina* auf der Hautfarbe/*Race* der Bewerber und Bewerberinnen *gründen*. Das tun sie nicht (s.u. Anm. 36).

14 Zitiert in Roberts 2023, S. 6, Übersetzung W.H.

15 Im folgenden Text spreche ich meistens von der Position »der Mehrheit der Verfassungsrichter:innen« oder »der Richter:innen«; zitiert wird aber stets derjenige, der sie formuliert – *Chief Justice* Roberts. Die Mehrheit waren 6 (von 9) Stimmen. Allerdings stimmten nur acht Richter:innen über die *Harvard University* ab, weil sich eine Richterin als Absolventin dieser Universität für befangen erklärte.

16 Die unmittelbar mündliche Beratung der Richter untereinander und ihre Entscheidungsfindung sind demgegenüber in aller Regel zeitlich außerordentlich beschränkt und wenig deliberativ. Die Richter geben der Reihe nach in kürzester Zeit ihre Einschätzung des Falles und ihr Votum ab, dann wird zusammengezählt. Zum »seriatim«-Beratungsverfahren des *Supreme Court* vgl. insbesondere G. Lübke-Wolff 2023. Lübke-Wolff nennt die Folgen dieses Verfahrens »desaströs«. In politisch besonders wichtigen Fällen würde polarisiert nach den »politischen Nominationshintergründen der Richter« entschieden (ebd. S. 30). Von den gegenwärtigen neun Richtern und

Die *Equal Protection Clause* im *14th Amendment* der amerikanischen Verfassung wurde 1868 nach dem Ende des Bürgerkriegs zwischen den Nord- und Südstaaten eingefügt. Sie lautet:

»Kein Staat darf ein Gesetz erlassen oder vollstrecken, das die Privilegien oder Immunitäten der Bürger der Vereinigten Staaten verkürzt; noch darf ein Staat jemandem das Leben, die Freiheit oder das Eigentum ohne ordentliches Gerichtsverfahren nehmen; noch darf er irgendjemandem innerhalb seines Hoheitsbereichs den gleichen Schutz der Gesetze versagen.«¹⁷

In den folgenden 150 Jahren zog der Supreme Court diesen Verfassungsgrundsatz immer wieder heran, wenn es um die rechtliche Gleichstellung der schwarzen Bevölkerung ging. Im Bericht der Mehrheit des gegenwärtigen Verfassungsgerichts vom Juni 2023¹⁸ werden die entsprechenden Urteile, auch selbstkritisch, knapp rekapituliert: In einem »schändlichen« (*ignoble*) Urteil von 1898 (*Plessy*) habe der damalige *Supreme Court* für die folgenden fünf Jahrzehnte die Segregation mit der Formel des *separate but equal* bestätigt. Die »dem Ansatz innewohnende Narrheit« werde offensichtlich.¹⁹ In *Brown v Board of Education* (1954) wurde das *Plessy*-Urteil endgültig überwunden. Über die De-Segregation der öffentlichen Schulen hinaus wurde die Rassentrennung in anderen öffentlichen Räumen aufgehoben: Busse, öffentliche Strände und Badeanstalten, öffentliche Parks, Nachbarschaften und Geschäfte, Eheschließungen, Gerichte.²⁰

In der Zusammenfassung dieser Urteile betont der gegenwärtige *Supreme Court*, dass es beim »Kernzweck« (*core purpose*) der *Equal Protection Clause* darum gehe, »alle offiziellen staatlichen Quellen der feindseligen rassistischen Diskriminierung« zu beseitigen.²¹ Jede Ausnahme von der *Equal Protection Clause*« des *14th Amendments* der Verfassung muss einer zweistufigen strengen Überprüfung (*strict scrutiny*) standhalten:

(1) Eine Klassifikation entlang von *race* ist möglich, wenn sie »zwingende Interessen des Staates« befördert. In der Vergangenheit sind zwei solcher »zwingenden Interessen« anerkannt worden: a) Wenn es darum geht, spezifische, identifizierte Fälle vergangener, verfassungswidriger Diskriminierung zu heilen. b) Wenn unmittelbare und ernste Risiken für die Sicherheit in Gefängnissen drohen, wie bei einem Aufstand (*race riot*). Der *Supreme Court* betont in seinem Urteil vom Juni 2023, dass nur in einem äußerst

Richterinnen wurden sechs von republikanischen Präsidenten (davon drei von Trump) und drei von demokratischen Präsidenten ernannt.

17 Zitiert bei Katznelson 2005, S. 153. Übersetzung W.H.

18 Roberts 2023, S. 10 ff.

19 Ebd., S. 11.

20 Zu den Folge-Urteilen zu *Brown* vgl. auch Sotomayor 2023, S. 11 ff.

21 Roberts 2023, S. 14. Übersetzung von mir – W.H.

ungewöhnlichen Fall von der *Equal Protection Clause* abgewichen werden kann.

(2) Die Einbeziehung eines Minderheitsmerkmals (*race* oder ethnische Zugehörigkeit) muss eng begrenzt sein (*narrowly tailored*), und die staatliche Maßnahme muss notwendig sein, um das »zwingende Interesse« des Staates zu erfüllen.²² »Notwendig« heißt, dass keine *race*-neutralen Alternativen durchführbar sind.²³

1978 führte die zweistufige »strenge Überprüfung« des Zulassungsverfahrens einer Universität im Streitfall *Regents of University of California v Bakke* (1978) zu einer folgenreichen Erweiterung des »zwingenden Interesses« des Staates, die eine Klassifikation entlang von *race* erlaubt. Dem stimmten vier Richter:innen zu, vier waren dagegen. Den Ausschlag in dieser Patt-Situation gab der Verfassungsrichter Powell. Er stimmte zwar gegen die Einführung einer Quotenregel, formulierte aber eine Position, von der er erhoffte, dass sie ein Entscheidungskriterium für die verfassungsrechtliche Beurteilung »*race*-bewusster Zulassungsverfahren« (»*race-conscious admission policies*«²⁴) liefern könnte. Das »zwingende Interesse« des Staates, *race* in den Zulassungsprozess einfließen zu lassen, konnte für Powell darin liegen, dass eine »diverse Studentenschaft« Vorteile für Erziehung und Ausbildung (*educational benefits*) mit sich brächte.²⁵ Ein Quotensystem bei der Zulassung schloss Powell aus. *Race* sollte nur als ein »Plus« in den Bewerbungsunterlagen der einzelnen Bewerber:innen fungieren und selbst dann nur flexibel im Kontext weiterer Qualifikationsmerkmale verwendet werden können.

Der Verfassungsrichter Powell wich somit in zweifacher Hinsicht von einer strikt individualistischen und ausschließlich leistungsorientierten Lesart der *Equal Protection Clause* ab: er bezog Merkmale der *Institution* Hochschule – die soziale Zusammensetzung ihrer Studentenschaft – in die Betrachtung der Zulassungsverfahren ein, und er fügte dem Zulassungsmerkmal der individuellen Leistung als weiteres Merkmal *race*, einen mit Geburt zugeschriebenen Status, hinzu. Dies hielt er jedoch für *inherently suspect*, ohne dem darin liegenden Widerspruch weiter nachzugehen.

22 Roberts 2023, S. 15.

23 Sotomayor 2023, S. 28 f.

24 Roberts 2023, S. 17.

25 Ebd. S. 17 f.

Die Kriterien der »strengen Überprüfung«: »zwingende Interessen des Staates« und »Notwendigkeit der Maßnahme«

Die vom Richter Powell formulierte Position wurde in den folgenden Jahrzehnten positiv vom *Supreme Court* aufgenommen.²⁶ 45 Jahre später, mit dem Urteil von 2023, nimmt das Gericht jedoch eine deutliche Einschränkung bei der Bestimmung des »zwingenden Interesses des Staates« an einer sozial ausgewogenen Studentenschaft vor. Es bestreitet, dass die beklagten Universitäten *Harvard* und *University of North Carolina* das »zwingende Interesse« genügend »messbar« für eine juristische Beurteilung gemacht hätten. Die beklagte *University of North Carolina* nennt als *educational benefits* einer diversen Studentenschaft: »(1) Fördern des nachhaltigen Austauschs von Ideen; (2) Erweiterung und Verfeinerung des Verstehens; (3) Fördern von Innovation und der Fähigkeit zur Problemlösung; (4) Vorbereitung von engagierten und produktiven Bürgern und Verantwortlichen; (5) Steigerung von Wertschätzung, Respekt, und Mitgefühl, interkulturellem Verständnis, sowie Abbau von Stereotypen.«²⁷

Nach Ansicht des *Supreme Court* mögen diese lobenswerte Ziele sein, aber sie seien nicht »kohärent« genug für den Zweck der juristischen »strikten Überprüfung«. Die Universitäten müssten ihre Zulassungsverfahren »ausreichend messbar« durchführen, damit sie eine juristische Beurteilung erlauben. Für jedes einzelne Ziel der genannten *educational benefits* bemängelt die Richter-Mehrheit, dass nicht ablesbar sei, wann das Ziel erreicht ist. »Wieviele Spitzenkräfte weniger würde Harvard ohne derartige Vorteile hervorbringen, oder um wieviel ärmer würde die Ausbildung in Harvard sein: das sind Fragen, die kein Gericht beantworten könnte.«²⁸

Die Richter:innen treiben die juristischen Anforderungen an die »strikte Überprüfung« der Effekte einer *race conscious* Zulassungspraxis in eine extreme Höhe, wenn sie wissen wollen, wie viele künftige Elitenangehörige die Universität weniger hervorbringen würde, wenn eine solche Zulassungspolitik gefehlt hätte. Das ist nicht nur in der Konkretion auf bestimmte Zahlen, sondern auch im Hinblick auf die Langfristigkeit der Ergebnisse nach Ende der Ausbildung unmöglich.²⁹

Die Verfassungsrichter:innen bemängeln die »wenig greifbare Natur« (*elusive nature*) der pädagogischen Ziele, die mit der Zusammensetzung der Studentenschaft nach *race* beziehungsweise ethnischer Herkunft verbunden sein sollen. Sie seien »ohne Standard« (*standardless*) und »unausweichlich

26 Sotomayor 2023, S. 14 ff. Zur positiven Beurteilung Powells vgl. ausführlich Katznelson 2005, S. 152 ff.; kritischer Karabel 2005, S. 490 ff.; S. 542 ff.

27 Roberts 2023, S. 23. Übersetzung W.H.

28 Roberts 2023, ebda. Übersetzung W.H.

29 Kritisch zur Messbarkeitsanforderung auch Sotomayor 2023, S. 42, 52.

unwägbar« (*inescapably imponderable*).³⁰ Wenn es um die Beurteilung von *race* bezogenen Maßnahmen in Gefängnissen oder am Arbeitsplatz geht, sind die Maßstäbe für die Richter:innen jedoch anscheinend klar: gesundheitliche Beeinträchtigungen für Gefängnisinsassen oder -mitarbeiter:innen als Folge von *race riots* und Einkommensverluste durch Diskriminierung am Arbeitsplatz. Dieser grobschlächtige Vergleich von Bildungsinstitutionen mit Gefängnissen und Arbeitsorganisationen unterstreicht, welche Schwierigkeiten die Verfassungsrichter:innen haben, pädagogische Prozesse zu verstehen, bei denen sich der Grad von Beeinträchtigungen nicht einfach an der Schwere von Verletzungen oder der Höhe von entgangenem Einkommen »ablesen« lässt. Die Richter:innen verkennen auch, dass es trotz der *elusive nature* der Ziele sozial- und erziehungswissenschaftliche Verfahren gibt, sie auf die eine oder andere Art zu operationalisieren und damit abschätzbar zu machen. Die empirische Literatur über »Schuleffekte« ist voll davon.

Die Richter:innen bezweifeln die »Notwendigkeit« von *race conscious* Zulassungsverfahren für das Erreichen pädagogischer Ziele auf der Ebene der Institution – »notwendig« verstanden als *zwingende* Verbindung zwischen Mittel und Zweck. Aus zwei Gründen bestehe keine »sinnvolle Verbindung« (*meaningful connection*) zwischen beiden: Die Ziele seien »wenig greifbar« (*elusive*) und die Kategorisierungen der Studierenden nach Herkunft »opak« (*opaque*).³¹ Entweder seien sie zum Beispiel im Falle asiatischer Studierender »übermäßig breit« (*overbroad*) oder, wie bei Studierenden aus dem »mittleren Osten«, »nicht inklusiv genug« (*underinclusive*). Anders als die Richter:innen jedoch meinen, haben diese behebbaren technischen Mängel nichts mit der Sinnhaftigkeit der *Verknüpfung* von Mitteln und Zwecken zu tun. Auf der Ebene der Institution Hochschule beziehungsweise des Kollektivs der Studierenden können pädagogische und organisatorische Maßnahmen nur mehr oder weniger *wahrscheinliche* Folgen aufweisen. Sie an dem Maßstab zwingender Folgen eines *individuellen* Handelns zu messen, ist nicht sinnvoll.

Das *race-based admission system* der Universitäten verfehlt nach Ansicht des *Supreme Courts* in seinem Urteil vom Juni 2023 ebenfalls die beiden Anforderungen der *Equal Protection Clause*, wonach die Verwendung des *race*-Begriffes nicht zur Stereotypisierung und zu negativen Folgen führen dürfe.³² Damit knüpfen die Verfassungsrichter:innen an das frühere Urteil im Fall *Grutter v. Bollinger* (2003) an.³³

30 Roberts 2023, S. 24.

31 Roberts 2023, S. 24 f.

32 Roberts 2023, S. 27.

33 Referiert in Roberts 2023, S. 20.

»Negative Folgen« des *race-conscious* Auswahlverfahrens

Die Vertreter:innen der beklagten Universität *Harvard* beschreiben ihr aufwändiges Auswahlverfahren so, dass auf verschiedenen Stufen der Entscheidung der Status als *People of Color* einen zusätzlichen, flexiblen »Anstoß«³⁴ gibt, der am Ende die Entscheidung in die eine oder andere Richtung lenken kann.³⁵ Dieser Status könne kein »negativer Faktor« sein, weil er nicht viele Bewerber:innen innerhalb einer Kohorte betreffe.

Die Mehrheit der Verfassungsrichter:innen entgegnet: »Wie anders als »negativ« kann *race* beschrieben werden, wenn – bei ihrer Abwesenheit – Mitglieder einer bestimmten *racial group* in größerer Zahl zugelassen würden, als es anders der Fall wäre?«³⁶ »Zulassungen zum College sind ein Null-Summen-Spiel. Ein Vorteil, der einigen Bewerber:innen eingeräumt wird, aber nicht anderen, begünstigt notwendigerweise die erste Gruppe auf Kosten der zweiten.«³⁷

Das sind nachdrückliche Worte, aber sie werden der Komplexität des Problems nicht gerecht. Hierbei geht es um die Differenz zwischen der Behandlung des Einzelfalls und den Folgen für das Kollektiv aus vielen Einzelfällen. Die Folgen nicht-quotierter, *race-conscious* Einzelzulassungen für das Kollektiv der Studentenschaft sind nicht zuverlässig steuerbar. Die Verfahren können aber helfen, einen politisch anderen Zustand auf der Ebene des Kollektivs zu realisieren: dass nämlich die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft sich in Richtung von mehr Inklusion und Gleichheit ändern möge. Dabei geht es um die Gleichheit von Gruppen, die aufgrund

34 Roberts 2023, S. 18 und Sotomayor 2023, S. 32 nennen diesen Anstoß »tip«.

35 Grundlage der Zulassungsentscheidung des Harvard College sind sechs Bewertungskategorien (von 1 bis 6) in den Bereichen »academic« (Testergebnisse und Schulnoten); »extracurricular«; »athletic«; »school support«; »personal« (in der am höchsten bewerteten Stufe 1 z.B. »outstanding attributes« wie »maturity, integrity, leadership, kindness and courage«); sowie »overall« (ein Durchschnittswert aus allen vorherigen Einstufungen) (vgl. Roberts 2023, S. 2). Im Rahmen der »ganzheitlichen«, abschließenden Bewertung der Bewerber:innen spielt zudem der Status ihrer Eltern als Ehemalige (*legacy preferences*) und ihre Spendierfreudigkeit für die Universität eine erhebliche Rolle. Wer diese rein herkunftsbezogenen, öffentlich sehr umstrittenen Kriterien erfüllt, hat deutlich höhere Chancen auf Zulassung zum Harvard College (vgl. Karabel 2005, S. 506 ff.). In seiner großen historischen Studie zur Geschichte der Auswahlverfahren in Harvard, Yale und Princeton zeigt Karabel (2005), wie die Mischung aus leistungsmäßigen und sozial-askriptiven Merkmalen es der Universitätsverwaltung flexibel erlaubte, bestimmten sozialen Gruppen den Zugang zu den Elite-Hochschulen zu erschweren (wie in den 1920er Jahren den jüdischen Bewerbern) oder zu erleichtern (wie zuletzt im Rahmen der *affirmative action* den *People of Color*). Über Jahrzehnte konstant ist die leistungsunabhängige Bevorzugung von Bewerber:innen aus der oberen Mittel- und Oberschicht (vgl. dazu auch Hartmann 2010). An einzelnen Universitäten wie Harvard hat sich die Repräsentanz von Kindern aus unteren Schichten zwischen 1980 und 2000 sogar verschlechtert (Zahlen bei Karabel 2005, S. 511 ff.).

36 Roberts 2023, S. 28. Übersetzung W.H.

37 Roberts 2023, S. 27. Übersetzung W.H.

ihrer sozialen, familialen Herkunft im weitesten Sinn benachteiligt oder ausgeschlossen sind.³⁸

Wenn der Übergang in hoch-privilegierende Hochschulen ein *zero-sum*-Spiel ist, bei dem die größere Repräsentanz einer Gruppe nur auf Kosten der Repräsentanz einer anderen Sozialgruppe zustande kommt, dann sind die Folgen eines *wie auch immer organisierten* Zulassungssystems für eine bestimmte Gruppe *immer* »negativ«, für eine andere dagegen »positiv«. Das Kriterium der »negativen Folgen« verliert – so, wie die Richtermehrheit sie versteht – seinen Sinn als Beurteilungskriterium der »strikten Überprüfung«. Es geht vielmehr um die Frage, wie positive und negative Folgen gegeneinander abzuwägen sind.

Ausschluss von »Stereotypisierung«

Das zweite »Gebot« (*command*) der *Equal Protection Clause* lautet, dass *race* nicht als Stereotyp fungieren darf.³⁹ Nach Ansicht der Mehrheit der Verfassungsrichter:innen erfüllen die Zulassungsverfahren der beklagten Universitäten auch diese Anforderung nicht. Dabei entwickeln sie in drei Schritten einen Gedankengang, der in der Behauptung mündet, dass *race-conscious* Zulassungsverfahren mit einem Bonus für *People of Color* Menschen genauso stereotypisieren, wie es die Prozesse gesellschaftlicher Diskriminierung tun, die derartige Verfahren überwinden helfen sollen.

Im ersten Schritt beschreibt die Richter-Mehrheit Stereotypie als eine uniforme Wahrnehmung, die der Einzigartigkeit der Person widerspricht. Der bisherigen Rechtsprechung des *Supreme Courts* entnehmen die Richter:innen die Erkenntnis, dass Zulassungsprogramme von Universitäten nicht auf dem Glauben beruhen dürften, »dass Studierende aus Minderheitsgruppen immer (oder gar konsistent) eine typische Minderheiten-Ansicht zu irgendeinem Problem äußern.« Auch in einem anderen Urteil des *Supreme Courts* werde die Annahme zurückgewiesen, dass »Mitglieder derselben *racial group* – unabhängig von ihrem Alter, ihrer Ausbildung, ihres wirtschaftlichen Status oder ihrer Wohngemeinde – gleich denken.«⁴⁰

Ein Stereotyp liegt nach Ansicht der Richter:innen also dann vor, wenn Mitgliedern einer sozialen Gruppe allein aufgrund der Gruppenzugehörigkeit »gleiche«, konsistente und zeitlich stabile Anschauungen und Denk-

38 Karabel weist zurecht darauf hin, dass das vorherrschende Verständnis von »affirmative action« als Verbesserung der Situation der afro-amerikanischen Minderheit es verhindert habe, »class-based affirmative action« zugunsten der schichtmäßig Benachteiligten zu entwickeln (2005, S. 538 f. – kursiv von mir, W.H.). Entsprechend vermisst er eine Zulassungspolitik zugunsten von »class diversity« an Elite-Hochschulen (Karabel 2005, S. 553 ff.).

39 Roberts ebd.

40 Roberts ebd. Übersetzung W.H.

weisen zugeschrieben werden, unabhängig von den Besonderheiten eines jeden Individuums. Dass gleiches und konstantes Denken kein Individuum je kennzeichnet, ist jedoch trivial und als Unterscheidungsmerkmal von »Stereotypie« problematisch, weil diese in Relation zur Einzigartigkeit der individuellen Wahrnehmung quasi »zu früh beginnen« würde. Eine *Abwertung* der sozialen Gruppe und ihrer Mitglieder, wie es bei rassistischen Stereotypen gang und gäbe ist, ist damit noch nicht verbunden. Ob die Zulassungsverfahren in diesem Sinne *tatsächlich* die Anschauungen und Denkweisen von Rassismus betroffener Bewerber:innen stereotypisierten, prüfen die Richter:innen der Mehrheit nicht.

Im zweiten Schritt beziehen die Richter:innen den bewertenden Charakter von Stereotypen gegenüber *People of Color* ein, tun dies aber auf eine besondere Weise. Sie diskutieren die Frage, warum *race* eine »verbotene Klassifikation« sei und finden in dem früheren Urteil *Rice v Cayetano* (2000) eine Antwort: »Einer der Hauptgründe, weshalb *race* als verbotene Klassifikation behandelt wird, liegt darin, dass der Begriff die Würde und den Wert einer Person dadurch herabsetzt, dass sie nach ihrer Herkunft anstatt ihres eigenen Verdienstes und wesentlicher Qualitäten beurteilt wird.«⁴¹

Race ist danach eine »verbotene Klassifikation«, weil sie die Würde und den Wert eines Menschen verletzt. Und sie tut dies, weil sie nicht das »eigene »Verdienst« (*merit*) und »wesentliche Qualitäten« (*essential qualities*) der Menschen berücksichtigt. Die Richter:innen führen damit die mit Gruppen-Stereotypen einhergehende Bewertung auf eine bestimmte, indirekte Weise ein. Sie sagen nicht, dass die stereotype *Abwertung* von *People of Color* als Ergebnis einer langen Geschichte von Unterdrückung, Ausgrenzung und Ausbeutung grundsätzlich der Auffassung von Gleichheit aller Menschen widerspricht, sondern sie konditionieren das Verbot der Klassifikation, indem sie es dem eigenen Verdienst und »wesentlichen Qualitäten« gegenüberstellen.

Im dritten und letzten Schritt der Argumentation der Richter:innen, weshalb die *race-conscious* Zulassungsverfahren das Gebot der Nicht-Stereotypie verletzen, wenden sie sich der positiv-wertenden Seite eines Stereotyps zu.

»Indem man *race-based* Zulassungsprogramme akzeptiert, in denen einige Studierende nur aufgrund von *race* Vorteile erlangen könnten, tolerieren die Zulassungsprogramme der Antragsegegner [d.h. die Universitäten *Harvard* und

41 Zitiert in Roberts 2023, S.2(Übersetzung W.H.). Im Fall *Rice v Cayetano* ging es um unterschiedliche Wahlrechte von »Aborigenes« in Hawai (Bewohnern vor 1778) und Hawaiianern, die ihre Abstammung (*ancestry*) nicht auf den Status als Aborigenes zurückführen konnten. Daher taucht in dem Zitat der Begriff der »ancestry« auf, dessen Überschneidung mit dem »Rassen«-Begriff die Richter in dem früheren Urteil erörterten.

University of North Carolina – W.H.] genau das, was das Urteil *Grutter* ausschloss: stereotypisieren. Der springende Punkt bei den Zulassungsprogrammen der Antragsgegner liegt darin, dass es einen inhärenten Vorteil in der *race*-Zugehörigkeit *an sich* gäbe – in *race* um ihrer selbst willen. Die Antragsgegner räumen dies ein. Harvards Zulassungsprogramm basiert auf dem bösartigen Stereotyp, dass ›ein schwarzer Studierender üblicherweise etwas einbringt, das eine weiße Person nicht zu bieten hat.«⁴²

In diesem Zitat wird klar, wie die Verfassungsrichter:innen das »bösartige Stereotyp« (»*pernicious stereotype*«) der Verwendung der Kategorie *race* in den Zulassungsprozessen meinen: Sie wenden sich gegen das *positive* Stereotyp (*benefit*), dass *People of Color* aufgrund ihres Herkunftsstatus etwas in den gemeinsamen Lernprozess einbringen könnten, das Weiße nicht besitzen, nämlich ihre Lebenserfahrung, schwarz zu sein und deshalb beständig mit Prozessen von Diskriminierung umgehen zu müssen. Es geht in dem Zitat nicht nur um ein angebliches Stereotyp, sondern um einen *Mangel*, um etwas, das die weiße Mehrheit definitiv nicht »zu bieten hat«. Darin liegt eine Kränkung der Mehrheit, die doch sonst so viel besitzt.

Zu fragen bleibt: Erstens, ob die Annahme einer eigenen, gleichwohl sozial beeinflussten Lebenserfahrung und -geschichte tatsächlich ein »Stereotyp« auf der Grundlage von Nicht-Wissen ist oder eine relativ gesicherte (durch empirische Untersuchungen, durch Literatur, Kunst und vieles mehr) *Einschätzung*, zumal wenn sie von den Betroffenen geäußert wird.⁴³ Zweitens: Ob die Vermutung der Verfassungsrichter:innen stimmt, dass das angebliche Stereotyp, schwarze Studierende seien die »Expert:innen« ihres Lebens, den Auswahlprozess der Universität durchgängig bestimmt hatte. Das ist angesichts der Differenzierung, der Ausgewogenheit und des individuellen Bezugs des Auswahlverfahrens eher zu verneinen.

Bei allen drei Begründungsschritten des *Supreme Courts* sind »Klassifikation« und »Stereotypie« die entscheidenden Argumente, um *affirmative action* beziehungsweise *race-conscious* Zulassungsverfahren als verfassungswidrig zu verwerfen. Das Argument lautet: Der Staat kann die historisch überkommene Diskriminierung von *People of Color* aufgrund von Klassifikation und Stereotypie nicht dadurch zu bekämpfen versuchen, dass er entsprechende politische und pädagogische Maßnahmen selbst an Klassifikationskategorien von Herkunft (*ancestry*) ausrichtet. Dieses Beharren auf der kontextunabhängigen Geltung der Norm der *colorblindness* enthält zugleich eine implizite *Erklärung* dafür, wie es zur Benachteiligung von Schwarzen in der Vergangenheit gekommen sein muss. Der grundlegende Trugschluss

42 Roberts 2023, S. 29; kursiv im Original. Der Halbsatz mit einfachen Anführungszeichen ist selbst ein Zitat aus dem Urteil *Bakke*.

43 Vgl. dazu Sotomayor 2023, S. 48 f.

dieser Erklärung liegt darin, dass sie Klassifikation und Stereotypisierung als entscheidende historische Ursachen der umfassenden Benachteiligung von Schwarzen betrachtet. Auf diese Weise werden die Herrschafts- und Konfliktverhältnisse zwischen den gesellschaftlichen Gruppen ausgeblendet, die jenseits von sozialen Klassifikationen zu ungleichen Lebensverhältnissen geführt haben.⁴⁴ Würde der *Supreme Court* diese ungleichen Herrschafts- und Konfliktbeziehungen berücksichtigen, würde sich der Beitrag von Klassifikation und Stereotypie zur Erzeugung von Benachteiligung im Vergleich zu Unterdrückung und Ausbeutung relativieren. Darüber hinaus würde deutlich werden, dass die Ablehnung von *affirmative action* und von Formen der *race-conscious* Zulassungsverfahren mit dem Verweis auf die kontextunabhängige Geltung der *Equal Protection Clause* ihrerseits die Benachteiligung von *People of Color stützt*.⁴⁵ Die vom Mehrheitsurteil abweichende Verfassungsrichterin Sotomayor hat dies so ausgedrückt:

»Unterm Strich beenden die sechs nicht gewählten Mitglieder der heutigen Mehrheit den status quo. Sie stützen sich dabei auf ihre politischen Präferenzen zur Frage, was *race* in Amerika sein sollte, aber nicht ist; sowie auf ihre Präferenzen für eine Tünche von *colorblindness* in einer Gesellschaft, in der *race* immer eine Rolle gespielt hat und weiterhin faktisch und rechtlich spielen wird.«⁴⁶

Racial balancing

Gegen die Verfassung verstößt nach Ansicht der Mehrheit der Verfassungsrichter:innen schließlich, dass die beklagten Universitäten ihre *race-conscious* Aufnahmeverfahren am quantitativen Maßstab der proportionalen Repräsentation von Minoritäten bei der vollzogenen Hochschulzulassung orientieren.⁴⁷ Damit würden sie ein »outright racial balancing« betreiben, das offen verfassungswidrig sei.⁴⁸

Die Verfassungsrichter:innen sahen nicht genau hin: Die Zulassungsverfahren betreiben kein »*racial balancing*«, weil für die Zulassungen keine Quoten für die Größe von Minoritätsgruppen *explizit vorgegeben* werden. Erst nach Abschluss der Zulassung wird festgestellt, welche Verteilung sich aus den vielen einzelnen Verfahren auf der kollektiven Ebene ergibt. Dass

44 Turner 2015.

45 Katznelson hat genauer geschildert, auf welchen Widerstand »vergessene Experimente« zur gezielten und *exklusiven* Förderung von afro-amerikanischen Soldaten unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg trafen (2005, S. 168 f.). Gegen die Programme wurde sofort die Forderung nach »color-blind policies« in Stellung gebracht. Die Organisatoren der Förderprogramme jedoch, schreibt Katznelson, »did rightly distinguish the deployment of race to remedy injustice from the use of racial categories to create injustice.« (Katznelson 2005, S. 169).

46 Sotomayor 2023, S. 38. Übersetzung W.H.

47 Roberts 2023, S. 30 ff.

48 Roberts 2023, S. 32.

die Universitäten die Verteilung von Zugelassenen nach Gruppenherkunft registrieren und sich um eine ausgeglichene Mischung der Studentenschaft im Sinne von Inklusion und mehr Chancengleichheit bemühen, stellt auch nicht die *Equal Protection Clause* der Verfassung »auf den Kopf«. Sie unterstreicht vielmehr den systematischen Unterschied zwischen dem Schutz des gleichen individuellen Rechts auf Nicht-Diskriminierung und dem Streben nach mehr sozialer Inklusion und Chancengleichheit auf der Ebene des Kollektivs der Studentenschaft, an dem die Universitäten ebenfalls orientiert sind. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Universitäten für ihre Zulassungsprogramme vorerst keinen Endtermin setzen, sondern periodische Überprüfungen für sinnvoll halten.

Insgesamt zeigt sich, dass die Richter:innen der Mehrheit nicht in der Lage sind, die Probleme, die sich bei der Anwendung der *Equal Protection Clause* ergeben, in einem konsistenten Rahmen zu fassen:

(1) Der *Supreme Court* unterscheidet nicht klar zwischen der Rolle herkunftsbedingter Ungleichheit auf der Ebene einzelner Bewerber:innen einerseits und auf der Ebene des Kollektivs der Studentenschaft andererseits. Er kann deshalb den darin angelegten tatsächlichen Konflikt nicht erkennen. Im Ergebnis führt dies zu Verwirrung und Fehleinschätzungen. Das gilt insbesondere für das Ziel der Hochschulen, mit *race-conscious* Zulassungsverfahren die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft zu verändern und dadurch mehr Chancengleichheit auf der Ebene des Kollektivs und weitere Ausbildungsvorteile dank einer veränderten sozialen Zusammensetzung (*educational benefits*) zu erlangen.

Einerseits erkennt der *Supreme Court* die Bedeutung dieser Ebene an, wenn er es als »negative Folge« von *race-conscious* Zulassungen ansieht, dass Begünstigungen für eine soziale Gruppe Benachteiligungen für andere Gruppen nach sich ziehen (*zero-sum*-Spiel). Aber diese »Negativität« wird von den Richtern und Richterinnen ausschließlich in der Anwendung der *Equal Protection Clause* für den einzelnen Bewerber oder die einzelne Bewerberin gesehen. Sie sind nicht in der Lage, das politische Problem der Balancierung von Interessen unterschiedlicher sozialer Gruppen im Bereich der Hochschule angemessen zu berücksichtigen.

Andererseits torpediert der Oberste Gerichtshof mit seinen hochgeschraubten Anforderungen an die Messbarkeit von *educational benefits* das Ziel der Inklusion gänzlich. Die falsche Behauptung, mit *race-conscious* Zulassungsverfahren würde ein verfassungswidriges, bewusstes »racial balancing« betrieben, beruht auf einer Fehleinschätzung des nur mittelbaren Zusammenhangs von individueller Zulassung und ihren – nicht punktgenau steuerbaren – Folgen für die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft.

(2) Das zentrale Argument, dass *race-conscious* Zulassungsverfahren auf verfassungswidrigen Stereotypisierungen beruhten, unterscheidet nicht zwischen den sozialen Prozessen, die die Benachteiligung von *People of Color* in der Gesellschaft erzeugen und dem Versuch, im Teilbereich der Hochschulen dieser Benachteiligung entgegenzuwirken. Dadurch werden nicht nur Unterdrückung und Ausbeutung als Ursachen von Benachteiligung ausgeblendet, sondern es wird zugleich verkannt, dass die eingeforderte *colorblindness* der *Equal Protection Clause* bei Zulassungsverfahren die soziale Benachteiligung von *People of Color* befördert und nicht abschwächt.

Zu praktikablen Alternativen der Hochschulzulassung äußert sich die konservative Mehrheit der Richter:innen nicht, was sie im Rahmen ihrer begrenzten Aufgabe, einen Einzelfall zu prüfen, auch nicht muss. Aber sie geben eine Richtung für ein – in ihren Augen verfassungskonformes – Verfahren an, das auf eine allein leistungs- und test-basierte Zulassung hinausläuft. Eine solche klammert sämtliche zusätzlichen, mit der Geburt zugeschriebenen Merkmale von Individuen aus. Eine solche Lösung stellt sich nicht einmal dem Problem, dass die alleinige Orientierung an Leistungstests als Inbegriff der *Equal Protection Clause* gänzlich außer Acht lässt, dass die so festgestellten »verdienten Leistungen« des Individuums von Merkmalen seiner sozialen Herkunft abhängen (wie empirische Untersuchungen Jahr um Jahr, Land um Land immer wieder belegen). Der *Supreme Court* blockiert also mit seinem Urteil von 2023 ein sinnvolles *race-conscious* Zulassungsverfahren zugunsten der irrealen Aussicht auf völlig neutrale Leistungstests, in denen Kategorien wie *race*, Klasse oder Geschlecht keine Rolle spielen. Dieser Rückschritt führt im Ergebnis zu Stagnation. Ob gewollt oder nicht, Inklusion wird auf diese Weise verhindert und mehr Chancengleichheit für benachteiligte Gruppen einem »natürlichen« gesellschaftlichen Prozess überlassen, auf den gezielte staatliche Initiativen keinen Einfluss ausüben.

3. Wie weiter?

Justice Powell eröffnete in dem Urteil *Bakke* von 1978 einen Weg, wie eine der beiden Anforderungen der »strengen Überprüfung« der Ausnahmen vom 14. *Amendment* erfüllt werden könnte. Der Nachweis, dass die umstrittene Maßnahme »zwingende staatliche Interessen« befördere, könne durch die »erzieherischen Vorteile« erbracht werden, die aus einer diversen Studentenschaft entspringen würden. Damit hatte Powell einen *Spielraum* für Zulassungsverfahren eröffnet, der *race* als Teil der Entscheidungen über-

haupt erst verfassungskonform ermöglichte.⁴⁹ Indem *Chief Justice Roberts* im Urteil des *Supreme Courts* vom Juni 2023 erklärt, dass die von den Universitäten genannten Ziele der *educational benefits* zu wenig messbar seien, als dass ein Verfassungsgericht darüber urteilen könnte, wird der von *Justice Powell* eröffnete Weg wieder versperrt. Damit wird zugleich das allgemeinere Ziel der »Inklusion« für *Bildungsinstitutionen* in Frage gestellt. Speziell sie und ihre Lernenden würden von jenen Vorteilen der Inklusion profitieren. Für Betriebe oder Verwaltungen dagegen würde das »zwingende Interesse« des Staates an einer *race-conscious* Rekrutierung von *People of Color* oder anderen Minoritäten vermutlich nicht über die Inklusion beziehungsweise soziale »Mischung« der Beschäftigten begründet werden können. Dieser Teil des restriktiven Urteils des *Supreme Courts* bleibt also auf *Bildungsinstitutionen* beschränkt.

Die Entscheidung des *Supreme Courts* ist eine Entscheidung im Einzelfall. Bei vergleichbar gelagerten Konflikten um Zulassungs-, Einstellungs- oder Beförderungsverfahren würde – vorausgesetzt, das Verfassungsgericht nähme den Fall an – wieder im Einzelfall entschieden. Aber durch die bindende Wirkung der Entscheidung strahlt sie zweifellos auf die Praxis der Zulassungsverfahren aus, die sich dem Urteil anpassen. Welche Folgen es für die Chancengleichheit bei Zulassungsverfahren an Elite-Universitäten hat, ist noch nicht umfassend einzuschätzen. Erste Erfahrungen zeigen jedoch, dass der Anteil von *People of Color* an der Gesamtzahl von Bewerbungen gesunken ist, teilweise bis zu 40 %.⁵⁰ Insofern richtet sich das Urteil speziell gegen diese Bevölkerungsgruppe.

Der andere Teil des Urteils – die Ablehnung von jeglicher »Stereotypisierung« bei staatlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit in Hochschulen – ist von größerer gesellschaftlicher Reichweite als das Bestreiten eines zwingenden staatlichen Interesses an Inklusion von Minderheiten in Universitäten. Mit diesem Argument einer wörtlich zu nehmenden *colorblindness* können nicht nur jegliche *Rekrutierungsverfahren* in allen Organisationen, sondern auch alle *innerbetrieblichen* Maßnahmen zur Förderung von *People of Color* und anderen benachteiligten Bevölkerungsgruppen blockiert werden. Das gilt insbesondere für Frauen, deren Benachteiligung die betrieblichen DEI-Programme verringern sollen.

Während die konservative Mehrheit der Richter:innen die Verfassungswidrigkeit von *race-conscious* Zulassungsverfahren argumentativ sehr aufwändig zu belegen sucht, bleibt sie bei den alternativen, an »Verdienst« (*merit*) und Leistung orientierten Aufnahmeregeln erstaunlich wortkarg. Die

49 Dazu ausführlich Katznelson 2005, S. 142 ff.

50 *Students for Fair Admissions v. Harvard* 2025, Abschnitt »Impact«.

zweite Trump-Regierung geht hier deutlich weiter, wenn sie fordert, dass Zulassungsverfahren allein an Schulensuren und Test-Ergebnissen auszurichten seien. Als einen ersten Schritt in Richtung einer zentralstaatlichen Kontrolle fordert sie eine Berichtspflicht aller Universitäten über die Praxis und die Ergebnisse von Aufnahmeverfahren. Sie behält sich vor, bei Abweichungen von rein leistungsorientierten Verfahren korrigierend einzugreifen und die Universitäten zu sanktionieren (etwa durch den Stopp von Fördermitteln und Steuervorteilen). Bei einzelnen Hochschulen hat die Regierung damit im Zusammenhang vermeintlich »links-lastiger« (*woke*) Curricula und Personalentscheidungen sowie angeblicher Nachsicht gegenüber antisemitischen Aktivitäten bereits begonnen. In Zukunft wird es wichtig werden, wie dieser Konflikt um die Hochschulautonomie ausgeht. Wie Karabel in seiner historischen Untersuchung der Zulassungspolitik an Elite-Hochschulen gezeigt hat, war für die Hochschul-Leitungen eine bestimmte flexible *Mischung* aus leistungsbezogenen Voraussetzungen der Bewerber:innen und Merkmalen der sozialen Herkunft entscheidend dafür, dass sie die Autonomie der Hochschule erfolgreich behaupten konnten.⁵¹ Hier wird ein Hauptfeld bildungs- und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen liegen, neben dem Widerstand von *People of Color* und Frauen gegen die absehbare Verschlechterung von Bildungs- und Berufschancen.

Literatur

- American Civil Liberties Union (ACLU) 2025. *Trump's Executive Orders Rolling Back DEI and Accessibility Efforts, Explainend.* <https://www.aclu.org/news/racial-justice/trump-s-executive-orders-rolling-back-dei-and-accessibility-efforts-explained>. (Zugriff vom 06.02.2025).
- Bender, Michael C.; Blinder, Alan; Swan, Jonathan 2025. »Inside Trump's Pressure Campaign on Universities«, in *New York Times*, Internet-Ausgabe vom 14.4.2025 (Zugriff vom 08.05.2025).
- Dobbin, Frank 2011. *Inventing equal opportunity*. 2. Aufl. Princeton und Oxford: Princeton University Press (zuerst 2009).
- Edsall, Thomas 2025. »The Supreme Court has finally found a president it likes«, in *New York Times*, Internet-Ausgabe vom 5.8.2025 (Zugriff vom 05.08.2025).
- Green, Edna L. 2025. »U.S. Orders Federal D.E.I. Efforts to Shut Down by Wednesday Night«, in *New York Times*, Internet-Ausgabe vom 22.1.2025 (Zugriff vom 22.01.2025).
- Hartmann, Michael 2010. Die Auserwählten. Auswahlverfahren an amerikanischen Elite-Universitäten, in *Eurozine/Polar 8* vom 1. Juli 2010 (Zugriff vom 07.11.2025).
- Karabel, Jerome 2005. *The chosen. The hidden history of admission and exclusion at Harvard, Yale, and Princeton*. Boston und New York: Houghton Mifflin Company.
- Katznelson, Ira 2005. *When affirmative action was white: An untold history of racial inequality in twentieth-century America*. New York und London: W.W. Norton.
- Kornelius, Stefan 2025. »Die USA sind auf dem Weg in eine neue Zeit. Und der führt sie erst einmal durchs Jammertal«, in *Süddeutsche Zeitung* vom 24./25.1.2025. S. 4.

51 Karabel 2005.

- Lipton, Eric und Haberman, Maggie 2025. »With Congress Pliant, an Emboldened Trump Pushes His Business Interest«, in *New York Times* vom 17.2.2025. (Zugriff vom 17.02.2025).
- Lübbe-Wolff, Gertrude 2023. *Beratungskulturen. Wie Verfassungsgerichte arbeiten, und wovon es abhängt, ob sie integrieren oder polarisieren*, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.) 2. Aufl. Berlin.
- Saul, Stephanie; Goldstein, Dana; Mervosh, Sarah 2025. »Trump Escalates a Fight Over How to Measure Merit in American Education«, in *New York Times*, internet-Ausgabe vom 8.8.2025 (Zugriff vom 08.08.2025).
- Students for Fair Admissions v. Harvard* (2025), in Wikipedia (engl.). https://en.wikipedia.org/w/index.php?title=Students_for_Fair_Admissions_v._Harvard&oldid=1271542598 (Zugriff vom 27.1.2025)
- Supreme Court of the United States 2023.
Students for Fair Admissions, Inc., Petitioner, v. President and Fellows of Harvard College. On Writ of Certiorari to the United States Court of Appeals for the Fourth Circuit. [sowie derselbe »petitioner« im Streitfall mit der Univ. of North Carolina] June 29th 2023. Darin:
 Opinion of the Court, delivered by Chief Justice Roberts. 40 S. Download am 26.1.2025 [im Folgenden zitiert als Roberts 2023]
 »Dissenting« Votum von Justice Sotomayor, dem sich die Richterinnen Kagan und Jackson anschließen. 69 S. Download am 26.1.2025 [im Folgenden zitiert als Sotomayor 2023].
- Trump, Donald 2025. *Restoring Equality of Opportunity and Meritocracy. Executive Orders*, 25. April 2025. (Zugriff vom 09.05.2025)
- Turner, Ronald 2015. »The Way to Stop Discrimination on the Basis of Race...« In: *11 Stanford Journal of Civil Rights and Civil Liberties* 45, S. 45–88 (Zugriff vom 09.05.2025).
- The White House 2025. »Fact Sheet: President Donald J. Trump Ensures Transparency in Higher Education Admission. August 7th 2025« (Zugriff vom 08.08.25),
- United States Department of Education. Office for Civil Rights. The Acting Assistant Secretary 2025. Dear Colleague. (Letter, February 14, 2025, to explain existing legal requirements under Title VI of the Civil Rights Act of 1964, the Equal Protection Clause of the United States Constitution and other relevant authorities. (Zugriff vom 09.05.2025.)

Zusammenfassung: Der Angriff der Trump-Regierung vom Januar 2025 auf Programme für mehr Diversität, Gleichheit und Fairness sowie Inklusion (DEI) ist durch ein Urteil des US Supreme Court von 2023 eingeleitet und unterstützt worden. Das Urteil untersagte Zulassungsverfahren von Elite-Universitäten (wie Harvard), in denen *People of color* im Sinne der *affirmative action* ein Bonus gegeben und das Ziel der Inklusion verfolgt wurde. Der Artikel zeigt, wie der Gleichheitsgrundsatz selbst, die *Equal Protection Clause*, sowie die einschränkende Interpretation der Richtermehrheit die Versuche ausbremsen, mehr Chancengleichheit für Angehörige von benachteiligten Minderheiten zu erreichen.

Schlüsselbegriffe: soziale Ungleichheit höherer Bildung; *race-conscious* Zulassungsverfahren; US Supreme Court; *affirmative action*.

Back to the 1950ies. The U.S. Supreme Court's termination of affirmative action in higher education

Summary: The Trump administration's January 2025 attack on diversity, equity and inclusion (DEI) programs was initiated and supported by a 2023 U.S. Supreme Court's ruling (*Students for Fair Admissions v. Harvard College*). The ruling prohibited race-conscious admissions procedures at elite universities (such as Harvard) that gave people of color a bonus under affirmative action and pursued the goal of inclusion. To terminate affirmative action the verdict ruled out *race-conscious* admission policies of elite colleges and undermined inclusion as an educational goal. The article shows how the Equal Protection Clause itself and the restrictive interpretation of the majority of judges are thwarting efforts to achieve greater equality of opportunity for members of disadvantaged social minorities.

Keywords: social inequality in higher education; *race-conscious* admission policies; US Supreme Court; *affirmative action*.

Autorenangaben:

Wulf Hopf, Dipl.Soz. und Dr. rer.pol.
Georg-August-Universität
Institut für Erziehungswissenschaft
Waldweg 26
37073 Göttingen
whopf@gwdg.de



© Wulf Hopf

»Warum das Denken in Energiewenden falsch ist«

Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker *Jean-Baptiste Fressoz*, *Ute Tellmann* und *Guillaume Schweitzer*

Jean-Baptiste Fressoz ist ein französischer Wissenschafts-, Technik- und Umwelthistoriker. Er lehrte und forschte am *Imperial College* in London und ist zurzeit in Paris an der *École des Hautes Études en Science Sociales* (EHESS) und am *Centre National de la Recherche Scientifique* (CNRS) tätig. Er verbindet Umweltgeschichte mit der Analyse der Moderne. In seinen letzten Büchern setzt er sich mit der Geschichtsschreibung der Klimakrise auseinander. Er ist der Autor unter anderem von *Happy Apocalypse. A History of Technological Risk* sowie *The Shock of the Anthropocene. The Earth, history and us* (mit C.Bonneuil), *Chaos in the Heavens: The Forgotten History of Climate Change* (mit Fabien Locher) und zuletzt *More and More and More. An All-Consuming History of Energy*.

Ute Tellmann: In Ihrem vielbeachteten Werk »*The Shock of the Anthropocene*«¹, das Sie gemeinsam mit Christophe Bonneuil verfasst haben, stellen Sie folgende Frage: »Welche Geschichte brauchen wir, um im Zeitalter des Anthropozäns zu leben?«² Mit Ihrem neuen Buch »*More and More and More*«³ geben Sie eine Antwort auf diese Frage. Sie schlagen darin eine neue, materielle Geschichtsschreibung der Energie vor. Was bedeutet es für Sie, die Geschichte der Energie auf materialistische Weise zu schreiben, und welche Konsequenzen hat dies?

Jean-Baptiste Fressoz: Wenn man die Geschichte der Energie und der Materialien gemeinsam betrachtet, wird deutlich, dass die Energien nicht voneinander getrennt werden können. Sie sind alle eng miteinander verbunden und in einem äußerst komplexen System miteinander verflochten. Daher kann man nicht von einem Übergang von einer Energiequelle zu einer anderen sprechen. Das ist eine Lehre, die uns eine materialistische Geschichte der Energie vermittelt; eine Lehre, die für unseren Weg zur Dekarbonisierung von großer Bedeutung ist.

1 Bonneuil, Christophe; Fressoz, Jean-Baptiste 2017. *The shock of the Anthropocene. The Earth, history, and us*. London: Verso.

2 Ebd. S. 239.

3 Fressoz, Jean-Baptiste 2024. *More and more and more: an all-consuming history of energy*. London: Penguin Books.

Nehmen wir das Beispiel der Holznutzung. In den Standardwerken zur Geschichte der Energie wird berichtet, dass es im 19. Jahrhundert einen Wandel der Energieträger von Holz zu Kohle gegeben habe. In Wirklichkeit gilt jedoch: Je mehr Kohle wir verbrauchen, desto mehr Holz verbrauchen wir, auch zur Energieerzeugung. Tatsächlich benötigten die Kohlebergwerke enorme Mengen an Holz, um die Stollen zu stützen. Dies ging so weit, dass England im Jahr 1900 mehr Holz zur Energieerzeugung verbrauchte als im Jahr 1750. Es ist doch seltsam, von einer Energiewende oder schlimmer noch vom Ausstieg aus der organischen Wirtschaft zu sprechen, um einen solchen Prozess zu beschreiben. Darüber hinaus war Holz für den Bau der Eisenbahnschienen, auf denen die Kohle transportiert wurde, unverzichtbar. Hinzu kommen alle anderen Verwendungszwecke von Holz für Papier, Paletten, Verpackungen und so weiter. Die Geschichte der Energie ist die Geschichte einer symbiotischen Expansion. Das wird jedoch in der Geschichtsschreibung nicht deutlich, weil diese sich auf den Wandel und den Wettbewerb zwischen den Energiequellen konzentriert hat. Dies vermittelt einen irreführenden Eindruck verschiedener Epochen, die jeweils von einer bestimmten Energiequelle dominiert wurden. Anstatt dieser darwinistischen und neo-schumpeterianischen Sichtweise zu folgen, muss man die unzähligen Verbindungen betonen, die alle Materialien und Energien in der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung miteinander verbinden. Es wird viel über Energiewenden gesprochen, aber die grundlegende Feststellung ist, dass der Verbrauch fast aller Rohstoffe im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts nur zugenommen hat. Hinzu kommt eine immer komplexere Verflechtung all dieser Materialien und Energien.

Ute Tellmann: In Ihrem Buch beziehen Sie sich ausführlich auf historische Statistiken, Messungen, Unternehmensberichte und politische Strategien, um aufzuzeigen, dass die Energieträger sich eher addieren als sich gegenseitig ablösen. Ihre Geschichtsschreibung basiert darauf, dass Sie bestimmte Zahlen nicht mehr verwenden oder sie anders interpretieren. Welche Archive braucht man, um die materielle Geschichte der Energie zu schreiben?

Jean-Baptiste Fressoz: Die Grafiken, die man in der Energiegeschichte findet, muss man mit Vorsicht genießen. Nehmen wir das Beispiel der Kohle im 19. Jahrhundert. Wir haben eine Standarddarstellung, zum Beispiel in dem Buch »*Power to the People*« von Astrid Kander, Paul Warde und Paolo Malanima, die ihre außerordentliche Dominanz seit dem 18. Jahrhundert in England und seit Mitte des 19. Jahrhunderts in den meisten westeuropäischen Ländern zeigt.⁴ Die Daten beziehen sich jedoch auf Primärenergie:

4 Kander, Astrid; Warde, Paul; Malanima, Paolo 2014. *Power to the people: energy in Europe over the last five centuries*. Princeton: Princeton University Press.

Tonnen von Kohle, Holz und die Bewegung von Mühlen werden in Joule umgerechnet. Eine Tonne Kohle enthält jedoch so viel *theoretische* Energie, dass der Eindruck einer immensen Fülle entsteht, als die Kohle auf den Markt kam. Das Problem ist, dass Kohle in außerordentlich ineffizienten Maschinen wie Dampfmaschinen verwendet wurde, sodass die klassische Energiegeschichte die tatsächliche Bedeutung der Kohle überschätzt oder zu früh einordnet. Was die mechanische Kraft betrifft, so muss betont werden, dass selbst die reichen Volkswirtschaften Ende des 19. Jahrhunderts noch eine Wüste an mechanischer Kraft darstellten. In den damals am stärksten industrialisierten Ländern gab es nur hunderttausend Dampfmaschinen – gegenüber Dutzenden Millionen Autos und Hunderten Millionen Elektromotoren heute.

Diese Dynamik der Akkumulation ist spektakulär, wenn man Vergleiche zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert anstellt. Nehmen wir ein eindrucksvolles Beispiel: die Petroleumlampe. Heute gehen wir davon aus, dass wir kein Petroleum mehr zur Lichterzeugung verwenden, sondern Elektrizität bevorzugen, die viel effizienter und sauberer ist. Tatsächlich verbrauchen allein die Scheinwerfer von Autos heute doppelt so viel Öl wie die gesamte Weltwirtschaft im Jahr 1900, als Petroleumlampen die wichtigste Beleuchtungstechnologie waren. Dieses Beispiel unterstreicht einen Punkt, der zwar trivial ist, aber in den aktuellen Debatten kaum berücksichtigt wird: Materielle Dynamiken unterscheiden sich von technologischen Dynamiken und sind derzeit streng kumulativ.

Wenn man alle Rohstoffe verfolgt, nicht nur die klassischen wie Kohle, Baumwolle oder Weizen, versteht man die immense Komplexität der materiellen Welt. Diese Komplexität widersetzt sich historischen Vereinfachungen. Folgt man den Verbindungen der Materialien, entstehen neue Einsichten. So war Sizilien im 19. Jahrhundert sehr arm, spielte aber aufgrund seiner Schwefelminen eine zentrale Rolle für die europäische Produktion. Sizilien stand im Zentrum der Modernisierung: Aus Schwefel lassen sich Schwefelsäure und Natriumcarbonat herstellen, die die Grundlage für eine Vielzahl anderer Produkte (Textilien, Seife, Glas und so weiter) bilden. Er ist sogar der Schlüssel zu einem weiteren, zumindest für Frankreich sehr wichtigen Produkt: Wein. Historiker neigen manchmal dazu, das von ihnen untersuchte Thema als das wichtigste zu betrachten oder es getrennt von anderen zu behandeln. Materialistische Geschichtsdarstellungen sind oft monothematisch, mit Büchern über Baumwolle, Holz, Zucker, Kohle oder Erdöl. Diese Art der Darstellung der materiellen Geschichte ist jedoch nicht unproblematisch, da all diese Themen in Wirklichkeit zusammen und in ihren Verflechtungen verstanden werden müssen.

Ute Tellmann: Ihre Absage an eine Energiegeschichte, die diese als eine Abfolge von Energieträgern begreift, wirft auch ein kritisches Schlaglicht auf die Vorstellung unserer ökologischen Zukunft. Sie argumentieren, dass die Erwartung einer Energiewende die symbiotischen Wechselbeziehungen zwischen Materialien und Energien übersieht. Die Frage wird dann: Warum übersehen wir diese Wechselwirkungen? Wie kommt es dazu, dass wir uns die Zukunft als einen vollständigen Wandel von fossiler zu erneuerbarer Energie vorstellen? Ihr Buch schreibt die Geschichte dieser Vorstellung einer Energiewende. In dieser Geschichte spielt die Nuklearwissenschaft eine zentrale Rolle. Warum ist die Kernenergie für das Denken in Energiewenden so zentral?

Jean-Baptiste Fressoz: Das hängt vor allem mit den Zeithorizonten der Akteure zusammen, die bestimmte technologische Optionen vertreten. Warum sind es gerade die Nuklearwissenschaftler, die einen Übergang weg von fossilen Brennstoffen ins Auge fassen? Weil sie glauben, über eine Technologie zu verfügen, die alle zukünftigen Epochen betreffen wird. Sie denken in Jahrhunderten oder sogar Jahrtausenden und nicht in Jahrzehnten. Betrachtet man die Zukunft in diesem Zeitmaßstab, werden die fossilen Brennstoffe irgendwann zur Neige gehen. Deshalb wird es zwangsläufig einen Übergang geben: Die Gewinnung fossiler Brennstoffe wird zu teuer werden und sie werden durch Kernenergie ersetzt werden – in Verbindung mit Wasserstoff zur Herstellung flüssiger Kraftstoffe.

Das Problem ist, dass diese Vorstellung vom Übergang von einem Zustand zu einem völlig anderen Zustand unser Denken über den Klimawandel beeinflusst hat. Wir gehen davon aus, dass es eine letzte historische Etappe geben wird, nämlich die einer Welt ohne fossile Brennstoffe. Wir glauben, dass wir dann das Problem ein für alle Mal gelöst haben werden. Die von den Atomwissenschaftlern vorgestellte Zeitskala für den Übergang lässt sich jedoch nicht auf die Klimafrage übertragen. Für das Klima brauchen wir einen Übergang weg von fossilen Brennstoffen bis zum Jahr 2050; die Atomwissenschaftler, die die Idee des Übergangs erfunden haben, gingen davon aus, dass dieser innerhalb weniger Jahrhunderte stattfinden würde. Im Grunde wissen wir sehr gut, dass die materielle Welt in 25 Jahren mehr oder weniger dieselbe sein wird wie heute: Es wird mehr Elektroautos, mehr KI und Rechenzentren, mehr erneuerbare Energien und weniger Kohle und vor allem mehr Klimaanlagen geben. Aber das war es auch schon. In unserer Vorstellung einer Energiewende recyceln wir eine Vision technologischer Veränderung, die nicht zu unserem Problem passt.

Ute Tellmann: Sie betonen, dass das Problem nicht die Knappheit fossiler Ressourcen ist, sondern deren Überfluss. Tatsächlich dürfen wir die verfügbaren fossilen Brennstoffe nicht nutzen, wenn wir die Folgen des

Klimawandels in den Griff bekommen wollen. Das bedeutet, dass wir vor dem Hintergrund des Überflusses eine proaktive Politik der Begrenzung brauchen. Inwieweit kann Ihr Argument hier als grundlegende Kritik an der Rolle des ökonomischen Denkens in der Klimapolitik verstanden werden, insofern ökonomische Modelle immer von der Knappheit ausgehen?

Jean-Baptiste Fressoz: In meinem Buch beschreibe ich, wie das Klimaproblem von Experten, insbesondere von Ökonomen, seit den 1970er Jahren aufgegriffen wurde. Der entscheidende Punkt ist, dass die ersten KlimaökonomInnen größtenteils EnergieökonomInnen sind, die ihre Ausbildung in den 1970er Jahren, zur Zeit der »Energiekrise«, absolviert haben. Es sind dieselben Personen und Institutionen – das *IIASA*⁵, die *American Academy of Sciences*⁶, in Frankreich das *CIREN*⁷ –, die sich von der Energiekrise zur Klimakrise gewandt haben. In den 1970er Jahren kritisierten sie den Bericht des *Club of Rome* und legten einige Jahre später den Grundstein für die Klimawissenschaft. Sie widerlegten die Neomalthusianer unter Berufung auf den technologischen Fortschritt und erklärten einige Jahre später, wie derselbe technologische Fortschritt uns auch aus dem Klimaproblem herausholen würde.

Der Ökonom Nordhaus⁸, der im Jahr 2018 einen Nobelpreis erhielt, ist das beste Beispiel für diese Kontinuität. 1973 schrieb er einen Artikel, in dem er behauptete, dass Öl zwar teuer und knapp sei, dies aber kein Problem darstelle: Man müsse es weiterhin fördern, da man die Kraft des Fortschritts nicht unterschätzen dürfe. Am Ende des 20. Jahrhunderts würden wir über Kernreaktoren und Wasserstoff verfügen, die das Öl ersetzen könnten. Es wäre wirklich schade, jetzt auf Öl zu verzichten, solange es noch nützlich ist und Gefahr läuft, bald überflüssig zu werden. Außerdem würde der Preisanstieg technologische Innovationen fördern. Zwei Jahre später verfasste er den ersten wirtschaftswissenschaftlichen Artikel zum Klimawandel, in dem er dieselbe Argumentation vorbrachte. Die Emissionen sollten jetzt nicht begrenzt werden, da zukünftige Innovationen den Übergang weg von fossilen Brennstoffen später erleichtern würden.

Wir haben aus dieser Zeit die Vorstellung geerbt, dass der Klimawandel in erster Linie ein technologisches Problem ist. Das Fachwissen zur Eindämmung, wie es von der IPCC-Gruppe III zusammengefasst wurde, wird vollständig von technologischen Überlegungen dominiert. Und auch heute noch basiert die Klimapolitik auf dem Prinzip einer »simulierten« Verknappung

5 Internationales Institut für fortgeschrittene Systemanalyse in Österreich.

6 Die Nationale Akademie der Wissenschaften der USA.

7 Internationales Forschungszentrum für Umwelt und Entwicklung.

8 William D. Nordhaus (1941 –) ist ein US-amerikanischer Ökonom und Gewinner des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften 2018.

durch die Bepreisung von CO₂. Diese Preise simulieren die Verteuerung fossiler Brennstoffe, was Innovationen ermöglichen und Anreize für den »Übergang« schaffen soll. Es geht nicht darum, die CO₂-Bepreisung zu kritisieren, sondern wir müssen uns fragen, woher diese wirtschaftlichen Ideen kommen und warum sie nicht funktionieren.

Ute Tellmann: In Ihrem Buch argumentieren Sie, dass ein Hauptgrund für eine zu abwartende Klimapolitik unsere Vorstellung einer Übergangsphase sei, in der wir die verfügbaren Ressourcen nutzen können, bis es in Zukunft saubere Energie gibt. Dieses Versprechen sauberer Energie in ferner Zukunft führt zu einer kulturellen Legitimierung politischer Untätigkeit und eines »Status quo« in der Zwischenzeit.

Jean-Baptiste Fressoz: In Europa hat die Idee der Energiewende seit den 2000er Jahren eine wirksame Rolle für die Enthemmung in Bezug auf den Klimawandel gespielt. Der Glaube, dass die Energiewende kommt, erlaubt uns weiterzuleben wie bisher. Da diese Wende zudem von Innovationen und Investitionen abhängt, müssen wir darauf vertrauen, dass die multinationalen Unternehmen ihre leitende Rolle wahrnehmen. Die Energiewende stellt das Kapital auf die richtige Seite der Geschichte.

Schon sehr früh zeigt sich dieser perverse Effekt der Idee der Energiewende: Die Klimatologen selbst haben in den 1970er Jahren ihre eigene Warnung untergraben, indem sie diese Idee aufgegriffen haben. Mein Buch beginnt mit einem Zitat aus der Weltklimakonferenz, die 1979 in Genf stattfand. Die Weltorganisation für Meteorologie ist der Ansicht, dass kein dringender Handlungsbedarf besteht, da die wenigen Jahrzehnte (50–70 Jahre), die uns zur Verfügung stehen, bevor die Auswirkungen der Erwärmung spürbar werden, genau der Zeit entsprechen, die wir benötigen, um sowohl die Funktionsweise der Weltwirtschaft als auch die Landwirtschaft und die Energieversorgung vollständig umzugestalten. Im Grunde genommen erzählt mein Buch die Entstehungsgeschichte dieser seltsamen und falschen Vorstellung von der materiellen Welt als formbar, nach Belieben veränderbar und schnelllebig.

Ute Tellmann: Sie plädieren dafür, dass wir endlich eine »erwachsene Diskussion« über den Klimawandel führen, anstatt in Begriffen wie »Energiewende« zu denken. Was ist für Sie eine erwachsene Diskussion?

Jean-Baptiste Fressoz: Eine erwachsene Diskussion würde die Technologien ernst nehmen, sowohl ihr Potenzial als auch ihre Grenzen – letztere finden wir vor allen in Sektoren wie Seeverkehr, Stahl, Zement, Landwirtschaft und natürlich Luftfahrt, für die Dekarbonisierung besonders schwierig umzusetzen ist. Diese Sektoren basieren im Wesentlichen auf fossilen Brennstoffen, und das wird sich innerhalb der durch den Klimawandel vorgegebenen Fristen nicht ändern. Dort ist keine Energiewende zu erwarten.

ten. Die Kohlenstoffintensität von Stahl stagniert seit 30 Jahren. Die von Zement ist kürzlich gestiegen, da wir in Asien, wo die Zementproduktion mit Kohle und nicht mit Gas betrieben wird, Zement von besserer Qualität und in größeren Mengen produzieren.

Eine erwachsene Diskussion verlässt sich nicht auf Innovation, sondern berücksichtigt die derzeit verwendeten Techniken. Eine erwachsene Diskussion beachtet die Tatsache, dass es im Jahr 2050 noch viel CO₂ in der Wirtschaft geben wird. Die Frage lautet daher: Wofür verwenden wir es? Für wen? Zu wessen Vorteil? Das sind keine besonders originellen Vorschläge, aber sie erinnern uns daran, dass wir unbedingt eine Politik brauchen, die zwischen notwendigen und überflüssigen Emissionen unterscheidet. Unser Verständnis von Energiewende und CO₂-Neutralität erlaubt uns, solche politischen Diskussionen zu vermeiden. Eine erwachsene Diskussion wäre angebracht, da CO₂-Neutralität eine Illusion ist. Die Frage bleibt: Wozu dient der CO₂-Ausstoß? Wir müssen in der Lage sein, diese Fragen demokratisch zu diskutieren und zu entscheiden, anstatt wie derzeit die Preise darüber entscheiden zu lassen.

Ute Tellmann: Eine zu starke Fokussierung auf technologische Innovationen ist für Sie nicht nur ein Problem des gesellschaftlichen Diskurses über Energiewenden, es ist auch Anstoß der Kritik und der Abgrenzung von anderen soziologischen Ansätzen, insbesondere von Bruno Latours Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT). Sie distanzieren sich von diesem Ansatz und bezeichnen Ihr Buch als »postkonstruktivistisch«. Können Sie erklären, was Sie damit meinen? Denn Latour und die ANT plädieren ja bereits für eine materialistische Perspektive und haben das Konzept der Konstruktion oder des Konstruktivismus entsprechend neu definiert.

Jean-Baptiste Fressoz: In Latours Werk und in der ANT im Allgemeinen liegt der Schwerpunkt auf Innovation. Man untersucht, wie die Gesellschaft beispielsweise durch Pasteur und Mikroben verändert wurde. Dabei wird deutlich, dass das Soziale und das Natürliche eng miteinander verbunden sind. Latour war fasziniert von Innovation, sei es von gescheiterten Innovationen, wie der Einführung eines personalisierten Transrapid in Paris in den 1970er Jahren, oder von erfolgreichen, wie Pasteurs Entwicklung der Impfstoffe. Das Problem ist, dass der Klimawandel uns mit alten Technologien konfrontiert. Es handelt sich um einen Fall von »Shock of the Old«, um den Ausdruck von David Edgerton zu verwenden, der mir sehr geholfen hat, über diese Fragen nachzudenken.⁹ Dieses Buch zeigt, dass, auch wenn wir von Neuheiten besessen sind – wie es in den Sozialwissenschaften oft der Fall ist –, die Vergangenheit präsent ist und sogar weiter wächst.

⁹ Edgerton, David 2006. *The Shock Of The Old: Technology and Global History since 1900*. London: Profile Books.

Ute Tellmann: Ich teile Ihre Meinung, dass Latours pragmatistische Haltung ihn dazu veranlasst, methodisch und theoretisch den Schwerpunkt auf den Bruch, die Kontroverse und die Neugestaltung der materiellen und sozialen Ordnung zu legen. Auch sein Politikverständnis und sein Begriff der Kollektivität beschreiben den Akt der Neugestaltung. Aber inwieweit widerspricht dies dem Materialismus seines Ansatzes?

Jean-Baptiste Fressoz: Ich habe mehrere Jahre lang mit Latour zusammen gearbeitet. Er war für mich sehr wichtig. Was mich an Latours Materialismus am meisten überrascht hat, ist, dass er sich nicht für Rohstoffe interessiert. Es geht nicht um Kohle. Es geht nicht um Zement. Sein Materialismus hat eine sehr erfrischende Perspektive in die Beschreibung wissenschaftlicher Praktiken gebracht. Er wollte zeigen, dass Wissenschaft eine Frage von Werkzeugen, Maschinen, Aufzeichnungen, Spuren und so weiter ist. Aber seltsamerweise wurde er, als er in den 1990er Jahren begann, sich mit Ökologie zu beschäftigen, plötzlich zu einem idealistischen Philosophen. Nehmen Sie sein Buch *La Politique de la nature*.¹⁰ Nirgendwo ist von Maschinen, Unternehmen oder Tonnen von Materialien die Rede. Es geht um eine Verfassung, eine juristische Vision, eine Versammlung. Latour sah sich in Anlehnung an Michel Serres und seine Ausführungen zum Naturvertrag als den Rousseau der Ökologie. Ein neuer Vertrag mit den Nicht-Menschen – das war sein Projekt.

Nehmen wir seine Erzählung über Gaia als Beispiel: In dieser Besessenheit von Gaia und der in Wirklichkeit zweideutigen Figur, die James Lovelock in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht hat, sehe ich noch immer eine Spur dieses Idealismus. Als ich jünger war, führte ich lange Diskussionen mit ihm darüber, ob unser Umweltbewusstsein etwas Neues ist oder nicht. Ich hatte ihn gebeten, das Vorwort zu einer Neuauflage eines Buches von Eugène Huzar, *La fin du monde par la science*, zu schreiben,¹¹ einem ökologischen Philosophen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, der sowohl verrückte als auch faszinierende Dinge schrieb. Latour war von Huzars Buch sehr überrascht, zog daraus jedoch nicht die logische Konsequenz. Er hielt trotz der historischen Evidenz an der Idee eines immensen kosmologischen Bruchs fest, der durch die Umweltkrise seit den 1970er oder sogar 2000er Jahren hervorgerufen worden sei. Für Latour war Lovelock wichtig, weil er der Philosoph dieser neuen kosmologischen Revolution sein wollte. Als Wissenschaftshistoriker hat mich diese diskontinuierliche Sichtweise der Geschichte des Umweltdenkens nie überzeugt.

10 Latour, Bruno 2021. *Das Parlament der Dinge: für eine politische Ökologie*. Übers. v. Roßler, Gustav. Berlin: Suhrkamp; Originalausgabe: Latour, Bruno 1999. *Politiques de la nature*. Paris: Éditions La Découverte & Syros.

11 Huzar, Eugène 2008. *La fin du monde par la science*. Toulouse: Édition Érès.

Man sollte nicht davon ausgehen, dass Umweltfragen früher weniger wichtig waren. In *L'Apocalypse joyeuse* (2012) habe ich gezeigt, wie sehr die Auswirkungen der Industrie Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts gefürchtet, diskutiert, kritisiert und in Frage gestellt wurden. Es ist aus heutiger Sicht überraschend, wie sehr die Industrialisierung aus Umwelt- und Gesundheitsgründen kritisiert wurde. Die Umwelt wurde als ein Milieu betrachtet, das den Körper und den Gesundheitszustand prägte. Epidemien wurden mit Umweltursachen erklärt. Das Umweltbewusstsein war sehr ausgeprägt, ganz einfach weil die Menschen viel direkter und stärker von ihrer lokalen Umwelt abhängig waren als wir heute. Wenn ihr Brunnen verschmutzt war, konnten sie kein Wasser von weit her holen. Man sollte also keinesfalls davon ausgehen, wie es Latour oder Ulrich Beck tun, dass unser Umweltbewusstsein eine späte Entwicklung ist und zur »zweiten« oder »reflexiven Moderne« gehört. Es hat die Moderne von Anfang an begleitet.

Guillaume Schweitzer: Die langfristige Perspektive, die Sie auf Umweltkonflikte einnehmen, hilft dabei, historische Vergleiche anzustellen. Heute entstehen neue Umweltkonflikte im Zusammenhang mit dem Bergbau, der die Rohstoffe für erneuerbare Energien liefern soll. Diese Konflikte finden im Herzen Europas statt: in Frankreich, Serbien, Portugal und Spanien. Welche Kontinuitäten sehen Sie zwischen diesen Konflikten und jenen während der Industrialisierung?

Jean-Baptiste Fressoz: Natürlich gab es schon immer Konflikte rund um den Bergbau. Wir haben vergessen, dass es im 19. Jahrhundert so viele Beschwerden und so viele Kämpfe gegen die Industrie gab. Schon damals war Entschädigung das wichtigste Instrument der Akzeptanzerzeugung. Man kaufte sich die gesellschaftliche Akzeptanz der Umweltverschmutzung. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass der Bergbau heute nicht nur Rohstoffe für erneuerbare Energien produziert. Der Großteil der Metallgewinnung entfällt nach wie vor auf den klassischen Verbrauch: Automobilindustrie, Bauwesen und so weiter. Die Energiewende wird vor allem als Vorwand genutzt, um den Bergbau zu legitimieren, wie Célia Izoard über den Bergbauboom im 21. Jahrhundert zeigt.¹²

Guillaume Schweitzer: Um die Genehmigung von Bergbauprojekten, beispielsweise für Lithium, in Naturschutzgebieten zu erleichtern, beruft sich die EU auf ihre hohen Standards. In Ihren Forschungen haben Sie darauf aufmerksam gemacht, wie im Laufe der Geschichte das Umweltbewusstsein umgangen und die Zerstörung der Umwelt in Kauf genommen wurde, weil man sich auf die Einhaltung von Sicherheitsstandards berufen hat. Sind

12 Izoard, Célia 2024: *La Ruée minière au XXIe siècle*. Paris: Seuil.

Ihrer Meinung nach auch heute Standardisierungen ein Instrument der Enttöpfung von Zerstörung?

Jean-Baptiste Fressoz: Historisch gesehen sind Sicherheitsnormen tatsächlich ein wirksames Instrument, um gefährliche Dinge möglich und akzeptabel zu machen. In *Happy Apocalypse*¹³ habe ich die Einführung der ersten Sicherheitsnormen als politisches Instrument untersucht. Der politische Ursprung der Sicherheitsnorm liegt in einem Kompromiss zwischen der Industrie und der städtischen Bourgeoisie, die potenziell gefährliche und umweltverschmutzende Anlagen in der Nähe ihrer Wohngebiete nicht akzeptieren wollte. Die Sicherheitsnorm wurde erfunden, um industrielle Gefahren kontrollierbar, beherrschbar und akzeptabel zu machen. Heute hat die Idee eines sauberen Bergbaus eine ähnliche Bedeutung. Es ist in Wirklichkeit unmöglich, Metalle »sauber« zu gewinnen. Bergbau bedeutet, eine enorme Menge an Material abzubauen, um eine kleine Menge an Metallen zu erhalten. Dies erfordert den Einsatz großer Mengen an Chemikalien und Energie und erzeugt natürlich viel Abfall. Von »sauberem Bergbau« zu sprechen, ist eine Lüge.

Ute Tellmann: Sie betrachten Ihr Buch als Beitrag zur Erforschung der politischen Geschichte der Energie. Unter diesen Begriff fallen insbesondere die Bücher von Andreas Malm *Fossil capital: the rise of steam power and the roots of global warming*¹⁴ und von Timothy Mitchell *Carbon democracy: political power in the age of oil*¹⁵. Sie unterscheiden sich von diesen Arbeiten und werfen Timothy Mitchell vor, die Geschichte der Energie als eine Geschichte der Energiewende zu betrachten. Können Sie Ihre Position erläutern und vielleicht auch aufzeigen, wo Sie Synergien zwischen Ihnen sehen?

Jean-Baptiste Fressoz: Ich denke, es ist schwierig, eine gute politische Geschichte der Energie zu schreiben, wenn man nicht über eine angemessene materielle Geschichte der Energie verfügt. In seinem Buch *Carbon Democracy* vertritt Mitchell die Ansicht, dass die Kohleförderung Ende des 19. Jahrhunderts ein Motor der Demokratisierung war.¹⁶ Er vergleicht damit die Erdölförderung, die er in Bezug auf die effektive Verteilung der Mittel zur Ausübung politischer Macht als weniger förderlich erachtet. Diese These wirft eine Reihe von Problemen auf. Erstens war die

13 Fressoz, Jean-Baptiste 2024. *Happy Apocalypse: A History of Technological Risk*. Übers. v. Broder, David. Verso, London.

14 Malm, Andreas 2016. *Fossil capital: the rise of steam power and the roots of global warming*. London: Verso.

15 Mitchell, Timothy 2011. *Carbon democracy: political power in the age of oil* (überarbeitete Taschenbuchausgabe). London: Verso.

16 Ebd.

Erdölförderung in den 1950er und 1960er Jahren noch sehr arbeitsintensiv. Erdöl verleiht verschiedenen Arbeitnehmern, beispielsweise Lkw-Fahrern, viel Macht. Eine der wahrscheinlich mächtigsten Gewerkschaften der Geschichte ist die der Lkw-Fahrer in Kanada und den Vereinigten Staaten. Zweitens wurde die Kohleförderung im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend mechanisiert. Als ich zum ersten Mal die Arbeiten von Timothy Mitchell las, war ich sehr begeistert. Dann wurde mir klar, dass meine Begeisterung daher rührte, dass ich keine Ahnung hatte, wie Kohle im 20. Jahrhundert konkret abgebaut oder Öl transportiert wurde. Pipelines beispielsweise spielten bis weit ins 20. Jahrhundert hinein nur eine untergeordnete Rolle beim Transport von Öl. Raffinerieprodukte werden nach wie vor per Lkw, Bahn, Schiff und so weiter transportiert.

Ute Tellmann: Ich denke, das bringt uns zurück zum Anfang des Interviews und zur Frage, wie man die materielle Geschichte der Energie schreiben kann. Meiner Meinung nach hat Timothy Mitchell nicht versucht, aus einer Energiequelle und ihren Gewinnungsmethoden eine politische Form abzuleiten. Vielmehr interessiert er sich für die Zusammenhänge zwischen der Materialität der Energie und den geopolitischen Macht- und Regierungsformen. Für ihn spielt es eine große Rolle, wie in einem spezifischen Kontext die infrastrukturelle Art der Energieförderung Mittel der effektiven Einflussnahme seitens der Arbeitenden oder anderer Bevölkerungsgruppen bereitstellt. Wenn Sie die bisherigen Versuche, Politik und materielle Geschichte der Energie miteinander zu verbinden, nicht überzeugend finden, was sollte Ihrer Meinung nach eine politische Geschichte der Energie leisten?

Jean-Baptiste Fressoz: Ich habe nichts gegen die Idee, die Geschichte der Energie wieder zu politisieren, im Gegenteil. Bei der Abfassung von *The Shock of the Anthropocene* habe ich mich auf die Arbeiten von Mitchell und Andreas Malm gestützt. Die Idee war, eine »politische Geschichte des CO₂« zu schreiben. Allerdings bin ich aus vielen historischen Gründen immer weniger von diesem Vorhaben überzeugt. Die Entscheidung zwischen Kohle und Erdöl scheint mir im Wesentlichen eine wirtschaftliche Entscheidung der Unternehmen zu sein. Die kapitalistischen Regierungen des Westens haben beispielsweise die Bergleute lange Zeit unterstützt, indem sie in den 1960er Jahren Erdöl besteuerten, um soziale Konflikte zu vermeiden.

Wenn man politische Energie haben will, muss man vielleicht einen Blick auf die Lebensweisen und das Management von Wünschen werfen. Das Auto zum Beispiel ist Teil des politischen Projekts zur Schaffung einer Gesellschaft von Immobilienbesitzern, was beispielsweise von Edgar Hoover ausdrücklich als Garantie gegen den Sozialismus angesehen wurde. Um dies zu erreichen, müssen die Städte erweitert werden. Und dafür ist das Auto ein mächtiges Werkzeug. Es besteht ein enger Zusammenhang zwi-

schen individuellem Wohneigentum, Autos, Erdöl (und damit Kohle), der Konsumgesellschaft und der Stabilität einer kapitalistischen und konsumorientierten Gesellschaftsordnung.

Guillaume Schweitzer: Man hat Ihnen vorgeworfen, ein zu pessimistisches Buch geschrieben zu haben. Sie betonen, dass Sie nicht als Kritiker erneuerbarer Energien wahrgenommen werden wollen. Einerseits behaupten Sie, dass die Herstellung von Solarzellen eine sehr rentable Klimainvestition ist, andererseits betonen Sie, dass man keine zu großen Hoffnungen hegen sollte.

Jean-Baptiste Fressoz: Ich kenne diese Kritiker, die den Inhalt des Buches nicht verstanden haben. Man muss dieses Buch nicht lesen, um pessimistisch zu sein, es reicht, sich die Referenzszenarien der Internationalen Energieagentur anzusehen. Es wird keine Energiewende geben, ganz einfach weil dieses Konzept nicht seriös ist. Erneuerbare Energien sind wahrscheinlich die einzige gute Nachricht, die wir seit zwanzig Jahren in Sachen Klima haben. Die Tatsache, dass wir mit Hilfe von Sonnenkollektoren Strom erzeugen können, ist der Hauptgrund dafür, dass die CO₂-Emissionen in den kommenden Jahrzehnten wahrscheinlich stagnieren werden. Das größte Problem liegt jedoch eher in der Verwendung dieses Stroms. Ich denke, darauf sollte sich die Umweltbewegung wirklich konzentrieren. Strom ist absolut lebenswichtig und muss mit möglichst geringen CO₂-Emissionen erzeugt werden. Die wichtige Frage lautet: Was machen wir mit diesem relativ sauberen Strom? In diesem Sinne ist mein Buch auch keine Kritik an der Technologie oder gar an technologischen Innovationen – als Technikhistoriker weiß ich um die immensen Fortschritte in Sachen Effizienz.

Ich habe jedenfalls kein normatives Buch geschrieben. Es handelt sich wirklich um eine Beschreibung, wobei es darum ging, eine korrekte und sachliche Darstellung des 20. Jahrhunderts (und damit auch der Gegenwart) zu liefern und zu verstehen, wie sich ein so falscher Begriff wie der der Energiewende in der Klimaexpertise und -politik durchsetzen konnte. Zu viele Menschen geben vor, Ratschläge für die Politik zu haben, und versprechen, das Klimaproblem zu lösen, ohne dessen Tragweite verstanden zu haben. Mein Buch bietet keine vorgefertigten Lösungen. Nur eine etwas fundiertere Bestandsaufnahme.

Autorenangaben

Jean-Baptiste Fressoz
Centre de recherches historiques
54, boulevard Raspail
75006 Paris
fressoz.jb@gmail.com

Prof. Dr. Ute Tellmann
Technische Universität Darmstadt
Residenzschloss 1
64283 Darmstadt
tellmann@ifs.tu-darmstadt.de

Guillaume Schweitzer
Technische Universität Darmstadt
Residenzschloss 1
64283 Darmstadt
Guillaume.schweitzer@posteo.de



© ACHTUNG! Fehler bei Autorenangabe!

Daniela Ruß

Vom Nutzen und Nachteil einer materiellen Energiegeschichte

In seiner Geschichte des Materialismus beschreibt Alfred Schmidt eine Eigenheit materialistischer Argumente: So verschieden sie Materie und ihre Widerständigkeit denken, teilen sie doch einen kritischen Impuls gegen das idealistische Bedürfnis und die Illusion, die Bedingungen menschlichen Lebens vollständig an Gedanken und Wünsche anpassen zu können. In diesem Sinne steht Jean-Baptiste Fressoz in einer Tradition materialistischer Geschichtsschreibung. Die Illusion, gegen die er sich wendet, ist die, dass sich die Entstehung der ökologischen Frage als eine Abfolge von Technologien und Energieträgern begreifen ließe. In *More and More and More* bringt Fressoz die ganze Komplexität der materiellen Reproduktion von Gesellschaft gegen eine Geschichtsschreibung in Anschlag, die Wandel nur als ›sozio-technische Transition‹ begreifen kann und der jede neue Photovoltaikzelle damit schon Nachweis für geschichtliche Veränderung ist.¹

Indem der Materialismus auf die Bedingtheit menschlicher Gesellschaft verweist, steht er in einem spannungsreichen Verhältnis zum menschlichen Vermögen, sich eine andere Welt vorzustellen, zur Offenheit des Politischen und zur Kontingenz von Geschichte. Der Modus materialistischer Argumente ist entlarvend: »So, wie ihr es euch vorstellt, geht es jedenfalls nicht!« Indem er dem vorherrschenden Diskurs dessen, was klimapolitisch möglich und wünschenswert sei, seine materielle Unmöglichkeit vorhält, demotiviert Fressoz politisches Handeln, das sich daraus speist. Das hat ihm den Vorwurf des Pessimismus eingebracht. Im besten Sinne ist die materialistische Geschichtsschreibung jedoch aufklärend, indem sie von lähmenden Wunschvorstellungen befreit und dadurch erst wirklichen Wandel ermöglicht. Oder, wie Fressoz im Interview sagt: Sie sucht das Denken an das Problem anzupassen, das wir haben.² Es geht ihm damit nicht um eine Ausschaltung des Politischen, sondern um die Politisierung gesellschaftlicher Reproduktion. Das wird deutlich, wenn er davon spricht, dass kein technischer Wandel uns

1 Fressoz, Jean-Baptiste 2024. *More and More and More: An All-Consuming History of Energy*. London: Penguin Books.

2 Fressoz, Jean-Baptiste 2026. »›Warum das Denken in Energiewenden falsch ist‹. Ein Gespräch mit dem Energiehistoriker Jean-Baptiste Fressoz, Ute Tellmann und Guillaume Schweitzer«, in diesem Heft.

davon befreien wird, politisch entscheiden zu müssen, wie und wofür wir produzieren möchten.

Die materielle Energiegeschichte soll also die Notwendigkeit politischen Entscheidens gegen die Illusion eines autonomen Prozesses ›technischer Innovation‹ aufzeigen. Fressoz führt materialreich aus, wie diese Formalisierung von Innovation im Zuge der Energiesystemplanung für die Atomkraft entstanden ist. War diese für eine Entwicklung des Energiesystems noch einigermaßen sinnvoll, so kann sie in der Klimapolitik keinerlei Orientierung mehr bieten: Energiepolitik unter Bedingung des Klimawandels ist zeitlich und sachlich anders gelagert. Wir stehen nicht nur vor einem Problem der Knappheit, sondern auch vor dem Problem, einen Überfluss von fossilen Brennstoffen einhegen und Industrien abbauen zu müssen. Was wir hier brauchen, ist kein Fokus auf Jahrhunderte, sondern ein Fokus auf Jahrzehnte. Gleichzeitig ist eine vollständige Dekarbonisierung der gesamten Konsumtion und Produktion ein viel schwierigeres Unterfangen als die Entwicklung einer noch so komplexen Technologie. Dass man sich aus dem Problem der Dekarbonisierung nicht ›herausinnovieren‹ kann, ist sehr überzeugend.

Gleichzeitig gibt Fressozs materielle Energiegeschichte wenig Anhaltspunkte für die politische Perspektive, die er fordert. Die Fokussierung auf den verwickelten Durchsatz von Energie und Stoffen führt gerade dazu, dass diese Dimension – wofür wurde produziert, wer traf diese Entscheidung und warum? – gar nicht eingefangen wird. Eine Antwort darauf könnte sein, dass die politische Frage in der Energiegeschichte keine große Rolle gespielt hat. Die Geschichte der Energiewirtschaft wäre dann im Großen und Ganzen eine wirtschaftliche, keine politische. Der Hinweis, dass Entscheidungen von Unternehmen ›im Wesentlichen wirtschaftlich‹ gewesen seien, lässt sich so verstehen. Ob sich das historisch halten lässt, scheint mir jedoch zweifelhaft: die Geschichte der Eisenbahnen, die Einführung von Dampfschiffen und Öltankern, die Elektrifizierung und die Atomkraft sind sehr eng mit der Sicherheitspolitik von Staaten und ihrer Fähigkeit, Krieg zu führen, verbunden. Man kann Energiegeschichte nicht ohne politische Geschichte schreiben. Aber selbst wenn wir für einen Moment davon ausgehen, dass wirtschaftliche Erwägungen und materielle Zusammenhänge summa summarum überwiegen, stellt sich ja gerade die Frage, weshalb wir – mit Fressoz – überhaupt davon ausgehen dürfen, dass sich die politische Frage heute stellen lässt. Oder materialistisch formuliert: Was wären dann die materiellen und sozialen Bedingungen der Möglichkeit, Entscheidungen über Energieproduktion zu politisieren?

Fressoz behauptet also eine politische Möglichkeit, die er historisch doch als gering erachtet. Aber was bedeutet das Politische hier überhaupt? Fres-

soz liest Andreas Malm (wie auch Timothy Mitchell) als ›politische‹ Energiegeschichtsschreibung, die über eng wirtschaftliche Rationalitäten – wie relative Kosten von Energieträgern – hinausgeht.³ Dass Mitchell und Malm beide die Relevanz auch anderer Rationalitäten in der Energiegeschichte zeigen, täuscht jedoch darüber hinweg, dass diese bei ihnen nicht dieselben sind: Bei Mitchell geht es um Demokratisierung und die Geopolitik des Öls, bei Malm um Produktionsentscheidungen unter Marktkonkurrenz, bei beiden um Arbeitskämpfe. Laut Fressoz neigt diese Energiegeschichtsschreibung dazu, den (klassen-)politischen Handlungen eine historische Veränderungskraft zuzuschreiben, die der materiellen Seite nicht gerecht wird: Die Dampf- ersetzt die Wasserkraft nicht (beziehungsweise das Öl nicht die Kohle). Das Resultat sei eine Verengung der heutigen Politik auf Kapitalismus: »Der Reiz einer politischen Geschichte der Energie – der zugleich ihr Nachteil ist – besteht darin, dass sie den Klimawandel tendenziell als kapitalistische Verschwörung präsentiert. Der Ausstieg aus dem Kohlenstoff wird wesentlich schwieriger sein als der Ausstieg aus dem Kapitalismus ...«⁴

Ein genauerer Blick auf die Argumente der politischen Energiegeschichte zeigt jedoch, dass die Komplexität der materiellen Energiegeschichte nicht geleugnet wird. In *Fossil Capital* argumentiert Malm, dass die englischen Fabrikbesitzer ab einem bestimmten Moment – der Einführung des Zehn-Stunden-Tags – die Dampfkraft bevorzugen, um die zeitlichen und lokalen Beschränkungen der Wasserkraft zu überwinden und in der Stadt auf disziplinierte menschliche Arbeitskräfte zugreifen zu können.⁵ Malm spricht von einem ›Ursprung‹ des fossilen Kapitalismus und impliziert damit den Beginn einer neuen Entwicklungslogik. Über Jahrhunderte wurde Kohle abgebaut und verbrannt, und auch die Dampfkraft war schon Jahrzehnte möglich, aber als die Profitabilität der englischen Textilindustrie von ihr abhängig wird, entsteht etwas Neues: Erstens öffnet sich der Möglichkeitshorizont *jede industrielle Produktion auf Dampfkraft umzustellen und damit zu mobilisieren* und zweitens entsteht *eine Kapitalfraktion, die nicht nur Rohstoffe und Maschinen für einige Industrien, sondern einen allgemeinen Produktionsfaktor produziert – Energie*.⁶ Für Malm ist das England des frühen 19. Jahrhunderts ein entscheidender Ort und Zeitpunkt, weil dort fossile Brennstoffe das erste Mal außerhalb von Haushalt, Metallurgie, und

3 Malm, Andreas 2016. *Fossil Capital: The Rise of Steam Power and the Roots of Global Warming*. London: Verso; Mitchell, Timothy 2011. *Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil*. London: Verso.

4 Fressoz 2024, S. 8.

5 Malm 2016.

6 Der zweite Punkt ist meine Lesart von Malm in Ruß, Daniela 2026. *Working Nature: A History of the Energy Economy*. London: Verso.

anderen Industrien, die immer schon Wärme konsumierten, *notwendig* werden.⁷ Es handelt sich hier nicht um eine technische Notwendigkeit oder um den materiellen Effekt einer höheren Energiedichte, sondern um eine ökonomisch-politische Notwendigkeit marktabhängiger Produzenten.

Man muss Malm jedoch nicht so lesen, dass die englischen Fabrikbesitzer die gesamte Welt aus dem organischen in den fossilen Kapitalismus heben, dass alles in diesem Moment entschieden ist. Entgegen Fressoos Lesart erlaubt Malms Argument gerade, auf die Ungleichzeitigkeit und gesellschaftliche Vermittlung der Fossilisierung scharf zu stellen: wo keine Marktabhängigkeit besteht, kann anders produziert werden; und selbst wo Marktabhängigkeit besteht, bleiben die konkret genutzten Naturkräfte von geografischen Gegebenheiten, Arbeitskämpfen, und Marktkonkurrenz abhängig.⁸ Hier finge die Arbeit erst an.

Jede Geschichtsschreibung, die mehr sein will als eine Aneinanderreihung von Ereignissen, die Ereignisse gewichten und ins Verhältnis setzen möchte, steht vor dem Problem der Periodisierung. Was ist Bedingung, was ist Ursache und was Folge? Wann werden quantitative Veränderungen zu qualitativem Wandel? Wann ist eine Entwicklung angelegt, wann wird sie von einer möglichen zu einer notwendigen? Energiegeschichte lässt sich, wie jede andere, nicht auf ein Prinzip bringen: weder die Konkurrenz von Staaten noch die zunehmende Marktabhängigkeit können alles erklären, was geschehen ist und geschieht. Schon gar nicht sollte man die Rationalitäten handelnder Akteure – seien sie wirtschaftlich oder politisch – mit der Rationalität der Welt verwechseln, die dabei entstanden ist. Dies darzustellen ist eine Stärke von Fressoos detaillierter Untersuchung der materiellen Zusammenhänge in der ›verborgenen Stätte der Produktion‹ (Marx). Fossilisierung, Elektrifizierung, Dekarbonisierung gehen in ihren materiellen Folgen über den Stoff hinaus, auf den sie fokussieren. Vielleicht hat Fressoos recht, dass die Überwindung des Kapitalismus nicht genug sei, um die Probleme der Dekarbonisierung zu lösen. Woher kann man es wissen? Doch es bleibt eine Lücke zwischen Fressoos Anspruch, in eine politische Debatte zu intervenieren, und der Methode seiner Geschichtsschreibung, die keine politischen Subjekte kennt. Christophe Bonneuil hat Fressoos Methode einmal

7 Fressoos hat recht, dass die Fossilisierung die Nutzung von Biomasse voraussetzt und intensiviert. Und zwar selbst dann, wenn man Malms enggeführten Fokus auf Brennmaterialien nicht verlässt. Die Dampfmaschine setzt sich an vielen Orten außerhalb Englands nur durch, weil sie nicht mit Kohle gefüttert wird, sondern mit Abfall, Holz und anderer verfügbarer Biomasse.

8 Siehe zum Argument der Marktabhängigkeit und ihrer Entstehung in Großbritannien Aston, T. H.; Philpin, C. H. E. (Hrsg.) 1987. *The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*. Cambridge: Cambridge University Press; Wood, Ellen Meiksins 2002. »The Question of Market Dependence«, in *Journal of Agrarian Change* 2, 1, S. 50–87.

als Versuch beschrieben, eine ›de-orientierte Geschichte‹ zu schreiben, die sich nicht politisch missbrauchen lässt.⁹ Vor diesem Hintergrund versteht man besser, warum Fressoz in seiner materiellen Energiegeschichte nur eine vage Logik der ›Symbiose‹ erkennen möchte: Energieträger konkurrieren nicht (nur), sie ermöglichen sich gegenseitig. Das ist der Fall – aber woher kommt das? Wer metaphorisch von Symbiose spricht, entlehnt einen Sinn aus der wissenschaftlichen Untersuchung von Lebensprozessen. Um wessen Leben handelt es sich, wer entwickelt sich hier, symbiotisch? Wie kann der Begriff der Symbiose politisch wirksam werden ohne Kenntnis ihrer gesellschaftlichen Triebkräfte? Abgesehen von der Absage an Energiewenden, was für eine Politik ergäbe sich aus der Einsicht ins symbiotische Materielle? Und wäre sie mehr als ein abstraktes ›weniger von allem‹?

Autorenangaben:

Jun.-Prof. Dr. Daniela Ruß
Universität Leipzig
Juniorprofessur (TT) für Global Dynamics of Resource Use and Distribution
Global and European Studies Institute
Emil-Fuchs-Straße 1
04105 Leipzig
russ.daniela@uni-leipzig.de



© Daniela Ruß

9 Bonneuil, Christophe 2020. »Der Historiker und der Planet. Planetaritätsregimes an der Schnittstelle von Welt-Ökologien, ökologischen Reflexivitäten und Geo-Mächten«, in *Gesellschaftstheorie im Anthropozän*, hrsg. v. Adloff, Frank; Neckel, Sighard, S. 55–92. Frankfurt a.M.: Campus Verlag, S. 71.

Geteilte Wünsche

Konsum und Gesellschaft in Ost- und Westdeutschland



Sigrun Lehnert | Anke Steinborn [Hrsg.]

Die deutsche Konsumgesellschaft Ost und West der 1950er bis 1980er Jahre

Bedingungen – Ausprägungen – (audio)visuelle Repräsentationen

2026, 224 S., brosch., 59,- €

ISBN 978-3-7560-3327-0

E-Book 978-3-7489-6261-8

(Konsum und Kultur – Geschichte und Gegenwart, Bd. 1)

Warum lohnt sich ein Blick auf die Konsumkultur des geteilten Deutschlands? Der Sammelband bietet einen facettenreichen Einblick in die Konsumgesellschaften Ost- und Westdeutschlands der 1950er bis 1980er Jahre. Anhand von TV-Formaten, Spielfilmen und Wochenschauen, aber auch von Fotografien, Plakaten und städtebaulichen Entwürfen wird aufgezeigt, wie Konsumvorstellungen, soziale Leitbilder und politische Zielsetzungen visuell verhandelt wurden. Der Band verbindet ge-

schichts-, kultur- und medienwissenschaftliche Perspektiven. Er richtet sich an Fachpublikum ebenso wie an alle, die die Wechselwirkungen von Konsum, Gesellschaft und Medien kritisch verstehen möchten.

Mit Beiträgen von

Miriam Bräuer-Viereck | Sigrun Lehnert | Judith Riemer | Brigitte Rigaux-Pirastru | Anke Steinborn | Jan Uelzmann | Jonathan Voges | Adrian Wetter

Digital verfügbar auf [inlibra.com](https://www.inlibra.com)

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)